

**Die NATO-Politik als Testfall für die deutsche Außen- und  
Sicherheitspolitik nach der Wiedervereinigung  
- eine theoriegeleitete Außenpolitikanalyse -**

Wissenschaftliche Arbeit  
zur Erlangung des Grades einer Diplom-Verwaltungswissenschaftlerin  
an der Fakultät für Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz

vorgelegt von

Anja Vollmer  
Diamantstr. 1  
88048 Friedrichshafen

1. Gutachter: Prof. Dr. Thomas Risse-Kappen
2. Gutachter: Dr. Frank Schimmelfennig

Konstanz, 09. Juli 1998

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

<b>1</b>	<b><u>EINLEITUNG</u></b>	<b>1</b>
1.1	WISSENSCHAFTLICHER FORSCHUNGSSTAND	2
1.2	FRAGESTELLUNG UND METHODISCHES VORGEHEN	3
1.3	GLIEDERUNG	5
<b>2</b>	<b><u>DIE SICHERHEITSPOLITISCHEN INTERESSEN DEUTSCHLANDS SEIT 1990</u></b>	<b>6</b>
<b>3</b>	<b><u>DARSTELLUNG DES NEOREALISMUS</u></b>	<b>8</b>
3.1	GRUNDANNAHMEN DES NEOREALISMUS	8
3.2	INTERESSEN UND ZIELE DES NEOREALISMUS – HANDLUNGSDISPOSITION	10
3.2.1	DAS INTERESSE AN SICHERHEIT	10
3.2.2	DAS INTERESSE AN MACHT	11
3.3	MACHTPOLITIK ALS ABHÄNGIGE VARIABLE	13
3.3.1	DER TRADITIONELLE NEOREALISMUS	15
3.3.2	DER MODIFIZIERTE NEOREALISMUS	17
3.3.2.1	VOICE-OPPORTUNITY THESE NACH GRIECO	20
3.4	MACHTPOSITION ALS UNABHÄNGIGE VARIABLE	22
3.4.1	MACHTRESSOURCEN DES STAATES	22
3.4.2	POLARITÄT DES INTERNATIONALEN SYSTEMS	23
3.5	HYPOTHESEN FÜR DIE DEUTSCHE AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK	25
<b>4</b>	<b><u>WELCHES AUßENPOLITISCHE VERHALTEN ZEIGT DIE BRD IN DER SICHERHEITSPOLITIK DER NATO?</u></b>	<b>26</b>
4.1	TEST DER UNABHÄNGIGEN VARIABLE IM NEOREALISTISCHEN PARADIGMA	26
4.1.1	DIE MACHTRESSOURCEN DER BRD	26
4.1.2	ABLÖSUNG DER BIPOLAREN STRUKTUR	28
4.2	ZEIGT DEUTSCHLAND GEGENÜBER DER NATO AUTONOMIEMAXIMIERENDES VERHALTEN NACH DER WIEDERVEREINIGUNG?	32
4.2.1	TESTFALL: BILATERALE VERSUS MULTILATERALE MILITÄRKOOPERATION IN DER DEUTSCHEN AUßENPOLITIK	32
4.2.1.1	FALLDARSTELLUNG	32

4.2.1.2	PROGNOSE DES TRADITIONELLEN NEOREALISMUS	32
4.2.1.3	FALLERÖRTERUNG	33
4.2.1.4	ERGEBNISDISKUSSION	36
4.2.2	TESTFALL: ATLANTISCHE VERSUS EUROPÄISCHE SICHERHEITSOPTION DER DEUTSCHEN AUBENPOLITIK	38
4.2.2.1	FALLDARSTELLUNG	38
4.2.2.2	PROGNOSE DES TRADITIONELLEN NEOREALISMUS	39
4.2.2.3	FALLERÖRTERUNG	40
4.2.2.4	ERGEBNISDISKUSSION	43
<b>4.3</b>	<b>ZEIGT DEUTSCHLAND INNERHALB DER NATO EINFLUßMAXIMIERENDES VERHALTEN NACH 1990?</b>	<b>45</b>
4.3.1	TESTFALL: DIE KOMMANDOSTRUKTURREFORM IN DER NATO	45
4.3.1.1	FALLDARSTELLUNG	45
4.3.1.2	PROGNOSE DES MODIFIZIERTEN NEOREALISMUS	46
4.3.1.3	FALLERÖRTERUNG	47
4.3.1.4	ERGEBNISDISKUSSION	50
4.3.2	TESTFALL: DIE DEBATTE UM DIE OSTERWEITERUNG DER ALLIANZ	52
4.3.2.1	FALLDARSTELLUNG	52
4.3.2.2	PROGNOSE DES MODIFIZIERTEN NEOREALISMUS	53
4.3.2.3	FALLERÖRTERUNG	54
4.3.2.4	ERGEBNISDISKUSSION	57
<b>4.4</b>	<b>ZWISCHENRESULTAT</b>	<b>60</b>
<b><u>5 DARSTELLUNG DES LIBERALEN <i>DOMESTIC POLITICS</i> - ANSATZES</u></b>		<b>64</b>
<b>5.1</b>	<b>GRUNDANNAHMEN</b>	<b>66</b>
<b>5.2</b>	<b>DIE KONSTRUKTION DER UNABHÄNGIGEN VARIABLEN IM LIBERALEN <i>DOMESTIC POLITICS</i>-ANSATZ</b>	<b>68</b>
5.2.1	DIE BESTIMMUNG DER <i>DOMESTIC STRUCTURE</i>	69
5.2.2	DURCHSETZUNGSFÄHIGE AKTEURE	71
5.2.3	INTERESSEN DER MAßGEBLICHEN AKTEURE	73
<b>5.3</b>	<b>WOHLFAHRTSPOLITIK ALS ABHÄNGIGE VARIABLE</b>	<b>75</b>
<b>5.4</b>	<b>HYPOTHESE FÜR DIE DEUTSCHE AUBEN- UND SICHERHEITSPOLITIK</b>	<b>78</b>
<b><u>6 WELCHE FAKTOREN SIND AUSSCHLAGGEBEND FÜR DAS DEUTSCHE AUBENPOLITIKVERHALTEN?</u></b>		<b>79</b>
<b>6.1</b>	<b>TEST DER UNABHÄNGIGEN VARIABLE IM LIBERALEN <i>DOMESTIC POLITICS</i>-ANSATZ</b>	<b>79</b>
6.1.1	INTERESSENVERMITTLUNGSSTRUKTUREN IN DER BRD	79
6.1.2	MAßGEBLICHE AKTEURE IM POLITIKBEREICH AUBENPOLITIK IN DER NATO	83

<b>6.2</b>	<b>IST DAS AUßENPOLITISCHE VERHALTEN DER BRD IN DER NATO VON SUBSYSTEMISCHEN FAKTOREN BESTIMMT?</b>	<b>87</b>
6.2.1	TESTFALL: DIE DEBATTE UM DIE OSTERWEITERUNG DER ALLIANZ UND DAS VERHALTEN DER BRD	88
6.2.1.1	PROGNOSE DES LIBERALEN <i>DOMESTIC POLITICS</i> -ANSATZES	88
6.2.1.2	FALLERÖRTERUNG	89
6.2.1.3	ERGEBNISDISKUSSION	97
6.2.2	ZWISCHENRESULTAT	102
<b>7</b>	<b>SCHLUßDISKUSSION</b>	<b>104</b>
<b>7.1</b>	<b>ERGEBNISZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>104</b>
<b>7.2</b>	<b>KRITISCHE WÜRDIGUNG UND AUSBLICK</b>	<b>107</b>
	<b>LITERATURVERZEICHNIS</b>	<b>110</b>

## Abkürzungsverzeichnis

<b>AA</b>	Auswärtiges Amt
<b>ACE</b>	Allied Command Europe
<b>AFCENT</b>	Allied Forces Central Europe
<b>AFNORTHWEST</b>	Allied Forces Northwestern Europe
<b>AMF</b>	ACE Mobile Force
<b>ARRC</b>	ACE Rapid Reaction Corps
<b>BMVg</b>	Bundesministerium für Verteidigung
<b>BMWI</b>	Bundesministerium für Wirtschaft
<b>BSP</b>	Bruttosozialprodukt
<b>BSR</b>	Bundessicherheitsrat
<b>CC</b>	Component Command
<b>CDU</b>	Christlich Demokratische Union Deutschlands
<b>CJTF</b>	Combined Joint Task Forces
<b>CSU</b>	Christlich Soziale Union
<b>DGAP</b>	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
<b>EG</b>	Europäische Gemeinschaften
<b>ESDI</b>	European Security and Defence Identity
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>FAWEU</b>	Forces Answerable to Western European Union
<b>FDP</b>	Freie Demokratische Partei
<b>HQ</b>	Headquarter
<b>IFOR</b>	Implementation Force
<b>IPPNW</b>	International Physicians for the Prevention of Nuclear War
<b>IRF</b>	Immediate Reaction Force
<b>JSRC</b>	Joint Sub-Regional Command
<b>MNC</b>	Major NATO Command (Major NATO Commander)
<b>MNDC</b>	Multi National Division Centre
<b>MOE</b>	Mittel- und Osteuropa
<b>NAKR</b>	Nordatlantischer Kooperationsrat
<b>NATO</b>	North Atlantic Treaty Organisation
<b>OSCE</b>	Organisation for Security and Cooperation in Europe
<b>PDS</b>	Partei des Demokratischen Sozialismus
<b>PfP</b>	Partnership for Peace
<b>RC</b>	Regional Command
<b>SACEUR</b>	Supreme Allied Commander Europe
<b>SC</b>	Strategic Command
<b>SIRPI</b>	Stockholm International Peace Research Institute
<b>SPD</b>	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
<b>VPR</b>	Verteidigungspolitische Richtlinien
<b>WEU</b>	Western European Union

# 1 Einleitung

Durch das Ende des Ost-West-Konflikts und der dadurch möglich gewordenen Wiedervereinigung Deutschlands haben sich die Rahmenbedingungen für die europäische und insbesondere für die deutsche Sicherheit grundlegend verändert. Mit dem am 12. September 1990 in Moskau unterzeichneten ‚Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland‘ (Zwei-plus-Vier-Vertrag) erhielt die BRD nach Artikel 7 (2) „[...] volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten [...]“ zurück.<sup>1</sup> Zuvor hatte sich die westdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik stets innerhalb der Schranken durch die Vorbehaltsrechte der Siegermächte bewegt. Die zentrale Strategie beruhte auf Westbindung, d.h. die Mitgliedschaft und die Bereitschaft zur Mitarbeit in den westlichen Institutionen, v.a. in der Europäischen Gemeinschaft (EG) und in der Nordatlantischen Organisation (NATO). Hierbei ging es den Alliierten hauptsächlich um Sicherheit *für* und auch *vor* Deutschland.<sup>2</sup> Dieser strategische Zweck deckte sich zu großen Teilen mit den damaligen Interessen Deutschlands, sprich Aufbau bzw. Erhalt von Wohlstand und Sicherheit. Damit einher ging eine weitestgehend passive Einstellung in der Außenpolitik und die äußerst zurückhaltende Durchsetzung eigener Interessen.<sup>3</sup> Deutschland galt als ‚*penetrated system*‘<sup>4</sup> und Bündnispolitik prägte das außenpolitische Verhalten über vier Jahrzehnte hinweg. Diese zunächst unter äußerem Druck entstandene ‚multilaterale Lernleistung‘<sup>5</sup> ließ die damit verbundenen Autonomieverluste in den Hintergrund treten, da unilaterales Handeln ohnehin ausgeschlossen war.

Seit Beendigung des Kalten Kriegs hat sich die sicherheitspolitische Lage für Deutschland grundlegend verbessert. „Deutschland ist nur noch von demokratischen Staaten, Freunden und Partnern“<sup>6</sup> umgeben. Geopolitisch betrachtet ist der Staat von der ‚Frontlinie‘ im Ost-West-Konflikt wieder in die europäische Mittellage gerückt, gleichwohl sieht er sich neuen Risiken gegenüber. Seine Sicherheit scheint unmittelbar von der weiteren Entwicklung in Mittel- und Osteuropa berührt: nationale und regionale Konflikte, die bislang vom Kalten Krieg unterdrückt worden waren, stellen eine nicht zu unterschätzende Bedrohung dar. Deutschland war angehalten, sich innerhalb we-

---

<sup>1</sup> Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 in: Europa-Archiv 19/1990, S. D509-514.

<sup>2</sup> Im folgenden ist bis zur Wiedervereinigung Westdeutschland gemeint.

<sup>3</sup> Kaiser 1994:9.

<sup>4</sup> Katzenstein 1991:70.

<sup>5</sup> Staack 1998:16.

<sup>6</sup> Deutscher Bundestag: Drucksache 13/5181 vom 02.07.96, S.2.

niger Jahre von einem der größten *Sicherheitsimporteure* der Nachkriegszeit zu einem (potentiellen) *Sicherheitsexporteur* zu wandeln<sup>7</sup>, um nicht die instabilen Verhältnisse der Nachbarn im Osten zu importieren.<sup>8</sup> Die sicherheitspolitische Herausforderung von heute heißt also Instabilität. Doch welche Implikationen haben diese Veränderungen auf die deutsche Außenpolitik?

Bevor nun die genaue Fragestellung und das methodische Vorgehen dieser Arbeit erläutert wird, soll zunächst der bisherige Forschungsstand auf dem Gebiet der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung aufgezeigt werden.

## 1.1 Wissenschaftlicher Forschungsstand

Die Frage, ob die Außenpolitik Deutschlands nach 1990 einem Einschnitt oder gar Bruch unterworfen ist, hat eine Flut von wissenschaftlichen Arbeiten hervorgerufen. Für die außenpolitische Debatte sollen hier beispielhaft genannt werden: Rühl 1996, Hanrieder 1995, Schwarz 1994a, Baring 1994, Hacke 1993, Schöllgen 1992. Meist bewegen sich diese eher auf einer präskriptiven (mitunter narrativen) Ebene.<sup>9</sup> Des Weiteren setzen sich Autoren mit dem Problem auseinander, ob nun ‚Minerva‘ zu ‚Mars‘ mutierte (Anderson/Goodman 1993, begrifflich übernommen von Staack 1998), und ob die BRD mit ‚Gulliver‘ oder besser mit ‚Odysseus‘ vergleichbar sei (Haftendorn 1994, Hellmann 1997).

Einen Überblick über deutsche Interessen allgemein geben Hacke 1997a, Kreile 1996, Garton Ash 1994, Rohde/von Sandrart 1994, Geipel 1993, Schlör 1993. Leider, so der kritische Einwand von Hellmann, trennen sowohl deutsche als auch internationale Wissenschaftler nicht immer klar zwischen „*Prognosen* und *Empfehlungen*, zwischen einer Entwicklung, die man *erwartet* und zukünftigen Zuständen, die man sich *wünscht*.“<sup>10</sup>

Darüber hinaus entzündete sich eine Diskussion über den Status Deutschland als Handelsstaat (Liberalismus), Machtstaat (Realismus) oder Zivilmacht (Idealismus), die vor allem von Staack 1998, Rittberger/Schimmelfennig 1997a, Maull 1992, Rittberger 1990 und 1997a, Wolf 1991 und Rosecrance 1986 geführt wurde. Ebenfalls interessante Diskussionen über die Veränderung der Determinanten deutscher Außenpolitik bieten die Referate und Arbeitspapiere anlässlich einer Tagung der Evangelischen

---

<sup>7</sup> Haftendorn 1994:149, ebenso Hellmann 1994:445.

<sup>8</sup> Herzog: „Die Globalisierung der deutschen Außenpolitik ist unvermeidlich“, in: Bulletin 20/95 v. 13.03.95.

<sup>9</sup> Peters 1998:383.

Akademie Loccum, welche im Loccumer Protokoll 62/95 dokumentiert wurden. Ferner beschäftigte sich die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) seit 1992 mit der Zukunft der deutschen Außenpolitik. Die Ergebnisse dieses Projektes flossen in eine auf vier Bände angelegte Buchreihe „Deutschlands neue Außenpolitik“ ein.<sup>11</sup>

Eine empirisch sehr gut ausgearbeitete Fallstudie stellt Sauder 1995 vor, der einen synchronen Vergleich der Außenpolitik Deutschlands und Frankreichs unternimmt, wobei insbesondere innenpolitische Faktoren beleuchtet werden.

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß der Anteil an präskriptiven Arbeiten sehr hoch ist, diese aber zumeist in ihrer Methodik zu wünschen übrig lassen. Der Anteil an theoretisch fundierten Arbeiten fällt dementsprechend mager aus.

Eine der wenigen theoretisch fundierten Arbeiten ist das derzeitige DFG-Forschungsprojekt „Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. Realistische Prognosen auf dem Prüfstand“ (Rittberger/Schimmelfennig 1997b). Allerdings ist Peters hier der Meinung, daß „die Bearbeitung des Themas anhand von Prognosen des politischen Realismus heute wissenschaftlich nicht mehr der letzte Schrei sein mag“.<sup>12</sup> Dem kann so nicht zugestimmt werden, da offensichtlich übersehen wird, daß sich die realistische Denkschule facettenreicher in ihren Verhaltensannahmen darstellt als gemeinhin angenommen, was im folgenden noch zu sehen sein wird.<sup>13</sup> In abgespeckter Form hat auch diese Arbeit die Intention, eine theoretisch fundierte Konzeption bei der Analyse des deutschen Außenpolitikverhaltens zu verfolgen, um somit einen kleinen Beitrag zur Schließung dieser Lücke leisten zu können.

## **1.2 Fragestellung und methodisches Vorgehen**

In dieser Arbeit soll das Außenpolitikverhalten der Bundesrepublik Deutschland nach 1990 analysiert werden. Als zu untersuchenden Politikbereich wurde die deutsche Sicherheitspolitik ausgewählt.

*Wenn es einen herausgehobenen Bereich gibt, in dem die Bundesrepublik auch künftig unter Beweis stellen kann, ob sie eher an einer Politik der*

---

<sup>10</sup> Hellmann 1994:439.

<sup>11</sup> Kaiser/Maull 1994, Kaiser/Maull 1995, Kaiser/Krause 1996 und Kaiser/Eberwein (erscheint im Sept.98).

<sup>12</sup> Peters 1998:383.

<sup>13</sup> Vor dem Hintergrund der Auffassung von Peters, es „fehl[t]e in der Literatur eine tiefgehende Befassung mit der traditionellen Kategorie politischer Macht und deren Konzeptualisierungen angesichts sich wandelnder Rahmenbedingungen für die Außenpolitik“ (Peters 1998:379), erscheint mir oben genannte Kritik am Tübinger Projekt um so unverständlicher, als doch gerade die Denkschule des Realismus sich eingehend mit dieser traditionellen Kategorie der Macht befaßt.



*Selbstbindung [...] festhalten oder eigene Wege gehen will, dann findet sich dieser in der Sicherheitspolitik [...].<sup>14</sup>*

Gerade die Problematik in Mittel- und Osteuropa verdeutlicht den Handlungsbedarf der BRD, um die Stabilität und Sicherheit des eigenen Landes zu gewährleisten. Da die Politik innerhalb und gegenüber der NATO einer der Kernbereiche der deutschen Sicherheitspolitik ist und dort wichtige Entscheidungen über die europäische Sicherheitsarchitektur getroffen werden, soll diese einer qualitativen Analyse unterzogen werden.

Im Mittelpunkt des Interesses stehen folgende Leitfragen:

1. *Welches* außenpolitische Verhalten zeigt Deutschland nach der Wiedervereinigung? Verhält sich der Staat seit Wiedererlangung der vollen Souveränität machtpolitisch in den internationalen Institutionen NATO oder läßt sich keine nennenswerte außenpolitische Veränderung seit 1990 festmachen?
2. *Welche Faktoren* spielen im außen- und sicherheitspolitischen Verhalten die entscheidende Rolle und *wie* kann dies erklärt werden? Was war das dahinterstehende Kalkül deutscher Politiker für die jeweils zugrundeliegenden Verhaltensweisen?

Zur Annäherung an die erste Leitfrage bediene ich mich der neorealistischen Denkschule. Da diese Tradition im Bereich Sicherheitspolitik ‚Heimvorteil‘ genießt, sollte man erwarten, daß der Neorealismus einen ‚easy case‘ vor sich hat. Ein Scheitern dieser Denkschule wäre dann aber um so schwerwiegender für den Erklärungsgehalt des Ansatzes. Mit Hilfe zweier unterschiedlicher Verhaltensannahmen innerhalb des neorealistischen Paradigmas (Einfluß- und Autonomiemaximierung) gilt es herauszufinden, ob machtpolitisches Verhalten der BRD in der NATO zu beobachten ist, welches die neorealistische Denkschule durch die Machtposition des Staates im Internationalen System erklärt. Nachdem aus den beiden Varianten des Neorealismus zwei allgemeine Hypothesen formuliert wurden, sollen diese im Anschluß auf der Basis von jeweils zwei NATO-Testfällen überprüft werden, um daraus folgernd die neorealistischen Prognosen über das außenpolitische Verhalten Deutschlands zu bewerten.

Der zweite Teil der Analyse wird durch die zweite Leitfrage bestimmt, die klären möchte, welche Faktoren im außenpolitischen Verhalten die entscheidende Rolle spielen. Der theoretische Gegenpol zum bislang betrachteten Neorealismus bildet die liberale Denkschule. Die aus diesem theoretischen Lager abgeleitete Hypothese soll

---

<sup>14</sup> Hellmann 1994:444.

dann auf Basis eines Testfalls überprüft und dem Ergebnis des ersten Teils gegenübergestellt werden. Im zweiten Teil der Arbeit ist also von Interesse, ob das außenpolitische Verhalten eher *systemisch*, durch die Machtposition im Internationalen System, oder *subsystemisch*, durch die Akteure und die Struktur der gesellschaftlichen und politischen Ordnung zu erklären ist. Da die beiden Theoriestränge eben diesen unterschiedlichen Untersuchungsebenen entsprechen, erhoffe ich mir eine aussagekräftige Erklärungsvarianz für das Verhalten Deutschlands.

Diese Arbeit ist eine qualitative Literaturanalyse. Es werden zur Darlegung der Theorie Primär- und Sekundärwerke herangezogen und für die empirischen Teile essayistische Texte, Dokumente der NATO, des Bundestages, des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, des Bundesministeriums für Verteidigung (BMVg) und des Auswärtigen Amts (AA), sowie Zeitungs- und Fachzeitschriftenartikel zugrunde gelegt.

### **1.3 Gliederung**

Nachdem in Kapitel 2 die grundlegenden Interessen und Ziele der Außen- und Sicherheitspolitik der BRD dargelegt und die Thematik im Hinblick auf die empirischen Testfälle in der NATO-Politik umrissen wurde, gliedert sich die Arbeit dann in zwei Teile:

Der erste Teil umfaßt Kapitel 3 und 4. Ersteres stellt zwei Varianten der neorealistischen Denkschule vor, die ihren Abschluß in der Bildung zweier Hypothesen finden. Daraufgehend wird in Kapitel 4 zum einen die Prognose der ersten Variante des Neorealismus an den Testfällen: ‚Bilaterale versus Multilaterale Militärkooperation‘ und ‚Atlantische versus Europäische Sicherheitsoption der deutschen Außenpolitik‘ überprüft und zum anderen die Prognose der zweiten Variante des Neorealismus an den Testfällen: ‚NATO-Kommandostrukturreform‘ und ‚NATO-Osterweiterungsdebatte‘ analysiert.

Der zweite Teil der Arbeit beinhaltet Kapitel 5 und 6. Ersteres setzt sich mit dem liberalen *domestic politics*-Ansatz auseinander, um ebenso eine allgemeine Hypothese dieser theoretischen Richtung aufzustellen, die dann in Kapitel 6 am Beispiel des letztgenannten Testfalls einer Prüfung unterzogen wird und sodann einen Vergleich mit dem Ergebnis des ersten Teils erlaubt.

Kapitel 7 bildet abschließend mit einer Zusammenfassung und kritischen Würdigung der Ansätze den Abschluß.

## 2 Die sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands seit 1990

Vor 1990 bedurfte es keinerlei Rechtfertigungen bezüglich der sicherheits- und verteidigungspolitischen Richtung Deutschlands in der atlantischen Allianz. Die Bündnisorientierung wurde zum Prinzip: die NATO-Mitgliedschaft gewährleistete nicht nur die Sicherheit des Staates, sondern auch die Eingliederung in die westliche Welt. Seit 1990 ergibt sich jedoch ein anderes sicherheitspolitisches Bild. Die Abhängigkeiten von der NATO und damit auch von den USA sind durch die geänderte Bedrohungslage geringer geworden. Zwar ist die NATO immer noch der wichtigste Teil der deutschen Sicherheitspolitik, aber es ist zu vermuten, daß sich die institutionelle Verankerung in den letzten Jahren diversifiziert hat und (zumindest teilweise) vom bislang dominierenden Rahmen der NATO abweicht. Es besteht kaum Zweifel daran, daß die BRD heute im Hinblick auf die NATO über mehr Handlungsspielraum verfügt als früher.<sup>15</sup>

*„Die Position Deutschlands in der Allianz ist heute eine andere als zu Zeiten des Kalten Krieges, unsere strategische Bedeutung hat verloren, als gestaltender Partner sind wir jedoch wichtiger geworden, weil wir freier agieren können.“<sup>16</sup>*

Offen ist allerdings, ob Deutschland versucht, die sich nun ergebenden Möglichkeiten auch zu verwirklichen, d.h. in konkretes Verhalten umsetzt und wenn ja, auf welche Weise. Viele Autoren erkennen diese Gegebenheit ebenso und erwarten daher eine umfassende (Neu)-Orientierung der deutschen Ziele und Interessen.

*„Germany is confronted with the urgent task of reviewing its traditional policy of ‚instinctive multilateralism‘, both in the sense that it must contribute to the formulation of a common Western security perspective and in the process consider developing its own, distinctive national aims and approaches.“<sup>17</sup>*

Forscht man nach Inhalten der (Neu)-Orientierung nationaler Interessen, so stößt man bei Politikern vorwiegend auf allgemeine Aussagen wie: das vereinte Deutschland habe eine „neue internationale Verantwortung“<sup>18</sup> oder „das Ende des Trittbrettfahrens ist erreicht“<sup>19</sup>. Es wird also prinzipiell der Begriff des nationalen Interesses gerne vermieden, wobei nicht vergessen werden darf, daß die Bezeichnung *Verantwortung übernehmen* in diesem Kontext mehrfach ein Synonym für *Machtstreben* sein

---

<sup>15</sup> Vgl. Sauder 1995:166.

<sup>16</sup> Schäuble: „Bewährungsprobe der Normalität“. Rede zur deutschen Außenpolitik im Rahmen einer Vortragsreihe der DGAP am 20.06.97 (Webedition).

<sup>17</sup> Meimeth 1998:82 u.a. auch Haftendorn 1994:149, Schwarz 1994b:107ff., Hellmann 1996:3b.

<sup>18</sup> Kaiser 1994:8f., siehe auch Schöllgen 1994, jüngst auch wieder Kohl: „Clinton: Luftbrücke war Investition in Demokratie“ in: SZ vom 15.05.98.

kann.<sup>20</sup> Dies ist m.E. nach bei der Auswertung politischer Dokumente mit zu berücksichtigen. Ein Blick in das Weißbuch des Bundesministeriums für Verteidigung verschafft etwas mehr Klarheit über die vitalen sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands. Es werden genannt: 1. Bewahrung von Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt der Bürger Deutschlands und der Unversehrtheit des Staatsgebietes, 2. Die Integration mit den europäischen Demokratien in der EU, 3. Das dauerhafte, auf eine Wertegemeinschaft und gleichgerichtete Interessen gegründete transatlantische Bündnis mit den Vereinigten Staaten als Weltmacht, 4. Eine auf Ausgleich und Partnerschaft bedachte Heranführung der östlichen Nachbarstaaten an westliche Strukturen und die Gestaltung einer neuen umfassenden kooperativen Sicherheitsordnung und 5. Die weltweite Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte und eine auf marktwirtschaftlichen Regeln basierende gerechte Weltwirtschaftsordnung.<sup>21</sup>

Was kann daraus abgelesen werden? Zuerst wird deutlich, daß die BRD einem Grundsatz treu geblieben ist, den sie schon vor 1990 praktiziert hat: ihre Politikziele sind ambivalent. Garton Ash bezeichnet dies treffend als *„Sowohl-als-auch-Politik“*.<sup>22</sup> Man strebt *sowohl* die Integration der MOE-Staaten in westliche Strukturen *als auch* eine vertiefte Beziehung zu Rußland an. Man will *sowohl* eine enge Verbindung zu den USA, und damit eine herausgehobene Rolle der NATO, *als auch* eine stabile Freundschaft mit Frankreich, und damit einen Ausbau der eigenen sicherheitspolitischen Identität mit Hilfe der Westeuropäischen Union (WEU). Dies sind nur einige Beispiele der deutschen *„keep-all-options-open“*-Politik. Um mit diesen Spannungsfeldern erfolgreich umgehen zu können, bedarf es m.E. nach einer starken außenpolitischen Position des Staates. Von Interesse ist folglich, ob sich diese hehren Ziele auch in einem machtpolitischen Verhalten der BRD niederschlagen und in welcher Form.

Zuvor gilt es aber, die Theorie des Neorealismus darzustellen, um die empirische Überprüfung des ersten Teils einleiten zu können.

---

<sup>19</sup> Herzog, a.a.O., S.62.

<sup>20</sup> Siehe Hacke 1997a:3, Kreile 1996:4.

<sup>21</sup> Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, 1994, S.42; siehe aber auch Naumann-Report 1992 und die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) 1992.

<sup>22</sup> Garton Ash 1994:72, siehe auch Hellmann 1996:3 u. 1997:30.

### 3 Darstellung des Neorealismus

Vasquez zufolge kann weder der klassische Realismus, geprägt vor allem durch Morgenthau<sup>23</sup>, noch der Neorealismus, dessen bekanntester Vertreter Waltz ist<sup>24</sup>, als eigenständige Theorie angesehen werden, sondern als Paradigma oder *set of theories*, denen gewisse grundlegende Annahmen gemein sind.<sup>25</sup> Hierbei betrachtet Waltz den Neorealismus als Weiterentwicklung des realistischen Paradigmas. Gleichmaßen definiert Elman den Neorealismus nicht per se als eine in sich geschlossene Theorie, sondern vielmehr als eine übergeordnete Denkschule.

*„Neorealism is best conceptualized as a metascientific construct, that is a paradigm or research program, rather than as a single theory.“<sup>26</sup>*

Weiter beschreibt Elman den Neorealismus als ‚big tent‘ mit Raum für unterschiedliche Ansätze, die zu verschiedenen Vorhersagen über das Verhalten der Staaten kommen.<sup>27</sup> Brooks stellt ebenso fest, daß Realisten zwar gewisse Grundannahmen teilen und oftmals als eine Gruppe bezeichnet werden, dieses *grouping* aber systematische Unterscheidungen im realistischen Lager erschwert.<sup>28</sup> Diese Erkenntnis wird im späteren Verlauf des ersten Teils noch zum Tragen kommen, wenn es darum geht, die verschiedenen Formen des (Neo-) Realismus darzustellen.<sup>29</sup>

Im folgenden werden zunächst die Grundannahmen, welche allen Neorealisten gemein sind, kurz aufgezeigt, um im Anschluß die Interessen bzw. Ziele der Staaten und den daraus folgenden Handlungsimperativ für die Staaten aus Sicht zweier unterschiedlicher Denkweisen zu beleuchten.

#### 3.1 Grundannahmen des Neorealismus

Die neorealistische Denkschule versucht, die Konfliktursachen zwischen Staaten anhand systemischer, d.h. struktureller Faktoren<sup>30</sup>, zu erklären, die durch die Machtverteilung im Internationalen System definiert werden. Staaten sind hierbei die zentralen

---

<sup>23</sup> Siehe Morgenthau 1948 u.a.

<sup>24</sup> Siehe Waltz 1959, 1979 u.a.

<sup>25</sup> Vasquez 1997:899; vgl. dazu auch Gilpin 1986:305.

<sup>26</sup> Elman 1996:18.

<sup>27</sup> Elman 1996:26; zur allgemeinen Kritik des neorealistischen Paradigmas siehe Vasquez 1997.

<sup>28</sup> Brooks 1997:445.

<sup>29</sup> Siehe dazu Kapitel 3.3.

<sup>30</sup> Für Waltz besteht das System aus „structure and interacting units“, wobei die von ihm entwickelte Theorie die *unit-variables* letzten Endes ausschließt und er in der Hypothesenbildung nur die strukturelle Komponente verwendet. Somit wird von Waltz der Begriff ‚System‘ synonym mit dem Begriff ‚Struktur‘ gebraucht. Im folgenden sind mit systemischen Faktoren also strukturelle gemeint. Siehe Waltz 1997:40 u.80.

Akteure; nicht-staatliche Akteure existieren zwar, sind aber epiphenomenal.<sup>31</sup> Die Staaten handeln autonom und rational, d.h. zielorientiert mit einer klaren Präferenzstruktur und *sensitive to costs*.<sup>32</sup> Das Internationale System ist charakterisiert durch Anarchie, eine Welt also ohne zentrale Autorität mit Gewaltmonopol. Diese anarchische Struktur des Systems ist inhärent konflikthaft.

*„Among states, the state of nature is a state of war. [...] Among men as among states, anarchy [...] is associated with occurrence of violence.“<sup>33</sup>*

Die Unsicherheit über die Absichten der anderen Staaten („der Freund von heute kann leicht der Feind von morgen sein“) beschert den Akteuren ein permanentes *Sicherheitsdilemma*. Oberstes Ziel der Staaten muß deshalb sein, für die Sicherung ihres eigenen Überlebens zu sorgen.

*„To achieve their objectives and maintain their security, units in a condition of anarchy [...] must rely on the means they can generate and the arrangements they can make for themselves. Self-help is necessarily the principle of action in an anarchic order.“<sup>34</sup>*

Um das Überleben des Staates zu sichern, ist dieser stets um seine relative Macht im Vergleich zu anderen Staaten im System besorgt. Die Akteure im Neorealismus haben exogen gegebene stabile Präferenzen, sie versuchen ihre Macht zu erhöhen oder zumindest zu erhalten.<sup>35</sup> Die relative Machtverteilung ist also der Dreh- und Angelpunkt, welche die Position des Staates und dessen Handlungsspielraum definiert. Erhöht sich die relative Macht, so verbessert sich die Position und erweitert sich auch der Handlungsspielraum. Die jeweilige Machtposition im anarchischen System bestimmt dann wiederum zu großen Teilen das außenpolitische Verhalten der Staaten.

*„Neorealist [...] theory leads one to believe that the placement of states in the international system accounts for a good deal of their behavior.“<sup>36</sup>*

Gibt es Veränderungen im Außenpolitikverhalten eines Staates, so sind diese nach Waltz im wesentlichen auf Veränderungen in der Machtstruktur des Internationalen Systems zurückzuführen. Die Kernfrage ist nun, auf welche Art und Weise die relative Machtposition eines Staates, in dem Fall die relative Machtposition der BRD, dessen außenpolitisches Verhalten bestimmt. In diesem Zusammenhang muß auch erwähnt

---

<sup>31</sup> Waltz 1979:94.

<sup>32</sup> Waltz 1986:331.

<sup>33</sup> Waltz 1979:102.

<sup>34</sup> Waltz 1979:111.

<sup>35</sup> Zur Unterscheidung zwischen offensiven und defensiven Neorealisten siehe Kapitel 3.2.2.

<sup>36</sup> Waltz 1993:45.

werden, daß Waltz paradoxerweise selbst nicht der Ansicht ist, daß die neorealistische Tradition sich überhaupt für eine Außenpolitikanalyse eignet.<sup>37</sup> Der Neorealismus legt in der Tat keine kohärente Außenpolitiktheorie vor, und man muß sich mit der Frage auseinandersetzen, ob er Vorhersagen für abhängige Variablen treffen kann, die das Verhalten von individuellen Staaten messen.<sup>38</sup> Baumann et al. sind der Ansicht, daß man zu einer testbaren neorealistischen Außenpolitiktheorie kommen kann, indem sie versuchen, den *missing link* zwischen Machtposition (Struktur) und Außenpolitikverhalten der Staaten (Akteure) in der genauen Darstellung der Handlungsdisposition der Akteure zu finden.<sup>39</sup> Wichtig zur Ermittlung der Handlungsdisposition ist zum einen die Annahme, daß Akteure generell nach rationalem Kosten-Nutzen-Kalkül handeln, zum anderen müssen aber auch die Interessen der Staaten und deren Machtposition genauer analysiert werden, um ihr Verhalten bestimmen zu können.

### **3.2 Interessen und Ziele des Neorealismus – Handlungsdisposition**

Aus den Grundannahmen des Neorealismus geht hervor, daß sich die Welt der Staaten prinzipiell um zwei Dinge dreht: Interesse an Sicherung des eigenen Staates und, daraus resultierend, das Interesse an Macht. Je mächtiger ein Staat ist, desto besser kann er seine Sicherheit gewährleisten. Weil in diesem Teil der Arbeit beide Interessen/Ziele zentral sind, gilt es auch, beide Konzepte näher zu betrachten und vor allem klar zu determinieren, denn, „the concept of security is no less murky than that of power.“<sup>40</sup>

#### **3.2.1 Das Interesse an Sicherheit**

Baldwin stellt in seiner Auseinandersetzung mit dem Konzept der Sicherheit zunächst fest, daß keine Theorie der internationalen Politik die Sicherheit mehr betont als der Neorealismus. In Anbetracht dieser Tatsache, so der Autor weiter, haben die Vertreter des Neorealismus der Erläuterung des Konzepts allerdings wenig Aufmerksamkeit zukommen lassen.<sup>41</sup>

Betrachtet man nun das Waltzsche Sicherheitskonzept, so läßt sich folgendes konstatieren: der anarchische Charakter des Internationalen Systems verpflichtet die Staaten

---

<sup>37</sup> So Waltz 1994 auf einem Meeting der American Political Science Association, zitiert nach Elman 1996.

<sup>38</sup> Für eine weiterreichende Diskussion siehe Elman 1996, der seinerseits eine m.E. schlüssige Argumentation für den Neorealismus als Außenpolitiktheorie liefert. Für eine Replik darauf siehe Waltz 1996.

<sup>39</sup> Vgl. Baumann et al. 1998:3.

<sup>40</sup> Schweller 1996:102.

<sup>41</sup> Baldwin 1997:21.

dazu, ihr Überleben, d.h. ihre Sicherheit an erster Stelle zu setzen. Waltz definiert zwar auch andere Ziele eines Staates, die eigene Sicherheit aber genießt absolute Priorität.

*„In anarchy, security is the highest end. Only if survival is assured states can safely seek such other goals as tranquility, profit, and power. [...] The goal the system encourages them to seek is security.“<sup>42</sup>*

Staaten würden hohe Kosten und Risiken tragen, um das, was sie haben, zu sichern, wohingegen sie Risiken scheuen, wenn es darum geht, ihre Position im System zu verbessern. Das Gut Sicherheit bedeutet für die Staaten die Fähigkeit, ihre Unabhängigkeit und ihre funktionale Integrität beizubehalten.<sup>43</sup> Schweller stellt dazu fest, daß Waltz hier einen klaren Schnitt mit der klassischen Realismusannahme macht, die besagt, daß Staaten stets versuchen, ihre relative Macht zu erhöhen.

*„The first concern of states is not to maximize power but to maintain their positions in the system“.<sup>44</sup>*

Sicherheit ist für Waltz eine *Conditio sine qua non* für alles Folgende.<sup>45</sup>

### **3.2.2 Das Interesse an Macht**

Eng verknüpft mit dem Interesse an Sicherheit ist im neorealistischen Konzept das Interesse an Macht, wenn auch vielschichtiger im Begriffsverständnis.<sup>46</sup> Für Waltz ist der Ausdruck *power* einmal Macht im Sinne von *capabilities*: „for each state its power in relation to other states is ultimately the key to its survival“<sup>47</sup>, d.h. „[...] power is a means and not an end [...]. [States] cannot let power, a possibly useful means, become the end they pursue“ und einmal Macht im Sinne von Einfluß: „only of survival is assured states can safely seek such other goals as tranquility, profit, and power.“<sup>48</sup> Zakaria bemängelt dieses vage Machtkonzept, indem er feststellt, daß Realisten den Begriff Machtstreben alternativ für die Vermehrung von Machtressourcen und das Verfolgen expansiver Ziele *infolge* gestiegener Machtressourcen verwenden.<sup>49</sup>

Nachstehend wird der Begriff *Macht* also in zwei Stoßrichtungen behandelt. Zum einen als Macht in Art und Weise der Machtressourcen, also *power resources* in der Eigen-

---

<sup>42</sup> Waltz 1979:126.

<sup>43</sup> Buzan 1991:18f.

<sup>44</sup> Waltz 1979:126.

<sup>45</sup> Schweller 1996:102.

<sup>46</sup> Baldwin 1979, Rothgeb 1993:18ff.

<sup>47</sup> Waltz 1959:210.

<sup>48</sup> Waltz 1979:126.

<sup>49</sup> Zakaria 1992:194.



schaft von politischen, militärischen und ökonomischen Mitteln. Hier steht Macht für die Bestimmung der Position eines Staates als unabhängige Variable im Vordergrund.<sup>50</sup> Zum anderen soll Macht in Form von ‚Machtpolitik als Strategie‘ diskutiert werden, in der Macht sich entfalten kann, also als *power as control of outcomes*.<sup>51</sup> Mit anderen Worten, es geht um das außenpolitische Verhalten eines Staates, das in dieser Arbeit die abhängige Variable in der Fallanalyse beschreibt. Das Verhalten der Staaten ist durch ein Selbsthilfeprinzip in einem anarchischen System gekennzeichnet. Aus diesem Blickwinkel heraus stellt Machtpolitik die vom Neorealismus induzierte Verhaltensausrprägung dar. Hieraus ist aber noch keine eindeutige optimale Handlungsdisposition ableitbar. Mit diesem Problem setzt sich auch Elman auseinander, indem er darauf hinweist, daß Neorealisten zwar von den gleichen Grundannahmen ausgehen aber unterschiedliche Zweitannahmen (*secondary assumptions*) über die Handlungsmotivation der Staaten haben; gemeint ist die Differenzierung zwischen machtmaximierenden und machterhaltenden Staaten, d.h. revisionistischen versus status quo Staaten.<sup>52</sup> Offensive Neorealisten wie Mearsheimer erklären, daß Staaten revisionistisch sind und keine Gelegenheit auslassen, ihre relative Macht zu vergrößern.<sup>53</sup> Waltz hingegen betrachtet Staaten meist als status quo Staaten, die sich nur um den Erhalt der Macht sorgen und sich defensiv positionalistisch verhalten, wenn auch einige offensive machtmaximierende Staaten sind.<sup>54</sup> Auch Grieco erkennt das Problem der, wie er es nennt, Sicherheits- versus Machtmaximierung und nimmt zu diesem Aspekt zunächst wie folgt Stellung:

*„[...] in my view, although there is nothing in realist theory that would preclude us from observing that some states may seek to maximize their relative power [...], the theory's emphasis in anarchy itself probably does not predict more than that most states (and certainly all major states) will seek the minimum level of power that is needed to attain and to maintain their security and survival.“*<sup>55</sup>

Grieco gehört also zu den defensiven Positionalisten, die nicht erwarten, daß Staaten absolute Machtmximierung anstreben oder versuchen werden, den Machtunterschied zwischen sich und anderen Staaten zu ihrem Vorteil zu erhöhen.<sup>56</sup> Schweller weist je-

---

<sup>50</sup> Dieser Gesichtspunkt wird in Kapitel 3.4. ausführlich behandelt.

<sup>51</sup> Keohane/Nye 1989:29f.

<sup>52</sup> Elman 1996:22, siehe dazu auch Buzan 1991:297ff.

<sup>53</sup> Mearsheimer 1990:12. Gilpin argumentiert in die gleiche Richtung: Expansion und das Greifen nach Hegemonialmacht erhöht die Wahrscheinlichkeit des Überlebens. Gilpin 1981:23.

<sup>54</sup> Waltz 1979:117.

<sup>55</sup> Grieco 1997:167; siehe zur selben Kritik auch Guzzini 1998:135f.

<sup>56</sup> Grieco 1997:186.

doch darauf hin, daß status quo-Staaten demnach alle definitiv mit dem Stand der Dinge zufrieden sein müßten, es also nicht zu erwarten ist, daß Machtungleichheiten als Katalysator auftreten und *balancing*-Verhalten auslösen.<sup>57</sup> So schlußfolgert Schweller, daß es wenigstens einige Staaten geben muß, die ihren Status Quo verändern, sprich, ihre relative Macht erhöhen wollen.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß verschiedene Denkrichtungen des Neorealismus unterschiedliche Vorhersagen über das Verhalten von Staaten treffen. Dies reicht aber für eine testbare neorealistische Außenpolitiktheorie nicht aus, die, um zu einem überprüfbareren Ergebnis zu kommen, klar bestimmen muß, ob ein Staat nach Machterhalt oder nach Machtmaximierung strebt.

Baumann et al. lösen das Problem, indem sie ein Interesse der Staaten an Machtmaximierung als die plausibelste und forschungspraktisch beste Annahme halten.

*„Wenn ein Staat seine gegenwärtige Machtposition  $M^0$  gegenüber einer schwächeren Machtposition  $M^1$  bevorzugt, weil er so seine vitalen Sicherheits- und anderen Interessen besser durchsetzen kann, dann wird er auch  $M^{+1}$  gegenüber  $M^0$  und  $M^{+2}$  gegenüber  $M^1$  bevorzugen“, [wobei] „die Annahme eines Interesses an möglichst viel Macht keineswegs die Erwartung aggressiven und expansiven Verhaltens nach sich ziehen muß“.<sup>58</sup>*

Diese Argumentation ist nach meinem Dafürhalten folgerichtig und wird für die weitere Argumentation übernommen.

Im nächsten Kapitel soll nun die abhängige Variable in dieser theoretischen Gleichung definiert werden.

### **3.3 Machtpolitik als abhängige Variable**

Das Streben der Staaten nach Macht spiegelt sich in zwei unterschiedlichen Verhaltensausprägungen wider, die zwar von gemeinsamer theoretischer Herkunft sind, d.h. sich alle im ‚big tent‘ der (neo-) realistischen Denkschule wiederfinden, aber im Hinblick auf die daraus abzuleitenden Verhaltensrichtungen unterschiedliche Prognosen machen und so im Grunde zwei verschiedene neorealistischen Außenpolitiktheorien bilden.

Zum einen manifestiert sich eine Machtpolitik in der Strategie der Autonomiemaximierung. Autonomie, verstanden als formale und faktische Unabhängigkeit eines

---

<sup>57</sup> Schweller 1996:115f.

<sup>58</sup> Baumann et al. 1998:8f.

Staates von anderen Staaten, ist ein Maß dafür, wie wenig andere Kontrolle über ihn ausüben können.<sup>59</sup> Einige Vertreter des Neorealismus erwarten dementsprechend aufgrund einer Verbesserung der Machtposition eher unilaterales Verhalten. Im Hinblick darauf lassen sich verschiedene Verhaltensoptionen festmachen, die als autonomiemaximierende Machtpolitik begriffen werden können. Zum Beispiel ein Austritt eines Staates aus einer internationalen Institution oder die Ablehnung, einem neuen Kooperationsvorhaben beizutreten sind jeweils starke Formen dieser machtpolitischen Haltung. Dieser Strang einer neorealistischen Außenpolitiktheorie soll im weiteren in Anlehnung an Baumann et al. als *traditioneller Neorealismus* betitelt werden.

Zum anderen zeigt sich in der Strategie der Einflußmaximierung eine weitere Form machtpolitischen Verhaltens. Diese Strategie ist quasi vice versa zur Autonomiepolitik zu sehen, da Einflußgewinn des einen Staates als Autonomieverlust des anderen gedeutet werden kann. Einflußmaximierendes Verhalten bezieht sich auf das Maß an Kontrolle über andere Staaten, also inwieweit ein Staat auf andere, vor allem im Rahmen internationaler Institutionen, einwirken, d.h. Entscheidungsprozesse im gewünschten Sinne beeinflussen kann. Hier bedarf es besonderer Aufmerksamkeit bezüglich der Kooperationsmotivation der Staaten. Es muß begründet werden, inwiefern ein in erster Linie auf Integration ausgerichtetes Politikverhalten mit einem neorealistischen Gedankengerüst vereinbar ist (siehe dazu Kapitel 3.3.2). Dieser Strang des Neorealismus soll fortan, um bei der Bezeichnung Baumann et al.'s zu bleiben, als *modifizierter Neorealismus* benannt werden.

Vorerst läßt sich somit zusammenfassend festhalten:

*„Je besser die Machtposition des Staates ist, desto mehr Autonomie und Einfluß wird er mit seiner Außenpolitik anstreben und desto mehr autonomie- und einflußmaximierende Politik (=Machtpolitik) wird er daher betreiben.“<sup>60</sup>*

Im Fallbeispiel NATO-Politik der BRD werden beide Verhaltensdispositionen untersucht. Für eine testbare Außenpolitiktheorie muß jedoch eindeutig angebbar sein, wie sich Staaten in jeweiligen Situation verhalten werden, um dann die Hypothesen verifizieren oder ggf. falsifizieren zu können. In den nächsten zwei Unterkapiteln sollen hierzu aus theoretischer Sicht die beiden Verhaltensdispositionen näher beleuchtet werden.

---

<sup>59</sup> Baumann et al. 1998:6.

<sup>60</sup> Baumann et al. 1998:9.

### 3.3.1 Der traditionelle Neorealismus

Diese autonomiemaximierende Außenpolitiksschiene ist dem traditionellen neorealistischen Lager (v.a. Waltz, Mearsheimer) nahestehend und folgt der Argumentation, daß Staaten stets darauf bedacht sind, ihre Unabhängigkeit zu bewahren und auszubauen oder zumindest neue Abhängigkeiten so gering wie möglich zu halten. Die Bemühungen des Staates nach Autonomie lassen sich schlüssig aus den Grundannahmen des Neorealismus herleiten. Wie oben erwähnt sind die Staaten in Anarchie darauf angewiesen, sich selbst zu helfen, um ihr Überleben zu sichern.

*„Anarchy has two principal consequences. First, there is little room for trust among states because a state may be unable to recover if its trust is betrayed. Second, each state must guarantee its own survival since no other actor will provide its security. All other states are potential threats, and no international institution is capable of enforcing order or punishing powerful aggressors.“<sup>61</sup>*

In diesem Zusammenhang gilt es, auf die Frage der Kooperation zwischen Staaten einzugehen. Eine neorealistische Außenpolitiktheorie in diesem Sinne ist im allgemeinen sehr skeptisch gegenüber Kooperationsmöglichkeiten, da sich die Staaten in einem Nullsummenspiel befinden, d.h. die Gewinne der einen Seite zu Verlusten auf der anderen Seite führen (Problem der relativen Gewinne). Die Macht des Staates ist also immer in Relation zu anderen Staaten zu sehen. Diese Positionalität, verbunden mit der Unsicherheit über die zukünftigen Absichten des Gegners (cheating), macht Kooperationsvorhaben nur schwer durchsetzbar. Mearsheimer stellt fest, daß Institutionen dem Kalkül der großen Mächte entsprechen und keine unabhängige Wirkung auf das Verhalten der Staaten haben. Institutionen „matter only on the margins“.<sup>62</sup> Eine Darstellung über die theoretische Kooperationswahrscheinlichkeit zwischen Staaten im Neorealismus findet sich bei Grieco.<sup>63</sup> Ausschlaggebend für den Kooperationswillen des Staates ist ihm zufolge der Faktor  $k$  seiner Nutzenfunktion. Dieser gibt den Koeffizienten für die Sensibilität bei *gaps in gains* an, sprich, eine Einschätzung des Staates, wie groß die Gefahr für ihn ist, wenn andere Staaten relative Gewinne erzielen, er selbst also Verluste erwarten muß.<sup>64</sup> Abgesehen von wenigen Ausnahmefällen, die

---

<sup>61</sup> Mearsheimer 1990:12.

<sup>62</sup> Mearsheimer 1994/95:7.

<sup>63</sup> Grieco 1993a:116-142.

<sup>64</sup> Mit einer geringeren Sensibilität für Verluste und etwaigen hohen absoluten Gewinnen kann auch eine nach Kooperation strebende Außenpolitik erklärt werden, womit eine entgegen der traditionell neorealistischen Erwartung angesprochen wäre. Diese wird im modifizierten Neorealismus noch zu sehen sein.

von Elman genannt werden<sup>65</sup>, wird internationale Kooperation im Rahmen dieser Form der Machtpolitik generell als Einschränkung der Autonomie und damit als Sicherheitsrisiko betrachtet. Vor allem im sogenannten *high politics* Bereich, welcher direkte Relevanz in Fragen der Sicherheit besitzt, reagieren die staatlichen Akteure auf Machtverschiebungen besonders empfindlich. Sie bevorzugen demnach unilaterales Handeln, denn nur in dieser Form können sie größtmögliche Entscheidungsautonomie beibehalten. Die vom traditionellen Neorealismus prognostizierte Strategie der Staaten ist ein *balancing*-Verhalten<sup>66</sup>, bei dem sich ein Staat mit anderen Staaten gegen einen mächtigeren zusammenschließt, also ein Gegengewicht bildet.<sup>67</sup> Brooks führt in diese Debatte ein wichtiges Argument ein.<sup>68</sup> Er betont, daß Neorealisten wie Waltz und Mearsheimer von einer *worst case* Perspektive ausgehen.

„For neorealists, states are conditioned by the mere possibility [...] of conflict.“<sup>69</sup>

Die bloße Möglichkeit eines Konflikts reicht, um sich gegen feindliche Bedrohung schützen zu müssen.<sup>70</sup> Diese Auffassung, so Brooks weiter, ist dadurch bedingt, daß die Vertreter des Neorealismus implizit die Argumentationslinie Morgenthau übernehmen, der feststellt, daß Akteure inhärent aggressiv sind. Daraus ergeben sich weitreichende Konsequenzen für die Staaten. Diese Möglichkeitsperspektive bewirkt, daß Staaten stets skeptisch gegenüber der Zukunft sind und sich daher eine kurzfristige Sichtweise zu eigen machen. Brooks stellt fest, daß Staaten im traditionellen Neorealismus zunächst immer um ihre kurzfristige militärische Schlagkraft bemüht sind,

---

<sup>65</sup> Elman führt die Bedingungen auf, unter denen Kooperation im Neorealismus für möglich hält. A) bei ausbalancierten relativen Gewinnen, bei welchen keiner der kooperierenden Staaten seine relative Machtposition verbessern kann, B) gewissermaßen erzwungene Kooperation durch eine Hegemonialmacht, C) Kooperation zwischen eklatant ungleichen Staaten, wo der relative Gewinn durch die Kooperation nichts am großen Machtunterschied zwischen den Staaten verändert und D) externes *balancing* gegenüber einer gemeinsamen externen Bedrohung. Siehe Elman 1996:24.

<sup>66</sup> Im Waltz'schen Neorealismus wird zwischen *internal balancing* (Staaten vermehren ihre eigenen Ressourcen im Innern) und *external balancing* (Staaten schließen mit anderen Bündnisse ab) unterschieden (Waltz 1979:118). Letzteres spielt v.a. in der Allianztheorie die größere Rolle. Siehe dazu auch Walt 1987.

<sup>67</sup> Demgegenüber steht das *bandwagoning*-Verhalten, bei dem sich ein Staat an die mächtigere Seite anschließt zum Zwecke einer Gewinnbeteiligung. Aber nach Waltz` Einschätzung ist „balancing, not bandwagoning, the behavior induced by the system“, Waltz 1979:126. Siehe zur Strategie des bandwagoning Schweller 1994.

<sup>68</sup> Brooks ist der Meinung, daß der klassische Realismus in zwei Lager geteilt werden kann. Zum einen in den Neorealismus à la Waltz, zum anderen in den von ihm selbst so bezeichneten Postklassischen Realismus, auf den in Kapitel 3.3.2. näher eingegangen wird.

<sup>69</sup> Brooks 1997:448.

<sup>70</sup> Brooks 1997:448. Diese Annahme rührt erstens daher, daß ‚Vorsicht besser als Nachsicht‘ ist: die Kosten eines Krieges sind für den Staat höher als dessen Vermeidung durch Militärschlagkraft. Zweitens kann man sich auf die guten Absichten der anderen Staaten nicht verlassen: „the possibility always exists that a state`s intentions can be benign one day and malign the next“ (zitiert nach Mearsheimer 1994/95:11). Und

...

bevor sie andere Ziele, wie z.B. langfristig ökonomische, ins Auge fassen.<sup>71</sup> Diese kurzfristige, die militärischen Kapazitäten betonende Sichtweise resultiert Brooks' Ansicht nach nicht aus der Anarchieannahme, sondern aus der *worst case*-Annahme.

*„Ultimately, this worst case/possibilistic assumption – and not the condition of anarchy – performs the bulk of the explanatory work in the Waltzian neo-realist framework.“<sup>72</sup>*

Die permanent drohende Gefahr eines Konfliktes zwischen Staaten läßt sich nach Auffassung von Waltz nur durch die Balance militärischer Ressourcen abmildern. Ein Angriff wird zumindest unwahrscheinlicher, wenn der Staat die *capabilities* eines potentiellen Aggressors ausgleichen kann.<sup>73</sup> Diese Ratio, so schlußfolgert der Autor, hängt vom Ausmaß der Sicherheitsbedrohung im System ab. Jede ungleiche Machtverteilung, jede Bewegung im Machtgefüge des Systems wird von den Staaten als mögliche Bedrohung interpretiert. Folglich denken Staaten stets in *worst case*-Szenarien und geben der eigenen Autonomie den absoluten Vorrang gegenüber möglichen Einflußmaximierungsstrategien.

### **3.3.2 Der modifizierte Neorealismus**

Die zweite Form der Machtpolitik, die Staaten anwenden können, ist das Streben nach Einfluß. Bedrohungen von anderen Staaten im anarchischen System sollen durch Mitsprache und Mitbestimmung in internationalen Gremien gemildert werden. Je größer der Einfluß auf institutioneller, multilateraler Ebene, desto besser kann die nationale Interessendurchsetzung des Staates gewährleistet werden. Über die Bedeutung der Variable *Einfluß* in der neorealistischen Tradition äußert sich Gilpin folgendermaßen:

*„[A] state is compelled within the anarchic and competitive conditions of international relations to [...] attempt to extend its control over the international system. If the state fails to make this attempt, it risks the possibility that other states will increase their relative power positions and will thereby place its existence or vital interests in jeopardy.“<sup>74</sup>*

Einflußpolitik kann also als eine Art der Machtpolitik beschrieben werden, die ebenso wie Autonomiepolitik mit den Grundannahmen der (neo-)realistischen Denkschule vereinbar ist und dem Ziel der Sicherheitserhöhung des Staates dient. Im folgenden

---

drittens sind defensive Vorsichtsmaßnahmen die einzige Versicherung gegen einen Angriff anderer Staaten.

<sup>71</sup> Dieser Umstand wird noch zum Tragen kommen, wenn es darum geht, die einflußmaximierende Variante des Neorealismus zu erörtern. Siehe dazu Kapitel 3.3.2.

<sup>72</sup> Brooks 1997:449.

<sup>73</sup> Brooks 1997:456.

<sup>74</sup> Gilpin 1981:86.

soll der Ansatz von Brooks dazu dienen, die Unterschiede beider Formen von Machtpolitik herauszuarbeiten und davon ausgehend das Streben der Staaten nach Einfluß zu begründen, was für die Entwicklung einer testbaren Außenpolitiktheorie von Wichtigkeit ist.

Brooks rechnet den einflußmaximierenden Ansatz dem klassisch realistischen Lager zu und spricht daher auch von einem „postklassischen Realismus“ (vgl. Fußnote 68). Dieser von Brooks so spezifizierte postklassische Realismus arbeitet nicht wie in Kapitel 3.3.1 zu sehen war mit der neorealistischen Annahme, daß die bloße Möglichkeit einer Bedrohung ausreicht, um einen Staat in Alarmbereitschaft zu versetzen, sondern hier richtet sich das Staatsverhalten danach aus, in welchem Ausmaß die Internationalen Beziehungen konflikthaft sind. Anstelle der oben diskutierten Möglichkeit einer Konfliktsituation, kommt hier ein anderes Handlungsdispositiv zum Tragen: die *Wahrscheinlichkeit* einer Sicherheitsbedrohung.

Die Akteure im postklassischen Realismus beurteilen die Situation danach, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, daß der Staat in Konflikt mit einem anderen Staat geraten könnte (also keine *worst case* Annahme). Ausschlaggebend ist also die angenommene Bedrohungslage der Staaten, die insofern als intervenierende Variable fungiert. Um zu einer aussagekräftigen Außenpolitiktheorie zu kommen, ist es also vonnöten, das Maß an Sicherheitsbedrohung zu bestimmen, weil hier davon ausgegangen wird, daß diese eine große Rolle bezüglich des Staatsverhaltens spielt.<sup>75</sup>

Wichtig zur Ermittlung der Sicherheitsbedrohung ist der oben definierte k-Faktor, also die Perzeption des Staates. Wird die Sicherheitslage als ernst und deshalb ungünstig eingeschätzt, so wird das Einflußstreben zweitrangig und die Staaten konzentrieren sich mehr auf ihren Autonomieerhalt. Unter dieser Bedingung sagt der modifizierte Neorealismus gleiches voraus wie der traditionelle Neorealismus, die intervenierenden Variablen treten in den Hintergrund. Scheint hingegen die Bedrohung der Staaten relativ gering zu sein, so kommt der Ansatz des modifizierten Neorealismus zu differenzierten Prognosen. Das Streben nach Einfluß steht nun im Vordergrund und die Gefahren eines Autonomieverlustes werden vernachlässigt.

*„In comparison to neorealism, [...], postclassical realism advances a much more conditional view of whether incentives for military aggression exist in the system: this conditional assessment undergirds the postclassical realist*

---

<sup>75</sup> Die Sicherheitsbedrohung kann durch folgende Variablen beeinflusst werden: Technologie (Jervis 1978, Buzan 1993, Glaser 1994/95); geographische Nähe (Walt 1987, Krasner 1978) und internationaler ökonomischer Druck (Gilpin 1981, Wolforth 1994/95).

*view that states will not make worst-case assumptions but will, instead, be conditioned by the probability of conflict."*<sup>76</sup>

Unter diesen Umständen werden kurzfristige Sicherheitsanforderungen zugunsten langfristiger ökonomischer Ziele hintenangestellt. Bei Zugewinnen wirtschaftlicher Kapazitäten kann auch ein *trade off* im militärischen Bereich in Kauf genommen werden. Der postklassische Realismus, so Brooks, betrachtet Staaten in der Gestalt, daß diese letzten Endes danach trachten, ihren Anteil an ökonomischen Ressourcen zu erhöhen und damit auch ihre Macht.

Dreh- und Angelpunkt der Unterscheidung zwischen der neorealistic Denkschule und der hier diskutierten ‚Variante‘ ist die Sichtweise über internationale Institutionen und Kooperation. Schweller/Priess stellen in diesem Zusammenhang die Linie des traditionellen Realismus dar und argumentieren, daß deren Sichtweise über Institutionen in Verbindung mit dem systemischen Fokus des Neorealismus gewinnbringend sei, indem diese Verschmelzung eine neue Schule hervorbringt, die sie modifizierter struktureller Realismus nennen.<sup>77</sup>

*„Because traditional and modified structural realists acknowledge that outcomes do not always correspond to the actual power distribution among the actors in the system but are instead modified by institutional arrangements, they believe that institutions do indeed matter“.*<sup>78</sup>

Die Autoren schreiben weiter, daß sowohl für klassische als auch modifiziert strukturelle Realisten Institutionen wichtig sind, weil alle Interaktionen zwischen Staaten ein gemeinsames Verständnis und gewisse Regelungen voraussetzen. Gleichermäßen regte Grieco seinerseits schon 1993 an, daß Realisten verstärkt darüber nachdenken sollten, wie ihr eigener Ansatz der Rolle und Bedeutung der Institutionen gegenübersteht.<sup>79</sup> Man kommt zu der Einsicht, daß Institutionen doch einen höheren Stellenwert bekommen sollen als vom traditionellen Neorealismus bislang zugestanden.<sup>80</sup> So ar-

---

<sup>76</sup> Brooks 1997:463.

<sup>77</sup> Dieser modifizierte strukturelle Realismus wird in dieser Arbeit ex aequo behandelt wie Brooks postklassischer Realismus und Baumann et al.'s modifizierter Neorealismus.

<sup>78</sup> Schweller/Priess 1997:10.

<sup>79</sup> Grieco 1993b:312.

<sup>80</sup> Der Stellenwert der Institutionen im modifizierten Neorealismus lehnt stark an die Theorie des rationalistischen Institutionalismus an. Diese Theorie geht ebenfalls von der Erwartung aus, durch einflußorientiertes Verhalten in Organisationen und Regimen die eigenen Gewinne steigern zu können. Allerdings agieren Staaten grundsätzlich atomistisch, d.h. sie definieren ihre Nutzenfunktion unabhängig von denen anderer Akteure (Keohane 1984:27). Ihr Hauptziel ist es, absolute Gewinne zu maximieren, die durch beständige kooperative Politik in Institutionen erreicht werden können, wohingegen die Staaten im modifizierten Neorealismus nach wie vor ihre relative Machtposition im Auge behalten und ihre Nutzenfunktion sich demzufolge interdependent zu anderen Akteuren definiert, wie in Kapitel 3.3.1 zu sehen war. Das Verhalten der Staaten ist auch in Institutionen durch das im Internationalen System vorherrschende Machtgeflecht



gumentiert Grieco, daß der modifizierte Neorealismus im Sinne der im nächsten Unterkapitel beschriebenen *voice opportunity*-These erklären kann, wie sich staatliches Verhalten in Organisationen in vermehrte Einflußpolitik niederschlagen kann.

Im folgenden gilt es, sich näher mit dem Einflußmechanismus auseinanderzusetzen.

### 3.3.2.1 Voice-opportunity These nach Grieco

Wie oben schon erwähnt, wünschte sich Grieco eine der Realität besser entsprechende ‚Weiterentwicklung‘ der realistischen Denkschule, um eine erklärungskräftigere Alternative zum Waltzschen *balancing*-Verhalten aufzuzeigen. In einer Analyse des Integrationsprozesses in der EU hat Grieco gezeigt, daß sogenannte *middle rank countries* im währungspolitischen Bereich innerhalb der Institution ihren Einfluß auf andere Mitglieder zu erhöhen versuchen, indem sie sich selbst einer stärkeren Einbindung unterziehen, also zugunsten von mehr Mitspracherechten Autonomieverluste in Kauf nehmen.<sup>81</sup>

Mit Blick auf die zugrundeliegenden Analyse der NATO-Politik eröffnet sich m.E. nach die Möglichkeit anhand dieses *voice-opportunity*-Ansatzes die abhängige Variable *Einflußpolitik* der BRD zu überprüfen. Meiner Meinung nach verwendet Grieco den Begriff *middle rank country* politikfeldspezifisch, d.h. Frankreich und Italien sind „countries that are economically not the most powerful within the EC but are politically highly salient“.<sup>82</sup> Demzufolge könnte man Deutschland im Sicherheitsbereich durchaus als „not the most powerful in the NATO“ bezeichnen, aber wohl als „politically highly salient“. Im folgenden wird somit dieser Ansatz zur Systematisierung des im modifizierten Neorealismus prognostizierten Verhaltens der Einflußmaximierung herangezogen.

Grieco bedient sich in seiner Argumentation des von Albert O. Hirschman entwickelten *Voice*-Konzepts.<sup>83</sup> Sind Mitglieder einer Organisation unzufrieden mit ihrer derzeitigen Lage, so stehen ihnen zwei Möglichkeiten zur Verfügung: erstens, *Exit*-Option: die Mitglieder sind unzufrieden mit der Situation und verlassen die Organisation. Dieser Fall kommt im Grunde genommen der in 3.3.1 besprochenen Autonomiestrategie sehr nahe, denn mit dem Austritt aus einer Institution geht stets ein Zugewinn an Handlungsfreiheit für den Staat einher, da er den Prinzipien, Normen und Regeln nicht

---

geprägt. Ein Staat wird also immer auf seine Bedrohungslage achten und sich stets machtpolitisch, also sowohl autonomiestrebend als auch einflußstrebend verhalten, egal ob in Institutionen eingebunden oder nicht.

<sup>81</sup> Grieco 1995, 1996.

<sup>82</sup> Grieco 1996:301.

<sup>83</sup> Hirschman 1970.

mehr unterworfen ist. Andererseits können Staaten, und dies betont Grieco in seiner Argumentation, auch Leistungen und Kooperationsgewinne im weitesten Sinn verloren gehen. Deshalb kann sich ein unzufriedener Staat einer Alternative bedienen, nämlich zweitens, der *Voice*-Option:

*„The firm`s customers or the organization`s members express their dissatisfaction directly to management or to some other authority to which management is subordinate or through general protest to anyone who cares to listen.“<sup>84</sup>*

*Voice* läßt sich beispielsweise über folgende Indikatoren definieren, welche auch schon zu Beginn des Kapitels 3.3.2 anklangen: Maximierung des eigenen Ressourcenanteils z.B. Personal und insbesondere die Plazierung dessen; Sicherung von Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, v.a. Stimmanteile in den einzelnen Gremien; Herstellung und Aufrechterhaltung von Abhängigkeiten schwächerer Staaten etc.<sup>85</sup> Allgemein kann man sagen, daß immer dann *Voice* angewendet wird, wenn es den Mitgliedern in einer Organisation als effizient, also kosten-nutzen-rational erscheint. Erst wenn nichts mehr durch *Voice* erreicht werden kann, wenden sich die Mitglieder der *Exit*-Option zu. Grieco kommt innerhalb dieser *Voice*-Analyse zu vier Erwartungshaltungen bezüglich zwischenstaatlicher Kooperation und staatlichen Verhaltens.<sup>86</sup> Erstens, Staaten sind in den Organisationen darauf bedacht, über ausreichend *Voice*-opportunities zu verfügen. Zweitens, Staaten, die nicht über adäquate *Voice*-Möglichkeiten verfügen, sind mit ihrer Position in der Organisation unzufrieden. Drittens, wenn Staaten unzufrieden sind, die dortigen Kooperationsmechanismen aber dennoch als effizient einschätzen, werden sie danach streben, die Regeln und Entscheidungsprozesse (*rule trajectory*) so zu verändern, daß sich neue *Voice*-opportunities auftun. Und Viertens, wenn diese Reformvorhaben scheitern, steigt die Wahrscheinlichkeit, daß Staaten *Exit* wählen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Sichtweise dieses Ansatzes einerseits den Vorteil hat, die Bandbreite der Verhaltensweisen im neorealistischen Lager zu erhöhen, andererseits allerdings den Nachteil, daß der Ansatz schwer zu falsifizieren ist<sup>87</sup>, da beide beschriebenen Verhaltensweisen, also Autonomie- und Einflußpolitik je nach

---

<sup>84</sup> Hirschman 1970:4.

<sup>85</sup> Baumann et al. 1998:16.

<sup>86</sup> Grieco 1996:288f.

<sup>87</sup> Für eine allgemeine Kritik siehe Vasquez 1997.

Situation rational und mit dem Ansatz vereinbar sind, je nach wahrgenommener Bedrohungslage der Staaten. Um zu einer testbaren Hypothese zu kommen, ist es notwendig, eine eindeutige Verhaltensannahme zu bestimmen. Im Prinzip liegt diesem Ansatz eine Gesetzmäßigkeit zugrunde: je geringer die Bedrohung eines Staates, desto mehr wird dieser Einflußpolitik betreiben.<sup>88</sup>

Bevor nun aber vollständige Hypothesen aus den beiden Theorielagern abgeleitet werden können, soll zunächst die unabhängige Variable, also die relative Machtposition eines Staates spezifiziert werden, da dieser Wert für das Betreiben einer autonomie- oder einflußorientierten Außenpolitik verantwortlich ist.

### **3.4 Machtposition als unabhängige Variable**

Im folgenden wird nun der Begriff *Macht* in der zweiten möglichen Stoßrichtung behandelt. Macht in Form von politischen, militärischen und ökonomischen Ressourcen (*capabilities*), welche stets in Relation zu anderen Staaten gesehen wird.<sup>89</sup> Diese Verteilung der Ressourcen besitzt im Neorealismus Erklärungskraft, wenn es um Veränderungen im staatlichen Verhalten geht. Es muß also die Position eines Staates im Internationalen System bestimmt werden, um außenpolitisches Verhalten veranschaulichen zu können. Diese Position wird einerseits eben durch die ‚*capabilities*‘ definiert, andererseits aber auch durch die Polarität des Internationalen Systems.

#### **3.4.1 Machtressourcen des Staates**

Trotz oder gerade wegen der oben erwähnten Vielschichtigkeit des Machtbegriffs, ist es notwendig, einen operationalisierbaren Wert zu bestimmen, um den Begriff einer Messung unterziehen zu können. Im Waltzschen Neorealismus hängt die Position des Staates davon ab

*„how they score on a combination of the following items: size of population and territory, resource endowment, economic capability, military strength, political stability and competence.“<sup>90</sup>*

Hierbei geht Waltz davon aus, daß die Ressourcen sich politikfeldübergreifend einsetzen lassen, also fungibel sind.<sup>91</sup> Allerdings ist auffallend, daß für den Autor nur die

---

<sup>88</sup> Vgl. Brooks 1997:458, Baumann et al. 1998:30.

<sup>89</sup> Siehe dazu Anmerkung in Kapitel 3.2.2.

<sup>90</sup> Waltz 1993:50.

<sup>91</sup> Waltz 1979:131.

materiellen Faktoren von Bedeutung sind, obwohl er auch von Kompetenz und politischer Stabilität spricht. Leider bleibt er seinen Lesern eine genauere Spezifizierung der Machtfaktoren schuldig.<sup>92</sup> Die Aufzählung der Machtmittel von Waltz dient dennoch als hilfreiche Orientierung. Er beschränkt sich seinerseits bei der Begründung, warum Deutschland mächtiger geworden ist, allerdings nur auf die wirtschaftliche Komponente mit den Indikatoren Bruttoinlandsprodukt und Exportvolumen.<sup>93</sup> Um der unabhängigen Variable mehr Gehalt zu verleihen, wurde das Waltzsche Raster von Baumann et al. zur Operationalisierung der Machtmittel bereits angewandt, welches auch im empirischen Teil der Arbeit als Grundlage dienen soll.

### **3.4.2 Polarität des Internationalen Systems**

Mit der Machtverteilung verbunden ist die Polarität im Internationalen System. Diese wird durch die Anzahl der Machtpole, also der Großmächte im System bestimmt. Das System kann somit uni-, bi- oder multipolar sein. Eine genaue Definition, wann ein Staat als Machtpol gilt, gibt es allerdings nicht. Bei Waltz ist lediglich nachzulesen, daß es eine Frage des gesunden Menschenverstandes sei, zu bestimmen, wieviel Großmächte das System hat.<sup>94</sup> Die Bedeutung der Polarität liegt darin, daß aus ihr ersichtlich wird, ob das Internationale System stabil ist oder nicht, da die Zahl der Pole den Handlungsspielraum aller Staaten bemißt und damit auch, wie die Machtressourcen der einzelnen Staaten eingesetzt werden können.<sup>95</sup> Mit anderen Worten kann auch der Einsatz von Macht immer nur in Abhängigkeit von der Quantität der Pole im System erfolgen. Ein Staat in einem bipolaren System, der einen Zuwachs an Machtressourcen zu verzeichnen hat, jedoch nicht an die beiden vorhandenen Großmächte heranreicht, wird kaum zu einem Pol ‚aufsteigen‘ können, da die Abhängigkeit von einem der beiden Pole zu groß ist. Befindet der Staat sich hingegen in einem unipolaren System, so ist seine Ausgangsposition besser, da sich die Abhängigkeit verringert und der Staat sich durch *balancing* gegenüber des Hegemons erwehren kann. Layne führt hierzu das Argument an, daß unipolare Systeme relativ instabil sind, da andere Staaten versuchen werden, den Hegemon zu imitieren (*sameness*-Effekt) und das System so früher oder später in ein multipolares übergeht.<sup>96</sup> Ebenso gelingt es dem Staat

---

<sup>92</sup> Auch bei Mearsheimer 1990,1994/95 und Gilpin 1981 findet man nur einen ungenau dargestellten Machtbegriff. Grieco 1995, 1996 äußert sich hierzu gar nicht.

<sup>93</sup> Waltz 1993:62f.

<sup>94</sup> Waltz 1979:131.

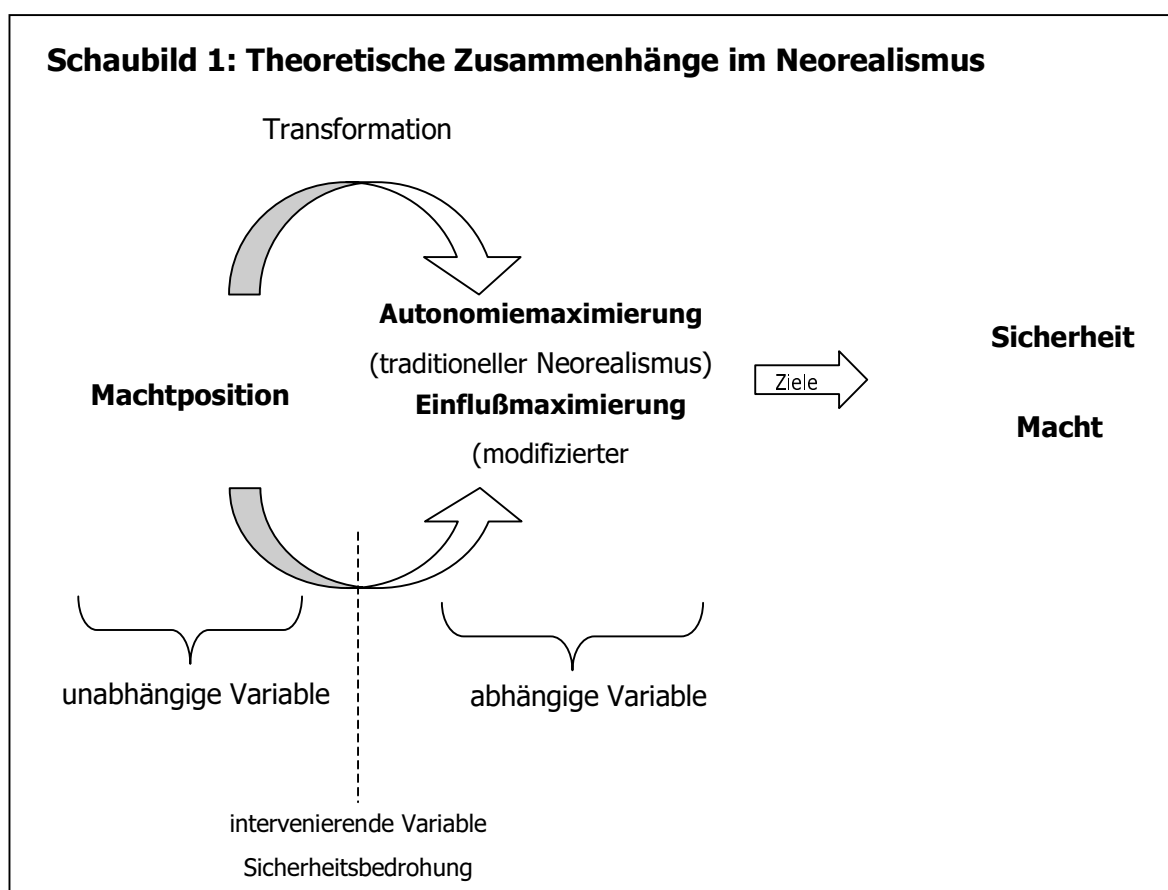
<sup>95</sup> Baumann et al. 1998:11.

<sup>96</sup> Layne 1993:15f.

unter multipolaren Bedingungen weit besser selbständig zu handeln und seine Mach-tressourcen für seine Ziele einzusetzen.

Zu überprüfen ist also, inwieweit sich das System nach Ende des Kalten Krieges ver-ändert hat, um daraus schlußfolgernd die relative Machtposition des Staates einord-nen zu können. Leider kann eine genaue Operationalisierung dessen, wieviel Pole nun das heutige System hat, aufgrund der vagen definitonischen Angaben der Neorealisten wohl nicht durchgeführt werden und es wird folglich bei einer Einschätzung bleiben müssen.

Abschließend soll das nachstehende Schaubild noch einmal einen Überblick über die theoretischen Zusammenhänge geben.



Quelle: eigene Darstellung

### **3.5 Hypothesen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik**

Nachdem sowohl die abhängige als auch unabhängige Variable beschrieben wurden, sollen nun darauf aufbauend allgemeine Hypothesen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik aus den beiden Ansätzen generiert werden. Zur Erinnerung wird hier nochmals die zentrale Problemstellung für den ersten Teil dieser Arbeit aufgegriffen: es geht darum zu zeigen, ob tatsächlich ein auf Autonomie- respektive Einflußgewinn ausgerichtetes Politikverhalten Deutschlands seit 1990 in der NATO stattgefunden hat. Hierzu bilden die beiden besprochenen Ansätze folgende grundsätzliche Hypothesen:

#### **Hypothese aus Sicht des traditionellen Neorealismus**

- a) Wenn eine Verbesserung der deutschen Machtposition im Vergleich zu anderen Staaten stattgefunden hat, so wird die BRD verstärkt Machtpolitik betreiben.*
- b) Demzufolge wird die BRD versuchen, Autonomiegewinne zu erzielen und stärker unilateral gegenüber der NATO handeln.*

#### **Hypothese aus Sicht des modifizierten Neorealismus**

- a) Wenn eine Verbesserung der deutschen Machtposition im Vergleich zu anderen Staaten stattgefunden hat, so wird die BRD verstärkt Machtpolitik betreiben.*
- b) Demzufolge wird die BRD versuchen, vorausgesetzt die Bedrohungslage ist günstig, innerhalb der NATO Einflußgewinne zu erzielen und stärker von Voice Gebrauch machen.*

Im nächsten Kapitel soll nun in einem ersten Schritt die unabhängige Variable dem Test unterzogen werden. Nachdem dann die Machtposition Deutschlands determiniert wurde, können dann in einem zweiten Schritt die beiden im Theorieteil dargelegten Denkschulen geprüft werden, wobei hier je Ansatz zwei Fälle untersucht werden.

## 4 Welches außenpolitische Verhalten zeigt die BRD in der Sicherheitspolitik der NATO?

### 4.1 Test der unabhängigen Variable im neorealistischen Paradigma

#### 4.1.1 Die Machtressourcen der BRD

Wie in Kapitel 3.4.1 angesprochen wurde, werden zur Bestimmung der Machtposition der BRD die materiellen Faktoren gemäß des Waltzschen Rasters untersucht, die von Baumann et al. bereits operationalisiert wurden, wobei die beiden ebenso von Waltz genannten immateriellen Komponenten, politische Stabilität und Kompetenz, nicht analysiert werden, da sie in der Neorealismustradition ohnehin keine Rolle spielen. Die Machtposition der BRD ist für die theoretische Auswertung nur sinnvoll zu bewerten, wenn diese relativ zu anderen vergleichbaren Staaten gesehen wird. Demzufolge führen Baumann et al. eine Referenzgruppe folgender Staaten ein: USA, Rußland, Frankreich, Großbritannien und Japan. Bei allen unten angeführten Machtindikatoren wurde dann der deutsche Anteil innerhalb dieser Staatengruppe gemessen. Für die Entwicklung der heutigen Machtposition Deutschlands müssen die Werte nach 1990 (Zeitraum  $t^1$ ) mit denen vor 1990 (Zeitraum  $t^0$ ) verglichen werden.<sup>97</sup>

- ❖ *Demographische Indikatoren:* zum einen zeigt sich hier ein absoluter Zuwachs der Bevölkerung von ca. 60 Mio. auf gegenwärtig knapp unter 80 Mio. Einwohner. Zum anderen wird aber auch ein relativer Anstieg, bedingt durch den deutlichen bevölkerungspolitischen Einbruch Rußlands gegenüber der ehemaligen Sowjetunion, deutlich. Der Anteil Deutschlands innerhalb der Staatengruppe lag in den 80er Jahren zum Zeitpunkt  $t^0$  stets um 7,5%, nun im Zeitraum  $t^1$  ist er auf über 11% angewachsen.<sup>98</sup>
- ❖ *Territoriale Indikatoren:* ebenso einen absoluten und relativen Zuwachs hat die BRD in ihrer geographischen Größe erzielt. Das Territorium hat sich von 248 000 auf 375 000 Quadratkilometer vergrößert. Dies bedeutet eine deutliche Schwerpunktverlagerung nach Nordosten.<sup>99</sup> Die Lage der BRD wird nun seit der Wiedervereinigung gerne und häufig als europäische Mittellage bezeichnet. Zweifellos ist damit auch ihre Transitfunktion in Europa erweitert worden.<sup>100</sup>

---

<sup>97</sup> Baumann et al. 1998:31ff.

<sup>98</sup> Baumann et al. 1998:33.

<sup>99</sup> Hacke 1997a:6.

<sup>100</sup> Borkenhagen 1997:73.

- ❖ *Indikatoren für Ressourcenverfügbarkeit:* die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen hat sich auch nach der Wiedervereinigung nicht wesentlich verändert.<sup>101</sup> Deutschland bleibt eine rohstoffarme, vom Außenhandel abhängige Exportnation, daran können auch die hinzugewonnenen ostdeutschen Braunkohlereviere kaum etwas ändern. Somit erübrigt sich eine genaue Untersuchung diese Aspekts.
- ❖ *Ökonomische Indikatoren:* der Anteil des deutschen *BSP* an der Summe der Sozialprodukte der ausgewählten Staatengruppe lag im Zeitraum  $t^1$  (1991-1993) mit 11% ca. 2% über dem Anteil im Zeitraum  $t^0$  (1983-1989). Dieser relative Anstieg ist, so die Autoren Baumann et al., insbesondere auf den Zusammenbruch der russischen Volkswirtschaft zurückzuführen.<sup>102</sup> Der Anteil der *Exporte* am *BSP* der deutschen Wirtschaft ist im Vergleich zur Referenzgruppe in den jeweiligen Zeiträumen fast identisch: in den Jahren 1981-1989 waren es Werte zwischen 22,7% und 27,8%, was einen Mittelwert von 24,9% ergibt. Im Zeitraum  $t^1$  (1991-1995) bewegte sich der Anteil zwischen 23,8% und 27,5%, mit einem Mittelwert von ebenfalls 24,9%. Was die *Währungsreserven* anbetrifft, so schwankte der deutsche Anteil im Zeitraum  $t^0$  (1981-1989) zwischen 22,2% und 35%, wohingegen dieser im Zeitraum  $t^1$  (1990-1995) zwischen 20,6% und 30,9% lag, was im Mittelwert eine Abnahme um 4 Prozentpunkte ausmachte. Insgesamt bleibt festzuhalten, daß das vereinte Deutschland seine gute wirtschaftliche Stellung im Vergleich zur Referenzgruppe auf jeden Fall halten und aufgrund des ökonomischen Zusammenbruchs in Rußland seine Position sogar leicht verbessern konnte.
- ❖ *Militärische Indikatoren:* was den deutschen Anteil an den *Militärausgaben* angeht, so stellt die Tübinger Forschungsgruppe fest, daß dieser in der Referenzgruppe im Zeitraum  $t^0$  (1983-1989) im Schnitt 4,8% betrug, wobei der Anteil im Zeitraum  $t^1$  (1991-1993) bei durchschnittlich 6,3% lag. Dieser relative Anstieg (bei gleichzeitig absoluten Rückgang) geht wiederum auf das Konto des russischen „Einbruchs“. Vergleichbare Daten liefert der Indikator *Truppenstärke*: hier stieg der Anteil Deutschlands von 6,4% (1981-1989) auf durchschnittlich 7,6% zwischen 1991 und 1994, abermals aus den zuvor genannten Gründen. Summa summarum kann man aus den militärischen Indikatoren bestenfalls eine leichte Zunahme des deutschen Anteils ablesen, ansonsten aber weitgehend Beständigkeit, zumal die BRD auch im Zwei-plus-Vier-Vertrag bestätigt hat, daß sie keine atomaren, biologischen oder

---

<sup>101</sup> Schlör 1993:27.



chemischen Waffen erwerben will. Dies betrachten die Neorealisten Garton Ash, Mearsheimer und Waltz<sup>103</sup> jedoch mit Skepsis, da sich aufgrund der Möglichkeiten Deutschlands dieser Umstand auch schnell ändern könne.

Schlußfolgernd kann man über die heutige deutsche Machtposition sagen, daß es im ganzen zwar ein Anstieg des Machtressourcenanteils zu verzeichnen gilt, dieser aber eher dezent ausfällt. Vor allem im Bereich Wirtschaft und Militär konnte man nur geringfügig hinzugewinnen, und dies ist, wie die Autoren Baumann et al. eruieren, größtenteils auf die Schwierigkeiten Rußlands zurückzuführen.

Ein deutliches Plus zeichnet sich hingegen vor allem in puncto Territorium ab, und zwar nicht nur im quantitativen, sondern gewissermaßen auch im qualitativen Sinn. Durch den Rückgewinn der vollen Souveränität über das Land entfiel die Kontrolle der alliierten Besatzungsmächte, und Deutschland wurde den dadurch entstandenen Gefahren enthoben. Die zurückerhaltene Selbstbestimmung des Staates hat aus realistischer Sicht natürlich die Machtposition, absolut betrachtet, enorm verbessert, jedoch darf man nicht aus den Augen verlieren, daß sich die ökonomischen und militärischen Größen, wie oben gesehen, derart in Grenzen halten, daß von einer Supermacht Deutschlands nicht gesprochen werden kann<sup>104</sup> und der Begriff der Hegemonie in diesem Zusammenhang m.E. nach keine Verwendung finden sollte.<sup>105</sup>

#### **4.1.2 Ablösung der bipolaren Struktur**

Welche Auswirkungen hat nun darüber hinaus die Ablösung der bipolaren Struktur auf die Machtposition der BRD? Wie in Kapitel 3.4.2 schon angeführt wurde, ist eine genaue Definition des Gefüges des heutigen Internationalen Systems kaum möglich, nicht zuletzt deshalb, weil es sich immer noch im Fluß befindet. Demgegenüber war die Sachlage zu Zeiten des Kalten Krieges recht klar gegeben. Deutschland befand sich in einem eingefrorenen Zustand zwischen den beiden Großmächten USA und UdSSR. Die Gefahr eines deutschen ‚Aufbegehrens‘ stand in keiner Relation zum gewährten Schutz. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR gehört die Phase des *balance of threat* von 1945-1989 der Vergangenheit an. Über die sich gegenwärtig herausbilden-

---

<sup>102</sup> Baumann et al. 1998:32f.

<sup>103</sup> Garton Ash 1994:68, Mearsheimer 1990:38 u. 67, Waltz 1993:54.

<sup>104</sup> Vgl. dazu Mearsheimer 1990:72.

<sup>105</sup> Vgl. Markovits/Reich 1992.

de Struktur erfährt man im wissenschaftlichen Lager unterschiedliches.<sup>106</sup> Die Anzahl der Machtpole im System scheint umstritten. Waltz nimmt dazu folgendermaßen Stellung:

*„The answer is that bipolarity endures, but in an altered state. [...] Some of the implications of bipolarity, however, have changed. [...] With the waning of Soviet power, the United States is no longer held in check by any other country or combination of countries.“<sup>107</sup>*

Diese Aussage geht m.E. nach eher in Richtung eines derzeit unipolaren Systems. Layne hingegen drückt sich klarer aus. Er ist der Meinung, daß das Ende der Ost-West-Konfrontation eine Transformation von Bipolarität hin zu Unipolarität zur Folge hatte, welche eben durch den hegemonialen Status der USA gekennzeichnet ist.<sup>108</sup> Diese Struktur ist aber nicht von Dauer, sondern wird früher oder später wiederum von einem multipolaren System abgelöst. Mearsheimer stellt indessen fest, daß die bipolare Struktur gleich durch eine multipolare abgelöst wurde, die es nun einigen europäischen Staaten, darunter auch Deutschland, erlaubt, einen *major power status* anzunehmen.<sup>109</sup>

Unerheblich, ob nun das internationale System als uni- oder multipolar definiert wird, generell ist man sich darüber einig, daß weder die erste noch die zweite Variante sich als dauerhaft stabil erweist, was in Kapitel 3.4.2 schon angeklungen ist. Was nun die Position der BRD angeht, so ist zu betonen, daß sie heute wesentlich freier agieren kann als noch zu Zeiten der ‚bipolaren Zange‘. Insbesondere die Abhängigkeit von den USA, vor allem in der NATO, hat sich relativiert und man ist zum ersten Mal seit 1945 in der Lage, seine eigenen Politikziele zu formulieren. Baumann et al. schlußfolgern daraus, daß sich die deutsche Machtposition aufgrund des Wegfalls faktischer Handlungsbeschränkungen auch unabhängig von relativen Zuwächsen seiner Machtressourcen deutlich verbessert hat.

Die Ergebnisse der Untersuchung der unabhängigen Variable lassen also folgendes Resümee zu: der von vielen Wissenschaftlern<sup>110</sup> angenommene enorme Machtzuwachs Deutschlands konnte so zwar nicht bestätigt werden, dennoch kann meiner Ansicht eine Verbesserung der Machtposition konstatiert werden. Vor allem der Rückge-

---

<sup>106</sup> Siehe zu dieser Diskussion auch Risse-Kappen 1995a:4.

<sup>107</sup> Waltz 1993:52.

<sup>108</sup> Layne 1993:5.

<sup>109</sup> Mearsheimer 1990:5ff.

winn der Souveränität in Verbindung mit der Ablösung der bipolaren Struktur hat die Position des deutschen Staates gestärkt.

Nachdem also ein Machtzuwachs ‚diagnostiziert‘ wurde, gehen nun die Vertreter der neorealistischen Schule infolge eines (wenn auch moderaten) Machtgewinns davon aus, daß sich die BRD zunehmend machtpolitisch verhalten wird und zwar gemäß den in Kapitel 3.5 generierten Hypothesen, die es in den folgenden Kapiteln zu untersuchen gilt.

Einleitend zu diesen beiden Kapiteln soll nochmals in Erinnerung gerufen werden, daß die abhängige Variable im Neorealismus zwei unterschiedliche Ausprägungen annimmt. Diese sollen nun an insgesamt vier Testfällen überprüft werden, welche die deutsche Sicherheitspolitik *gegenüber und innerhalb* der NATO, gemäß der in der Einleitung dargelegten Fragestellung, analysiert. Alle vier Fälle wurden vor dem Hintergrund ausgewählt, ein für die BRD gegenwärtig bedeutsames Ereignis in der Sicherheitspolitik der NATO zu bestimmen, das einen Vergleich mit den Rahmenbedingungen vor 1990 erlaubt und welches sich auch für einen Test der neorealistischen Prognose in der jeweiligen Ausprägung der abhängigen Variable eignet.

Die ersten beiden Fälle ‚*Bilaterale versus Multilaterale Militärkooperation*‘ und ‚*Atlantische versus europäische Sicherheitsoption*‘ sind m.E. im Rahmen der deutschen NATO-Politik sinnvoll und geeignet, die machtpolitischen Vorhersagen des traditionellen Neorealismus überprüfen. Anhand dieser Fälle wird sichtbar, ob die BRD seit ihrer Wiedervereinigung mehr Autonomiepolitik gegenüber der NATO betreibt, da sich hier eine mögliche ‚Autonomievariante‘ für Deutschland abzeichnet. In beiden Beispielen steht dem Staat je eine Option offen, die ein unilaterales Politikverhalten erlaubt. In diesem ersten Analyseteil des Neorealismus wird explizit das Verhalten der BRD *gegenüber* der NATO beleuchtet.

In den weiteren beiden Fällen ‚*Kommandostrukturreform in der NATO*‘ und ‚*Osterweiterungsdebatte in der Allianz*‘ hingegen ist es nicht sinnvoll, einen autonomiemaximierenden Test durchzuführen, da sich die Fälle auf das Politikverhalten innerhalb der Institution beziehen. In diesem zweiten Analyseteil des Neorealismus wird explizit das Verhalten der BRD *innerhalb* der NATO betrachtet. Es bietet sich daher an, die machtpolitischen Prognosen des modifizierten Neorealismus zu prüfen. Hier soll gete-

---

<sup>110</sup> insbesondere Neorealisten Waltz 1993, Mearsheimer 1990, aber auch z.B. Anderson/Goodman 1993 etc.

stet werden, ob Deutschland sich seit 1990 machtpolitischer im Sinne von einflußmaximierender verhält.<sup>111</sup>

Im Rahmen jedes einzelnen Testfalls soll folgendes Schema zugrunde gelegt werden: zunächst führt eine allgemeine Fallbeschreibung kurz in die Thematik ein. Danach erfolgt aus Sicht des theoretischen Ansatzes die Prognose für das Verhalten der BRD. Daran schließt sich eine detaillierte empirische Erörterung an, um zu guter Letzt die Bestätigung bzw. Verwerfung der Prognose vorzunehmen.

---

<sup>111</sup> An dieser Stelle soll der Hinweis der Autoren Rittberger/Schimmelfennig aufgegriffen werden, die betonen, daß das Politikziel NATO-Osterweiterung aufgrund seiner Neuartigkeit nicht *selbst* Untersuchungsgegenstand sein kann, aber durchaus die Art und Weise des *Umgangs* mit diesem Thema *innerhalb* der NATO, siehe Rittberger/Schimmelfennig 1997b:16.

## **4.2 Zeigt Deutschland gegenüber der NATO autonomiemaximierendes Verhalten nach der Wiedervereinigung?**

### **4.2.1 Testfall: Bilaterale versus Multilaterale Militärkooperation in der deutschen Außenpolitik**

#### **4.2.1.1 Falldarstellung**

Aufgrund des Wegfalls der sowjetischen Bedrohung und der somit geänderten Sicherheitslage ist eine Umstrukturierung der NATO-Streitkräfte notwendig geworden. Im Zusammenhang mit der neuen Aufgabe des Krisen- und Konfliktmanagements der NATO findet das Prinzip der kollektiven Verteidigungsfähigkeit unter anderem seinen Ausdruck in multinational organisierten Verbänden. Bereits auf Korpssebene dient die Multinationalität von NATO-Streitkräften nicht zuletzt der Einbindung nationaler Truppenkontingente und damit der Verhinderung nationaler Sonderwege. Insofern ist diese multinationale Korpsstruktur ein Stück Verzicht auf außen- und sicherheitspolitische Souveränität.<sup>112</sup> Tuschhoff ist hier der Meinung, daß hinter diesen militärstrategischen Überlegungen auch der Versuch zu sehen ist, die Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung sicherheitspolitisch zu beeinflussen oder gar zu kontrollieren<sup>113</sup>, da sie nun wieder die Verfügungsgewalt über ihre Streitkräfte besitzt. Bei Betrachtung der gesamten Sicherheitslage Deutschlands ergibt sich folgerichtig, daß der Staat in sehr viel geringerem Maße als vor 1989/90 von der multilateralen Integration der NATO und der Bündniszusammenarbeit mit anderen Staaten abhängig sein müßte. Und vor allem auf dem Hintergrund der eigenen Sicherheitsinteressen des deutschen Staates gilt es nun zu fragen, ob sich seine militärpolitische Konstellation seit 1990 nicht insofern geändert hat, als daß Deutschland bemüht ist, eine intensivere Zusammenarbeit mit den MOE-Staaten selbst in die Hand zu nehmen und so bilateraler als bislang zu handeln oder ob sich die BRD nach wie vor ganz auf die Einbindung in die NATO-Strukturen stützt und keine eigenständigen Schwerpunkte in seiner Militärstrategie setzt.

#### **4.2.1.2 Prognose des traditionellen Neorealismus**

Aus den Annahmen des autonomiemaximierenden Neorealismus läßt sich schließen, daß sich die BRD von nun an stärker um seine Sicherheit bemühen muß und sich in diesem *high politics*-Bereich militärstrategischer Kooperation auf keinen Fall mehr als

---

<sup>112</sup> Tuschhoff 1994:368.

<sup>113</sup> Ebd.

notwendig in Abhängigkeiten begeben darf. Die verbesserte Machtposition Deutschlands muß sich im sicherheitspolitischen Verhalten insofern niederschlagen, als daß der Staat versucht, a) seine Bindungen zur NATO-Bündnisstrategie etwas zu lockern und b) sich seinen strategischen Interessen gemäß mehr bilateral dem Osten zuzuwenden, um sich selbst abzusichern. Der theoretische Ansatz sieht den kausalen Zusammenhang zwischen gestiegenem Machtpotential und Autonomieverpolitik darin verwirklicht, daß die deutsche Militärstrategie nicht mehr zwangsläufig mit der Bündnisstrategie der Allianz identisch ist. Parallel zur Verbesserung der Machtposition sinkt der externe Druck zum gemeinsamen Handeln. Unbesehen der relativ günstigen sicherheitspolitischen Bedrohungslage wird die BRD versuchen, außerhalb der NATO-Bündnisstrategie ihre Interessen durch bilaterale Abkommen abzusichern, da sie nie sicher sein kann, wie lange die Allianz in ihrem Sinne handelt. Die BRD kann sich somit neue Handlungsoptionen offen halten, die es erlauben, sich diversifizierter in der Sicherheitspolitik zu verhalten. Die strategischen Planungen im Zusammenhang mit der WEU werden hier allerdings ausgeklammert, da sie Gegenstand des nachfolgenden Testfalls sind. An dieser Stelle wird im wesentlichen auf die Militärkooperationen mit Blick auf die Interessen Deutschlands in Mittel- und Osteuropa eingegangen.

Die Prognose des traditionellen Neorealismus lautet dementsprechend: aufgrund der verbesserten Machtposition wird Deutschland versuchen, seine militärstrategischen Handlungsoptionen zu erweitern und seine Beziehungen zu den MOE-Staaten stärker in einem bilateralen Rahmen zu gestalten, um gegenüber der NATO-Bündnisstrategie autonomer agieren zu können.

#### **4.2.1.3 Fallerörterung**

Das neue strategische Konzept der NATO trägt dem Umstand Rechnung, künftig auf eher diffuse Risiken und Bedrohungen ökonomischer, sozialer und politischer Natur eingehen zu müssen, was auch zur Folge hat, daß die militärstrategischen Planungen der Allianz vielfältiger und unbestimmter werden. Auf der Gipfelkonferenz in Rom 1991 wurde das neue Konzept verabschiedet, in welchem der neue Charakter der Bündnisverteidigung zum Ausdruck kommt.<sup>114</sup> Generell wird nun zwischen drei Kategorien von Streitkräften, die der NATO zur Verfügung stehen, unterschieden: schnelle Krisenreaktionskräfte (*Rapid Reaction Forces*), Hauptverteidigungskräfte (*Main Defense Forces*) und Ergänzungskräfte (*Augmentation Forces*). Die klassische Verteidi-

gungsfunktion tritt deutlich gegenüber der Krisenreaktion in den Hintergrund. In diesem Zusammenhang ist wichtig, daß parallel zu dieser Umstrukturierung auch eine immense Reduktion der in Deutschland stationierten alliierten Truppen einherging.<sup>115</sup> Das alliierte Streitkräftepotential in Deutschland wurde insgesamt um circa zwei Drittel verringert, was bedeutet, daß der ehemalige Zweck dieser Truppen – die Sicherheit *vor* Deutschland – in den Hintergrund getreten ist, und man sich im Zuge der neuen NATO-Struktur auf die Aufgabe der Sicherheit *mit* Deutschland verlagert hat.<sup>116</sup> Die neue Militärstrategie kommt dem deutschen Staat auch insofern entgegen, als daß auch der Bereitschaftsgrad für große Teile der Hauptverteidigungskräfte gesenkt und die lineare Verteidigungsstruktur in Mitteleuropa aufgegeben wurde, d.h. daß die Streitkräfte auf das gesamte Bündnisgebiet verteilt sind und so die BRD nicht mehr ‚in der direkten Schußlinie‘ steht. Dieser Aspekt und die Tatsache, daß die NATO in ihrer neuen Strategie ihre Abstützung auf Nuklearwaffen verringert hat, würden Deutschland in Zukunft durchaus mehr Raum für nationale militärstrategische Planungen lassen. Im Rahmen der neuen, auf Multilateralität setzende, ‚dreigeteilten‘ Militärstruktur ist Deutschland dafür eingetreten, sich in diese Organisation einzufügen. Was die Krisenreaktionskräfte angeht, so befinden sich auf deutschem Boden zum einen *das Allied Command Europe Mobile Force Land* (AMF(L)), welches bereits bestanden hat und nun als sogenannte *Immediate Reaction Force* (IRF), der von deutscher Seite aus circa 2 150 Soldaten angehören, einsetzbar ist.<sup>117</sup> Zum anderen ist seit 1995 das *Allied Command Europe Rapid Reaction Corps* (ARRC) einsatzbereit, welches auch 1996 die IFOR leitete und generell rund 22 000 deutsche Soldaten koordiniert. Zu den Krisenreaktionskräften in Deutschland gehört auch die Multi-Nationale Division (MND(C)), ein selbständiger Großverband mit belgischer, englischer und niederländischer Beteiligung, dem auch circa 5 600 deutsche Soldaten zugeordnet.

---

<sup>114</sup> NATO-Gipfelkonferenz in Rom in: Bulletin 128/91, S.1033-1048.

<sup>115</sup> Die USA verringerten ihre Streitkräfte von 250 000 im Jahr 1989 auf 77 445 im Jahr 1997. Großbritannien hat die Personalstärke seiner Truppen bis 1995 von rund 70 000 auf circa 30 000 Mann reduziert. Auch Frankreich nahm zwischen 1991 und 1993 Kürzungen von insgesamt 23 830 Soldaten vor. Belgien hat seine ursprünglich 27 300 Soldaten bis Ende 1997 auf 2 100 reduziert. Die Niederlande nahmen einen Abbau von ursprünglich 8 000 stationierten Soldaten auf 2 600 vor. Und schließlich berief auch Kanada seine rund 7 900 Soldaten aus Deutschland ab. In: „NATO-Truppen und multinationale Streitkräftestrukturen in Deutschland“ vom Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Referat Außen-, Sicherheits- und Europapolitik (Stand Januar 1998).

<sup>116</sup> Tuschhoff 1994:394.

<sup>117</sup> Alle Angaben wurden dem Informationsmaterial „NATO-Truppen und multinationale Streitkräftestrukturen in Deutschland“ und „Der deutsche Verteidigungsbeitrag in der NATO“ vom Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Referat Außen-, Sicherheits- und Europapolitik entnommen (Stand Januar 1998).

Das Deutsch-Niederländische Korps, welches als Teil der Hauptverteidigungskräfte der NATO verpflichtet wurde, ist 1997 der WEU als Forces Answerable to WEU (FAWEU) zur Verfügung gestellt worden. Hier kommt auch dem Aspekt der vertieften Integration eine besondere Bedeutung zu. Von den 40 000 Soldaten sind circa 27 000 Deutsche. Ferner existieren seit 1993 zwei Deutsch-Amerikanische Korps, bei welchen insgesamt 70 000 deutsche Soldaten beteiligt sind. Des weiteren untersteht der NATO ein Deutsch-Dänisches Korps LANDJUT, welches 1962 als das erste und bis 1990 einzige multinationale Korps in der NATO-Struktur aufgestellt wurde. Seit 1994 wird es binational von Dänemark und Deutschland finanziert. Außerdem muß auch das 1993 in Dienst gestellte Eurokorps erwähnt werden, das außerhalb der integrierten Kommandostruktur der Allianz steht, aber für Einsätze der NATO zur Verfügung gestellt werden kann. Der deutsche Anteil beträgt mit 18 000 Soldaten 36% und innerhalb der deutsch-französischen Brigade mit weiteren 4 300 Mann 80% der Gesamttruppe, die sowohl der WEU als auch der NATO assigniert sind. Zu guter Letzt kündigten Deutschland, Dänemark und Polen im August 1997 ein Multinationales Korps Nord-Ost an, welches für 1999 nach dem Beitritt Polens zur NATO geplant ist.

Diese Fülle von multilateralen Militärbeziehungen und die Tatsache, daß Deutschland das größte mitteleuropäische Truppenkontingent innerhalb der NATO stellt<sup>118</sup>, läßt darauf schließen, daß der Staat sich seit der Wiedervereinigung dafür einsetzt, eine politische und militärische Gleichbehandlung im Rahmen der NATO-Bündnisstrategie anzustreben.

Dieser multilaterale Ansatz reicht den Deutschen jedoch offensichtlich nicht aus, um ihren sicherheitspolitischen Sorgen in Osteuropa begegnen zu können, so auch die Meinung von Schlör. Er hielt es schon früh für sehr wahrscheinlich, daß die BRD besondere Abkommen mit ihren östlichen Nachbarn vereinbaren wird.<sup>119</sup> Zum einen, um ihnen friedvolle Absichten und Kooperationswünsche zu signalisieren und zum anderen, um wieder intakte Handelsbeziehungen mit diesen Ländern herzustellen, die nicht auf den Abschluß zukünftiger multilateraler Abkommen warten können.<sup>120</sup> Deutschland legt in der Tat seit 1993 großen Wert auf bilaterale Vereinbarungen mit den Osteuropäern. Vor allem mit den künftigen Mitgliedern der NATO ist man bemüht, intensive Beziehungen aufzubauen. So schloß die Bundesregierung mit den Visegrád-

---

<sup>118</sup> Financial and Economic Data relating to NATO Defence in: NATO Press Release M-DPC-2(97)147, 12/97.

<sup>119</sup> Vgl. Schlör 1993:48f.

<sup>120</sup> Vgl. Anderson/Goodman 1993:40.



Staaten Anfang 1993 bilaterale Verträge im Rahmen der Sicherheitspolitik über regelmäßige Konsultationen und Zusammenarbeit im Bereich Innere Führung und Ausbildung.

Exemplarisch soll hier die Beziehung mit Tschechien herausgegriffen werden, da sich die hier getroffenen Übereinkommen mit denen anderer MOE-Staaten gleichen. Bereits seit 1990 leistet die Bundeswehr militärische Ausbildungshilfe für tschechische Streitkräfte. Nachdem 1992 der Vertrag über gute Nachbarschaft unterzeichnet worden war, folgten in den nächsten Jahren weitere Abkommen. Erwähnenswert ist die im Januar 1997 abgegebene deutsch-tschechischer Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung, und die gemeinsame Unterzeichnung einer Vereinbarung im militärgeographischen Bereich im Mai desselben Jahres. Begleitend wurden seit 1993 Zweijahresprogramme zur bilateralen militärischen Kooperation durchgeführt, die seit 1996 zu Jahresprogrammen verkürzt wurden, um noch schneller auf Änderungswünsche reagieren zu können. Des Weiteren sind die grenznahen Kontakte zwischen deutschen und tschechischen Truppenteilen seit 1995 von circa 60 auf 153 gestiegen. Darüber hinaus fand im Herbst 1997 die erste deutsch-tschechische Luftverteidigungsübung ‚Common Goal‘ statt.<sup>121</sup>

Diese bilateralen Aktionen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Deutschland sehr wohl sensibel gegenüber etwaigen Mißverständnissen der westlichen Verbündeten ist und stets darauf bedacht, solche nicht aufkommen zu lassen. Neben diesem bilateralen ‚Trend‘ darf auch nicht vergessen werden, daß es eine Konstante für die BRD gibt, die nach wie vor ausschlaggebend ist: die Notwendigkeit, eine glaubwürdige Nukleargarantie für die Bundesrepublik zu sichern.<sup>122</sup> In diesem Punkt gibt es keine Alternative für Deutschland und aus diesem Grund wird ein ablehnendes Verhalten gegenüber den multilateralen Verbindungen in der NATO auch kaum für realistisch erachtet.

#### **4.2.1.4 Ergebnisdiskussion**

Zunächst kann festgehalten werden, daß Deutschland neben den multilateralen Verbindungen im Rahmen der NATO durchaus bilaterale Abkommen mit den MOE- und insbesondere den Visegrád-Staaten für sehr wichtig hält, da diese seinen eigenen Interessen förderlich sind. Die gestiegene Machtposition der BRD wird also auch dazu

---

<sup>121</sup> Siehe Feldmann 1997.

<sup>122</sup> Sauder 1995:215.

verwendet, mit den östlichen Nachbarn strategisch kluge Maßnahmen zur eigenen sicherheitspolitischen, aber auch langfristig wirtschaftlichen Absicherung durchzuführen. Um die jungen Demokratien im Osten politisch auch weiterhin stabil zu halten, greift Deutschland zum Mittel der bilateralen Vereinbarung. Hellmann bringt diese Art der Strategie auf den Punkt:

*„As Adenauer, de Gaulle and others have tried to embed Germany-French relations in a wider European context, so the Kohl government is now trying to apply similar strategies of 'Einbindung' with regard to Poland [...].“<sup>123</sup>*

Diese Erklärung trifft meiner Meinung nach auch auf die anderen Nachbarstaaten zu. Betrachtet man nur diese Seite des Politikgeschehens, so könnte man aus Sicht des traditionellen Neorealismus nun schließen, daß sich Deutschland autonomiemaximierender verhält und zwar im dem Sinn, daß die BRD mehr Abwehrpolitik gegenüber der NATO betreibt und sich durch bilaterale Politik von der Bündnisstrategie der Allianz abwendet, zumal einige der zweiseitigen Abkommen geschlossen wurden *bevor* die Debatte zur NATO-Osterweiterung in Gang kam. Aber diese Strategie wird von Deutschland nur begrenzt angewandt, da sie nicht die Absicht hat, exponierte bilaterale Beziehungen, die einen Hegemonialverdacht begründen könnten, zu diesen Ländern aufzubauen.<sup>124</sup> Einen derartigen Verdacht zu erwecken liegt nicht im Sinne der deutschen Sicherheit- und Verteidigungsstrategie, da man die NATO-Partner, die aus historischen Gründen ohnehin sehr sensibel auf jegliche deutsche Strategieänderungen reagieren, nicht provozieren will. Außerdem ist Volbracht der Ansicht, daß bilaterale Verträge mit den Nachbarn allein weder das Sicherheitsbedürfnis Deutschlands noch das der Nachbarstaaten befriedigt hätte.<sup>125</sup> Die Argumentation von Schmidt und Volbracht ist nach meinem Dafürhalten schlüssig. Die Bundesrepublik weiß, daß sie ihre Machtposition durch eigene Einbindung besser ausspielen kann als durch Autonomiebestrebungen der NATO gegenüber. Im übrigen sind die meisten bilateralen Vereinbarungen auch in Abstimmung mit der PfP geschlossen worden, so daß stets eine ‚NATO-Absicherung‘ vorhanden ist. Im Ganzen betrachtet dürfte m.E. nach die Prognose des traditionellen Neorealismus nicht aufrecht zu halten sein. Trotz der massiven Truppenabzüge der Alliierten aus Deutschland hat, wie die Zahl der multinationalen Verbände zeigt, keine Abkehr von der NATO-Bündnisstrategie stattgefunden.

---

<sup>123</sup> Hellmann 1997:43.

<sup>124</sup> Schmidt 1996:219, dies ist nach Ansicht des Autors auch ein Grund, warum sich die BRD früh für eine Osterweiterung der NATO eingesetzt hat.

<sup>125</sup> Volbracht 1997:59.

den. Und wie des weiteren beobachtet wurde, ist es im Hinblick auf die Militärpolitik der BRD auch von Bedeutung, daß ihre Truppen über Mehrfach-Assignierung verfügen und dadurch die Handlungsoptionen *innerhalb* der Allianz vielfältiger geworden sind.

*„Diese Optionen umfassen die Spannbreite von nationaler Befehlsgewalt über ein bilaterales deutsch-französisches bzw. europäisches Kommando bis hin zum NATO-Oberbefehl oder gar dem der Vereinten Nationen.“<sup>126</sup>*

Die BRD ordnet also ihre Streitkräfte auch deshalb in die neue multinationale Verbändestruktur ein, weil ein verteidigungspolitisches Autonomiestreben ihren Einfluß und Handlungsspielraum im Bündnis gefährden und damit ihre Sicherheitsleistungen und schlußendlich auch die der östlichen Staaten in Frage stellen würde.<sup>127</sup> Schon die nukleare Absicherung durch die NATO ist Grund, eine ‚bündnisdienliche‘ Militärstrategie zu betreiben.

---

Somit wird die zu Beginn des Testfalls aufgestellte Prognose: *aufgrund der verbesserten Machtposition wird Deutschland versuchen, seine militärstrategischen Handlungsoptionen zu erweitern und seine Beziehungen zu den MOE-Staaten stärker in einem bilateralen Rahmen zu gestalten, um gegenüber der NATO-Bündnisstrategie autonomer agieren zu können* als unzutreffend verworfen, da der Staat sich nach wie vor ein stark multilaterales Politikverhalten zeigt und insofern keine Abkehr von der Bündnispolitik auszumachen ist.

Die Prognose des traditionellen Neorealismus hat sich also nicht bestätigt.

#### **4.2.2 Testfall: Atlantische versus Europäische Sicherheitsoption der deutschen Außenpolitik**

##### **4.2.2.1 Falldarstellung**

Nach den einschneidenden Umbrüchen im Internationalen System widmete sich die NATO neuen Aufgaben, die durch Konzepte wie internationales Krisen- und Konfliktmanagement beschrieben werden, um so künftig ein stabiles und sicheres Europa zu gewährleisten. In diesem Kontext wird aber auch die Frage der Schaffung einer europäischen Verteidigungsoption diskutiert. So erlebte die WEU zu diesem Zweck eine Renaissance. Auch die Bundesrepublik fühlt sich nun, angesichts der möglichen Instabilitäten und Gefahren ihres ‚östlichen Vorfeldes‘, aufgefordert, eine aktivere si-

---

<sup>126</sup> Tuschhoff 1994:395.

<sup>127</sup> Vgl. Sauder 1995:163.

cherheitspolitische Rolle zu spielen. Innerhalb der bipolaren Struktur vor 1990 war dies aus schon genannten Gründen kaum möglich und auch nicht notwendig. Für Deutschland gab es im Rahmen der Sicherheitspolitik zu der Einbindung in die Atlantische Allianz keine Alternative. Die Ausrichtung an der amerikanischen Politik war gleichermaßen Pflicht und Wunsch. Heute stellt sich die Frage, ob sich die BRD weiterhin stark transatlantisch ausrichtet oder ob sie sich nicht politisch reorientiert und eine verstärkt europäische Lösung favorisiert, die zwar unter Umständen zu Lasten der amerikanischen Beziehungen ginge, dafür aber das Verhältnis zum Nachbarn Frankreich intensivieren würde.

#### **4.2.2.2 Prognose des traditionellen Neorealismus**

Nach Rückerhalt der vollen Souveränität und des daraus folgenden Machtzuwachses der BRD erwartet der traditionelle Neorealismus, daß Deutschland als rationaler Akteur versuchen wird, seine Unabhängigkeit wiederherzustellen und seine Sicherheit selbst zu gewährleisten, denn in der Anarchie gilt: *„homo homini lupus“* und das eigene Schicksal darf nicht in Händen der amerikanischen Großmacht verbleiben. Die Verbesserung der Machtposition Deutschlands muß sich nun in offensiver Machtpolitik niederschlagen und zwar in der Art, daß der Staat langsam die engen Bindungen in Form der transatlantischen Partnerschaft zu den USA lockert und versucht, die bisherige starke Abhängigkeit von der Großmacht zu verringern. Es wird weder ein Austritt aus der NATO für wahrscheinlich gehalten, noch eine offene Opposition gegenüber den USA. Es wird aber damit gerechnet, daß die Zustimmung zur NATO-Politik schrittweise zurückgenommen wird, um die Kontrolle des eigenen Staates durch die USA in diesem *high politics*-Bereich zu begrenzen. Die vom traditionellen Neorealismus prognostizierte Strategie ist die des *balancing* gegenüber den USA. Die *worst case* Perspektive der BRD läßt es nicht zu, sich weiter nur auf die NATO zu verlassen, die deutsche Außenpolitik wird sich stärker um ein Gegengewicht bemühen, welches sie im Ausbau einer europäischen Verteidigungsoption sieht. Diese kann der deutsche Staat realiter nicht alleine bestreiten, d.h. die Prognose des traditionellen Neorealismus lautet:

Deutschland wird sich zusammen mit Frankreich für eine starke Aufwertung der WEU einsetzen, welche es ermöglichen soll, NATO-unabhängig militärische Ressourcen einzusetzen und als Instrument für regional unbegrenzte ‚out-of-area‘-Einsätze zu dienen.

#### 4.2.2.3 Fallerörterung

In einer Initiative zur Politischen Union forderte Deutschland zusammen mit Frankreich im Dezember 1990, es müsse eine „klare und organische Verbindung“ der WEU zur Europäischen Gemeinschaft hergestellt werden, um eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität institutionell zu verankern.<sup>128</sup> Dieser Vorschlag stieß erwartungsgemäß auf Widerspruch in der Bush Administration. Deutschland verzichtete jedoch nicht auf diesen Wunsch und brachte im Oktober 1991 in Vorbereitung des Maastrichter Gipfeltreffens wiederum in Zusammenarbeit mit Frankreich einen Vorschlag zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU ein, der auch die Herausbildung einer künftigen europäischen Verteidigung und einer stärkeren Rolle der WEU zum Inhalt hatte. Deutschland wollte der NATO als kollektives Verteidigungsbündnis die WEU als europäischen Pfeiler an die Seite stellen.<sup>129</sup>

Weitere konkrete Schritte in diese Richtung zeichneten sich in der deutsch-französischen Entscheidung im Mai 1992 ab, in der das sogenannte Eurokorps geplant wurde, eine multinationale Einheit, die sich um einen deutsch-französischen Kern bildet und als Katalysator für eine engere Kooperation zwischen den WEU-Mitgliedern handeln soll.<sup>130</sup> Das Korps sollte aus deutscher Sicht einerseits eine Funktion für die europäische Verteidigungskapazität erfüllen, zum anderen aber auch den französischen Nachbarn wieder in die NATO einbinden. Man wollte also Frankreich im sicherheitspolitischen Bereich keinesfalls isoliert sehen und dafür war man offensichtlich auch bereit, in einen diplomatischen Konflikt mit den USA und anderen NATO-Mitgliedern zu treten. Die BRD achtete aber stets darauf, die USA nicht zu sehr zu brüskieren: sie selbst bestand darauf, den deutschen Streitkräfteanteil am Eurokorps der NATO zu assignieren<sup>131</sup>, und sich seit 1991 auch am *ACE Rapid Reaction Corps* der NATO zu beteiligen – ein deutliches Beispiel für die in Kapitel 2 beschriebene ‚Sowohl-als-auch‘-Politik.

Der deutsche Spagat zwischen Frankreich und den USA galt im Fall des Eurokorps im Februar 1993 - als das Korps schließlich unter das operative Kommando von SACEUR gestellt wurde - als gelungen. Die USA waren wieder beruhigt, da Frankreich seine angestrebte Kompetenzaufteilung zwischen WEU und NATO nicht durchsetzen konn-

---

<sup>128</sup> Karadi 1994:106f.

<sup>129</sup> Kohl war der Überzeugung, daß ein vereintes Europa auf Dauer ohne gemeinsame europäische Verteidigung nicht denkbar sei. Kohl in: Das Parlament, Nr.47-48, 15./22.11.91, S.4-6.

<sup>130</sup> Klein 1998:250.

<sup>131</sup> Feldmeyer: „Einbindung des deutsch-französischen Korps in das atlantische Bündnis“ in: FAZ v. 5.12.92.

te<sup>132</sup>, und die Franzosen wurden etwas näher an die NATO herangeführt. Insgesamt gelang es Deutschland, mit Hilfe des Eurokorps die Integration von Streitkräften in Europa voranzubringen. Die gezielte Aufwertung der WEU soll in den Augen der BRD ein Mittel sein, eine symmetrischere Beziehung zwischen den USA und Westeuropa anzustreben. In den VPR des Bundesministeriums der Verteidigung von 1992 heißt es über den Zweck der WEU:

*„Die WEU [...] ermöglicht den Europäern [...] besonders in solchen Krisensituationen handlungsfähig zu sein, in denen die NATO nicht in der Lage oder nicht willens ist, einzugreifen. [...] Die WEU muß dazu auf europäische Streitkräfte zurückgreifen und diese führen können. Streitkräfte und Führungsstrukturen können aus europäischen Kräften der NATO, aus multinationalen Kooperationsformen sowie aus nationalen Quellen bereitgestellt werden.“*<sup>133</sup>

Dieser Wunsch, selbständige europäische Militäroperationen unter amerikanischer Duldung und der logistischen Unterstützung der NATO zu schaffen, drückt sich konkret im Petersberger Abkommen vom Juni 1992 aus. Die WEU-Mitglieder kommen darin überein, daß „militärische Einheiten der WEU-Mitgliedstaaten, die unter der Befehlsgewalt der WEU eingesetzt werden, neben ihrem Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung in Übereinstimmung mit Artikel 5 des Washingtoner Vertrags bzw. Artikel V des geänderten Brüsseler Vertrags auch für folgende Zwecke eingesetzt werden könnten: a) humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, b) friedenserhaltende Aufgaben und c) Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens“.<sup>134</sup> Mit dieser Neudefinition der Aufgaben hat die WEU ihren Handlungsrahmen entscheidend erweitert. Meimeth ist hier der Ansicht, daß Deutschland mit der Unterzeichnung der Beschlüsse bis zu einem gewissen Grad dazu beigetragen hat, die WEU als potentiell rivalisierende Institution zur NATO zu unterstützen.<sup>135</sup> NATO und WEU werden hiermit formal im Hinblick auf kollektive Verteidigungsmissionen Westeuropas auf dieselbe Ebene gestellt. Dasselbe gilt in Bezug auf die institutionalisierten Kontakte zu den osteuropäischen Staaten nach dem Vorbild des einstigen Nordatlantischen Kooperationsrates. Abermals auf Initiative Deutschlands und Frankreichs wurde mit der im Mai 1994 vom Ministerrat der WEU verabschiedeten Kirchberg-Erklärung den Staaten Mittel- und Osteuropas der Status „asso-

---

<sup>132</sup> Sauder 1995:277.

<sup>133</sup> VPR, 1992, S.20.

<sup>134</sup> Petersberger Erklärung vom 19.06.92 zur Stärkung der operationellen Rolle der WEU in: Bulletin 68/92 v. 23.06.92.

<sup>135</sup> Meimeth 1998:96.

ziierte Partner' zuerkannt und auch auf die Bedeutung eines intensiven Dialogs mit Rußland hingewiesen.<sup>136</sup> Die Petersberger Beschlüsse und die Kirchberg-Erklärung können somit, nach Meinung von Karadi, als Schritte auf dem Weg zu einer sukzessiven Entamerikanisierung und Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik gewertet werden.<sup>137</sup> Deutschland hat also seinen Wunsch nach mehr Eigenständigkeit in der europäischen Verteidigung trotz der stark ablehnenden Haltung der USA unter Präsident Bush zu Beginn der 90er Jahre nicht aufgegeben.

Weitere Schritte wurden durch das Konzept des Alliierten Streitkräftekommandos (Combined Joint Task Forces-CJTF) realisiert. Da die FAWEU (darunter fällt auch das Eurokorps) allein ohne die entsprechende militärische Infrastruktur nicht ausreichend sind, um erfolgreiche Aktionen durchführen zu können, hat die BRD zusammen mit den anderen WEU-Staaten eine Möglichkeit angestrebt, auch außerhalb des Artikel 5 des Washingtoner Vertrages auf kollektive Mittel der NATO zurückgreifen zu können. Auf dem NATO-Gipfel in Brüssel 1994 wurde dieser Wunsch der Europäer von den USA respektiert und die Einrichtung der CJTF bestätigt. Endgültig beschlossen wurde das CJTF-Konzept durch die NATO-Außen- und -Verteidigungsminister im Juni 1996. Die deutsche Haltung hierbei lehnte sich aber von vornherein an die der Amerikaner an, d.h. sie stimmten im Rahmen einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität dem Konzept Alliiertes Streitkräftekommandos in der Form zu, daß von der bisherigen NATO-Struktur „trennbare, jedoch nicht getrennte“ militärische Einheiten zur Durchführung solcher Krisenoperationen bereitgestellt werden<sup>138</sup>, da die BRD eine Verdoppelung der NATO-Strukturen vermeiden will.

Es läßt sich also feststellen, daß Deutschland stets ein Schritt nach Europa/WEU macht, um anschließend wieder einen Schritt in Richtung USA/NATO anzustrengen. Die sich hier abzeichnende ambivalente Haltung Deutschlands zeigt sich ferner in Bezug auf das Verhältnis WEU-EU. Die Bundesregierung brachte auf der Regierungskonferenz der EU in Amsterdam den Impuls für eine schrittweise Integration der WEU in die EU ein, der deutlich über die Regelungen des Maastrichter Vertrages hinausging. Auch wenn dieser Anstoß nicht zuletzt durch das britische Veto fehlschlug, so hält Deutschland weiter an diesem Ziel fest, was man daran festmachen kann, daß die

---

<sup>136</sup> Barschdorff 1997:153; siehe auch NATO-Handbuch 1995, S.218f.

<sup>137</sup> Vgl. Karadi 1994:113.

<sup>138</sup> Berliner Kommuniqué der NATO-Ministertagung vom 3.6.96 in Berlin in: „Die Nordatlantische Allianz im Wandel –Teil II“ Dokumente des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung (Stand Sept.97), S. 35, Ab.6.

Bundesregierung während der deutschen WEU-Präsidentschaft im 2. Halbjahr 1997 die Verzahnung der Entscheidungsprozesse von WEU und EU in puncto Krisenmanagement-Operationen vorangetrieben hat.<sup>139</sup>

Dieses europäische Engagement darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bundesrepublik *keine* verminderte NATO will und die WEU zur Stärkung des Bündnisses beitragen und nicht als Konkurrenz zur NATO gesehen werden sollte.<sup>140</sup> Laut Aussage des Verteidigungsminister Rühle ist die BRD daran interessiert, die NATO als zentrale sicherheitspolitische Institution in Europa zu erhalten. Die NATO, und damit auch die amerikanische Präsenz, gewährleisten eine effiziente Integration Deutschlands.<sup>141</sup> Man will nicht auf die Anwesenheit und Führung der USA verzichten, welche in Form einer Partnerschaft mit den Deutschen ausgeübt werden soll<sup>142</sup>, nicht zuletzt auch aufgrund der negativen Erfahrungen im Bosnienkonflikt.

*„The frustrating EU experience in dealing with the war in former Yugoslavia supports the conclusion that probably leadership by the United States (or certainly its active participation) will remain an important condition for effective crisis-management in Europe.“<sup>143</sup>*

Insofern unterstützt die BRD seit 1991 auch eine schrittweise Aufgabenerweiterung der Atlantischen Allianz hinsichtlich Krisenbewältigung und Kooperation mit den MOE-Staaten.<sup>144</sup> Die deutsche Position geht also in Richtung einer doppelten Integration. Zusammengefaßt ergibt sich folgendes Politikverhalten im Blickwinkel der Sicherheitspolitik: die NATO, und damit verbunden eine gute transatlantische Partnerschaft, *beibehalten*, die EU *vervollständigen* und somit die WEU *ermöglichen*. Auf einen Nenner gebracht:

*„Wir brauchen nicht weniger Amerika, sondern mehr Europa!“<sup>145</sup>*

#### **4.2.2.4 Ergebnisdiskussion**

Bezugnehmend auf die WEU scheinen die Initiativen der BRD in den letzten Jahren zunächst darauf hinzudeuten, daß sich der Staat seit 1990 autonomiemaximierender

---

<sup>139</sup> Deutscher Bundestag: Drucksache 13/10106 vom 11.03.98, S.4.

<sup>140</sup> So wurde bereits auf dem NATO-Gipfel in Rom 1991 von Deutschland festgehalten, daß NATO u. europäische Verteidigung sich sinnvoll ergänzen und eng zusammenarbeiten müssen.

<sup>141</sup> Rühle: „Die NATO als Fundament der Sicherheitsarchitektur der Zukunft“ in: Bulletin 46/93 v. 02.06.93, S.493.

<sup>142</sup> Kinkel: „Deutschland und Amerika: Transatlantische Partnerschaft in einer neuen Ära“, 20.03.98 in Berlin (Webedition).

<sup>143</sup> Meimeth 1998:99.

<sup>144</sup> Beispielsweise die Genscher/Baker-Initiative zur Gründung des NATO-Kooperationsrates Ende 1991.

<sup>145</sup> Kinkel ebd., S.4.



verhält als zuvor. Das Durchsetzen der angesprochenen Vorhaben rund um eine militärische Handlungsfähigkeit der Europäer in enger Zusammenarbeit mit Frankreich und oftmals im harten Kurs gegen die USA könnten dieses vermuten lassen. Jedoch täuscht dieser Eindruck meiner Auffassung nach.

In allen Konzepten, welche die BRD initiiert oder mitgetragen hat, fand nie ein offener Affront gegen die Vereinigten Staaten statt. Deutschland kam stets dem Wunsch nach weiterer Einbindung der Europa-Konzepte in der NATO nach, was primär die Zustimmung zur NATO-Truppenassignierung und des ‚double hatting‘<sup>146</sup> in den jeweiligen Gremien der NATO bzw. der WEU deutlich macht. Die BRD weiß, daß sie die USA in Europa weiterhin brauchen wird, um den Risiken ausgehend von seinen östlichen Nachbarn, begegnen zu können. Von einer Lockerung der transatlantischen Beziehung oder einer *balancing*-Strategie Deutschlands kann nicht gesprochen werden. Im Gegenteil, die Bundesrepublik bedauert teilweise sogar, daß sich die USA im verteidigungspolitischen Bereich von sich aus zurückzieht und ihr mehr Verantwortung überläßt. Die BRD ist sich bewußt, daß „die traditionelle Bereitschaft Amerikas, sich für die Sicherheit in und für Europa zu engagieren, zunehmend hinterfragt wird“.<sup>147</sup>

Aufgrund des nachlassenden Interesses der Vereinigten Staaten in Europa, erachtete es die deutsche Delegation bei der Pariser WEU-Tagung bereits 1994 für generell notwendig, eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln. Man gewinnt den Eindruck, daß Deutschland den Weg der größeren Selbständigkeit und Unabhängigkeit in Sachen Verteidigung einschlagen *muß*, um eine von den USA angestrebte Verminderung des Engagements zu kompensieren. So ist Schlör ebenso der Meinung, daß „German policy-makers want to take precautions in case disengagement does take place.“<sup>148</sup> Die BRD verhält sich also rational insofern, als daß sie sicherheitspolitisch auf *zwei* ‚Beinen‘ gehen und ihren Handlungsrahmen erweitern will. Es kann also durchaus festgestellt werden, daß Deutschland mehr Symmetrie zwischen den USA und Westeuropa anstrebt, dies aber kann m.E. nach nicht mit einem neorealistischen Streben nach mehr Autonomie interpretiert werden kann, sondern vielmehr mit einem neuen Einbindungsversuch auf europäischer Seite in Verbindung gebracht werden muß. Die WEU stellt nach deutschem Verständnis keine rivalisierende, sondern komplementäre Institution zur NATO dar. Deutschland ist meiner Ansicht

---

<sup>146</sup> ‚Double hatting‘ bedeutet die personelle Identität der Vertreter der Mitgliedstaaten in den entsprechenden NATO- und den entsprechenden WEU-Gremien, siehe Schöllhorn 1996:57.

<sup>147</sup> Rühle: „Die neue NATO“ in: S+F 3/96, S.136.

nach anhaltend bemüht, über die NATO die Bindungen zur USA zu halten, was eher einem *bandwagoning*-Verhalten entspricht, da für die BRD auch langfristig nicht die Möglichkeit zu einer in jeder Hinsicht autonomen Verteidigungspolitik besteht, setzt dies doch die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen voraus. Durch die NATO-Integration gewinnt sie Einfluß, vor allem auf die Nuklearmächte, die dem deutschen Staat wie im Fall Amerikas Gewinne in Form von nuklearem Schutz bieten, der auch die Sensibilität für *gaps in gains* herabsenken läßt.

---

Die Prognose des traditionellen Neorealismus: *Deutschland wird sich zusammen mit Frankreich für eine starke Aufwertung der WEU einsetzen, die es ermöglichen soll, unabhängig von der NATO militärische Ressourcen einsetzen zu können und als Instrument für regional unbegrenzte „out-of-area“-Einsätze zu dienen* konnte nicht bestätigt werden, da die Integration der Bundesrepublik in der NATO formal nicht geschwächt worden ist.

Im folgenden Kapitel wird nun die zweite Ausprägung der abhängigen Variable im Neorealismus in Form des einflußmaximierenden Ansatzes analysiert.

### **4.3 Zeigt Deutschland innerhalb der NATO einflußmaximierendes Verhalten nach 1990?**

#### **4.3.1 Testfall: Die Kommandostrukturreform in der NATO**

##### **4.3.1.1 Falldarstellung**

Nachdem der erste Fall die Umstrukturierung der NATO-Streitkräfte im Zuge der strategischen Neuordnung der Allianz zum Thema hatte, ist es Ziel dieses Testfalls, die damit einhergehenden Reformen der NATO-Kommandoposten in der Militärstruktur des Bündnisses zu analysieren, allerdings von einer anderen theoretischen Warte aus. Nachdem der bisher verfolgte traditionelle Ansatz des Neorealismus nach meinem Ermessen deutliche Schwächen zeigte, soll im folgenden untersucht werden, ob der modifizierte Neorealismus, welcher die Rolle und Bedeutung von Institutionen stärker berücksichtigt, besser abschneidet.

Analysiert werden soll das Verhalten der wiedervereinigten Bundesrepublik in Bezug auf die durch die NATO-Reformen offenen Kommandostrukturen. In sicherheitspoliti-

---

<sup>148</sup> Schlör 1993:38.

schen Allianzen wie der NATO ist die Frage nach dem relativen Einfluß der einzelnen Mitglieder auf die Politik des Bündnisses als Ganzes von entscheidender Tragweite. Es wird hierbei davon ausgegangen, daß die Machtpotentiale der Staaten im Bündnis das jeweilige politische Gewicht widerspiegeln und man so Schlüsse über die tatsächliche Macht der einzelnen Staaten ziehen kann. Die Verteilung der Kommandoposten ist schon immer Gegenstand schwieriger und langwieriger *bargaining*-Prozesse, wie auch die jüngste Reform deutlich macht. Die seit Beginn der 90er Jahre im Gang befindliche Umstrukturierung der NATO-Kommandostruktur hat erst im Dezember 1997 ihren (vorläufigen) Abschluß erfahren. Wichtig für den empirischen Test des einflußmaximierenden Ansatzes ist es, zu erfahren, ob die BRD ihr größeres Machtpotential nach der Wiedervereinigung auch in stärkere Repräsentation in der Kommandostruktur umsetzen konnte.

#### **4.3.1.2 Prognose des modifizierten Neorealismus**

Der einflußmaximierende Ansatz geht davon aus, daß Deutschland sein gestiegenes Machtpotential in Einflußpolitik innerhalb der NATO umzusetzen versucht, um so seine Interessen optimal verfolgen zu können. Die Theorie macht aufgrund der Tatsache, daß sich die sicherheitspolitische Bedrohungslage für Deutschland stark verbessert hat, zunächst die Aussage, daß es für den Staat nicht rational wäre, eine *balancing*-Strategie gegenüber den mächtigeren Mitgliedstaaten anzustreben. Durch die Auflösung der bipolaren Struktur und dem Wandel der Allianz zu einer Institution mit größerer politischer Bedeutung ist die Sensibilität der BRD für relative Verluste (*gaps in gains*) geringer geworden. Es kann für sie nur von Vorteil sein, sich stärker in das Bündnis zu integrieren und dort als *middle rank country* zu versuchen, Einfluß auf die Allianzpartner auszuüben, da mit dieser Methodik für Deutschland höhere Gewinnchancen bestehen als durch kostenintensive Abwehrpolitik. Aufgrund der im Zuge der *voice-opportunity* These dargelegten Prognose von Grieco, kommt es durch vermehrten *Voice*-Gebrauch bei der Neuordnung der Kommandostrukturen innerhalb der NATO zu einer, wohlgerneht erwünschten, vertiefenden Integration Deutschlands. Durch die Wahl der *Exit*-Option hingegen würde die BRD alle Mitsprache und Mitbestimmungsrechte verlieren und damit ihren ganzen Einfluß im Bereich Sicherheitspolitik in der Allianz. Dies kann nicht im Interesse der Deutschen liegen, im Gegenteil, sie müssen darauf bedacht sein, wichtige Politikentscheidungen beeinflussen zu können. Dabei geht es nicht um die verteidigungspolitischen Entscheidungen *per se*, diese werden alle im Nordatlantikrat in Konsens und Einstimmigkeit getroffen. Aber dem mi-

litärischen Sektor obliegt danach die dementsprechende Ausarbeitung von Verteidigungsplänen und Durchführung der Dislozierung sowie Übungen der Streitkräfte. Genau dort besteht die Chance, durch größtmögliche Repräsentanz im Kommandobereich lenkend eingreifen zu können.

Daher prognostiziert der modifizierte Neorealismus, daß die BRD aufgrund ihrer verbesserten Machtposition versucht, möglichst viel Anteil an den strategisch wichtigen Posten in der NATO zu erhalten, um somit künftig ihre militärstrategischen Interessen effektiver verfolgen zu können.

#### **4.3.1.3 Fallerörterung**

1994 wurde die erste Etappe der neuen Kommandostruktur mit umfassenden Reformen, die auch Posteneinsparungen mit sich brachte, beendet. Die dort beschlossene Neugestaltung war dadurch gekennzeichnet, daß durch Zusammenfassung einige Kommandobehörden ganz weggefallen sind und andere erheblich verkleinert werden konnten. Wo die bisherige Form noch drei sogenannte Major Commands (MNC) vorsah, so sind es 1994 nur noch 2 MNC's, nämlich die Bereiche Atlantik und Europa. Zwar behielten die Amerikaner nach wie vor das Oberkommando für den Bereich Europa, dafür mußten aber die USA den Europäern auch Zugeständnisse für den schrittweisen Ausbau der WEU gestatten.<sup>149</sup> Trotz insgesamt beachtlicher Rationalisierungen gingen der Allianz die Veränderungen noch nicht weit genug. Im Dezember 1997 kam es dann endlich zu einer Einigung über die neue Struktur. Diese sieht einen Abbau von 45 Hauptquartieren auf nunmehr 20 vor.<sup>150</sup> Diese vereinfachte Struktur soll vor allem auch der Eingliederung der neuen NATO-Mitglieder dienlich sein. Detailpläne für die Umsetzung der neuen Struktur werden jedoch erst im Herbst 1998 in Angriff genommen. Nebenbei bemerkt hat der Wandel in der Kommandostruktur auch bewirkt, daß Spanien ankündigte, dem neuen Gefüge beizutreten und ebenso hat Frankreich zumindest eine positive Haltung signalisiert, obwohl der Staat nicht bereit ist, an dem integrierten NATO-Militärkonstrukt vollständig teilzunehmen.

Ein bedeutsamer Aspekt der neuen Struktur ist die Einführung des CJTF-Konzepts. Die Minimalforderung der Europäer war, daß mindestens zwei CJTF Headquarters (HQs) in der Lage sind, groß angelegte Operationen durchführen zu können. Dieses Maß-

---

<sup>149</sup> Siehe dazu Petersberger Erklärung des Ministerrats der Westeuropäischen Union vom 19.06.92.

<sup>150</sup> Die zwei höchsten strategischen Kommandos (Strategic Commands SC) Atlantik und Europa bleiben bestehen. Darunter gibt es drei Regional Commands (RC), eines unter SC Atlantik und zwei unter SC Europa.

...

nahme soll flankiert werden durch die Möglichkeit, kleinere HQs zu bilden, die Land-, See-, und Luftstreitkräfte befehligen können. Hinzu kommt der europäische Anspruch auf die Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESDI), zu der sich die Außenminister der Mitgliedstaaten im Juni 1996 in Berlin aussprachen.<sup>151</sup> Die ESDI soll die Europäer befähigen, einen kohärenten und effektiven Beitrag zu Konfliktprävention und Krisenmanagement der Allianz leisten zu können. Im Hintergrund bei allen durchgeführten Veränderungen stand immer die Anforderung, daß die verschiedenen Aktionen krisenorientiert durchgeführt werden sollen, um mehr Flexibilität zu erhalten. So gibt es auch keine festen Verteidigungspläne mehr, sondern nur noch *contingency plans*, sogenannte ‚Notpläne‘.<sup>152</sup>

Im folgenden soll das SC Europa, welches seinen Sitz in Belgien hat, genauer untersucht werden. Die ehemals von einem deutschen Viersternegeneral befehligten Alliierten Streitkräfte Europa-Mitte (AFCENT) wurde zusammengelegt mit dem Bereich AFNORTHWEST und heißt nun RC North mit Hauptsitz in den Niederlanden. Dem RC North unterstehen ein CC Air North in Ramstein und ein CC Nav North in Northwood, Großbritannien. Daneben existieren nun drei JSRCs – Centre in Heidelberg, NorthEast in Karup, Dänemark und North in Stavanger, Norwegen.<sup>153</sup> Im Ergebnis bedeutet dies, daß Deutschland das Kommando auf Ebene des Regional Commands nicht mehr innehat, dafür aber zwei Kommandos auf ‚unterer Ebene‘.

In welcher Weise hat sich nun insgesamt das Gewicht der BRD gegenüber den anderen Mitgliedstaaten verändert? Zunächst läßt sich auf den ersten Blick in der neuen Kommandostruktur kaum eine gestiegene Bedeutung der Bundesrepublik festmachen. Die Verkleinerungen in der Militärorganisation haben für Deutschland keine vergleichbaren Kompensationen mit sich gebracht.<sup>154</sup> Zudem mußte die BRD auf den Posten des zweiten stellvertretenden Oberbefehlshaber für Europa verzichten.<sup>155</sup>

Bei genauerem Hinsehen allerdings hat sich die militärische Position der Bundesrepublik in mehreren Beziehungen geändert. Die BRD besitzt, wie im ersten Testfall erör-

---

Nur den beiden RC's in Europa (RC North und ein RC South) unterstehen noch Component Commands (CC) und Joint Sub-Regional Commands (JSRC).

<sup>151</sup> Berliner Kommuniqué der NATO-Ministertagung vom 03.06.96 in: „Die Nordatlantische Allianz im Wandel – Teil II“ Dokumente des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung (Stand Sept.97), S. 34-40.

<sup>152</sup> Tuschhoff 1994:382.

<sup>153</sup> Naumann 1998.

<sup>154</sup> Zwar wurde von einigen Autoren (u.a. Karadi 1994:60, Schlör 1993:58, Tuschhoff 1994:382) ein Wachstum des deutschen Anteils am Führungspersonal von 27 auf 33 Prozent konstatiert, diese Daten sind allerdings von 1992 und m.E. nur bedingt aussagekräftig.

<sup>155</sup> Schlör 1993:58f.

tert wurde, das größte mitteleuropäische Truppenkontingent in der NATO und strebte schon früh mit Erfolg an, in jedem multinationalen Verband vertreten zu sein.

Aus dieser erst zu Beginn der 90er Jahre eingeführten Verbändestruktur ergibt sich weiter, daß die Umstrukturierung, wie oben angesprochen, auch eine Dezentralisierung der Militärstrukturen vorsieht. Die künftige Krisenreaktionsfähigkeit der NATO muß sich in einer stärker operativen Ausarbeitung der Szenarien niederschlagen. Damit werden höhere Anforderungen an die Truppenbefehlshaber und ihre Stäbe gestellt. Die militärischen Oberbefehlshaber verlieren zugunsten der Korpskommandanten an Gewicht.<sup>156</sup> Eine Dezentralisierung von Verantwortung ist die Folge. Und Deutschland besetzt viele Stellen auf dieser eher operativen Ebene, wie z.B. das CC Nav North Centre und das CC Air North. Dies schwächt die Position der USA in Europa, da die Macht des Oberbefehlshaber RC North abnimmt.

Auch die in Deutschland verbleibenden alliierte Truppen geraten sowohl durch die Einbindung in die Verbände als auch durch die Tatsache, daß sie nun nicht mehr Besatzungsmächte in der BRD sind, zunehmend unter deutschen Einfluß. Zudem haben sich durch die massiven Streitkräftereduzierungen die zahlenmäßigen Kräfteverhältnisse normalisiert.

Des weiteren ist anzusprechen, daß vor allem die multilaterale Integration der Truppen auf Korpsebene eine wichtige Rolle spielt. Tuschhoff argumentiert hierzu, daß

*„diese integrierte Streitkräftestruktur höhere Anforderungen an die Interoperabilität von Großgerät, an Standardisierung von Ausrüstungen und Waffensystemen, die Einsatz- und Führungsgrundsätze bis hin zu den Befehlsverfahren und Meldemustern, die Aufklärungssysteme sowie die Ausbildungspläne der Truppen“<sup>157</sup>*

stellt. Diese stärkere Integration setzt auch eine größere Vereinheitlichung der nationalen Streitkräfte voraus, möchte man effektiv zusammenarbeiten. Nationale Entscheidungen werden somit zunehmend an Kooperationsmechanismen der Allianz gebunden. Im Konfliktfall wird sich aller Voraussicht nach Deutschland in Fragen der Bewaffnung und Ausrüstung durchsetzen können, da sie das Land die größten Truppenkontingente stellt und nationale Streitkräfte in die meisten multinationalen Verbände entsendet.<sup>158</sup>

---

<sup>156</sup> Tuschhoff 1994:383.

<sup>157</sup> Tuschhoff 1994:383f.

<sup>158</sup> Ebd.

Darüber hinaus muß erwähnt werden, daß ein Teil des deutschen Militärs über die im obigen Fall schon erwähnte Mehrfach-Assignierung verfügt, womit der BRD im Ernstfall über mehr als eine Handlungsoption zur Disposition steht.

#### **4.3.1.4 Ergebnisdiskussion**

Als die NATO zu Beginn der 90er Jahre ihre Organisationsstruktur im Kommando- wie auch im Streitkräftebereich umstellen mußte, war auch Deutschland darauf bedacht, über ausreichend *Voice* zu verfügen. Dies stellte sich nicht als einfach heraus, da, wie gesehen, die Besetzung von Kommandoposten nicht in ausreichendem Maße zu realisieren war. Es gelang beispielsweise den Briten, ihren Verlust des Kommandobereichs *Channel* durch die Position der *lead nation* für das *Rapid Reaction Corps* wieder auszugleichen, während man von deutscher Seite durchaus Klagen hörte, daß sich das nach der Wiedervereinigung gewachsene Gewicht der BRD in der Allianz noch nicht angemessen widerspiegelte. Dieser Umstand führte schließlich dazu, daß die BRD danach trachtete, die darüber hinaus bestehenden Möglichkeiten in den Regeln und Entscheidungsprozessen für sich zunutze zu machen. Aus ihrer Sicht taten sich im Rahmen der Umstrukturierungen des Kommandobereichs *rule trajectory*-Möglichkeiten auf, die sich für sie als vorteilig gestalteten. Generell sah Deutschland die Kooperationsmechanismen als positiv an, wurde aber m.E. durch die Regeländerungen in eine bessere Ausgangsposition gebracht, die es ihr erlaubte, mehr *voice-opportunities* wahrzunehmen.

Zunächst ist deutlich zu sehen, daß sich die Position der Europäer insgesamt in den letzten Runden der Kommandostrukturdiskussion stark verbessert hat. Die CJTF erhalten zwei Headquarter und sind dann in der Lage, WEU-geführte Vorhaben von Fall zu Fall unter Verwendung der NATO-Kapazitäten durchzuführen. Diese Operationen werden derzeit innerhalb einer *'Exercise Strong Resolve'* erprobt und optimiert. Mit anderen Worten, es ist den Europäern gelungen, ihre Vision der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der Allianz zu konkretisieren und zu institutionalisieren. Ein *rule trajectory*-Weg, der künftige *Voice*-Möglichkeiten schafft. Gerade die BRD hat hierdurch ein großes Plus erlangt, da sie, im Gegensatz zu Großbritannien beispielsweise, sehr an der ESVI interessiert ist und nicht wie Frankreich Probleme hat, diese unter der Ägide der NATO einzurichten. Eine europäische Verstärkung liefern die Franzosen aber durchaus, da sie bereit sind, sich der integrierten NATO-Strukturen zumindest wieder anzunähern. Auch durch die Entscheidung Spaniens, der

neuen Konstruktion beizutreten ist m.E. ein Zeichen für eine kollektiv starke europäische Position, die auch Deutschland zugute kommt.

Am sichtbarsten wird der gestiegene deutsche Einfluß jedoch in dem heutigen dezentralen multilateralen Gefüge des Bündnisses. Wie im Testfall ‚bilaterale versus multilaterale Militärkooperation‘ bereits beobachtet wurde, befinden sich in Deutschland die Krisenreaktionskräfte AMF(L), ARRC und MND(C) und da innerhalb des Kooperationsmechanismus der NATO mehr und mehr nationale Entscheidungen angebunden sind, kann die BRD hier meiner Ansicht nach zu einem nicht unbeträchtlichen Maße auf künftige Einsätze dieser Korps Einfluß nehmen, was zugleich die Mitsprachemöglichkeiten der USA zumindest in der operativen Arbeit etwas schmälern dürfte.

Außerdem spielt die Tatsache, daß Deutschland in nahezu jedem multinationalen Verband vertreten ist, eine große Rolle für die effektive Ausübung von *Voice*. Die starke Präsenz allein in den sechs Großverbänden auf deutschem Boden, inklusive des geplanten Multinationalen Korps Nord-Ost, spricht für große *Voice*-Möglichkeiten des Staates, die im Erörterungsteil dieses Testfalls schon dargelegt wurden und Deutschland auch die Gelegenheit gibt, seine Bündnispartner besser unter Kontrolle halten zu können. Es kann also festgehalten werden, daß die BRD die Chancen sowohl des *externen* Umbruchs in den Jahren 1989/90 als auch dem darauf folgenden *internen* Wandel der Allianz nutzen konnte, um ihre Präsenz in der NATO, soweit dies möglich war, zu stärken, damit eigene Interessen in diesem Bereich besser durchsetzen zu können.

*„Die Bundesrepublik hat einerseits durch den 2+4-Vertrag die volle Souveränität gewonnen, diese jedoch andererseits durch ihre verstärkte Beteiligung an multinationalen Streitkräften wieder freiwillig eingeschränkt. Als Ausgleich dafür ist der deutsche Einfluß innerhalb der NATO gewachsen, da es kaum noch NATO-Streitkräfte im Befehlsbereich Europa-Mitte gibt, an denen keine deutschen Truppen beteiligt sind.“<sup>159</sup>*

Natürlich darf man den deutschen Einfluß nicht überbewerten. Im relativen Vergleich zu den USA und auch zu Großbritannien hält sich die Mitbestimmung auf höherer Ebene sicherlich in Grenzen. Aber was die BRD in vielleicht kleineren Schritten erreicht hat ist doch beachtlich. Durch das Mittel der Einbindung in diese multinationalen Verbände erwirkte sie neben vermehrten Mitspracherechten auch einen Ausbau der ihr zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen und dies nach mehr als vierzigjähriger Nichtbeteiligung an militärischen Einsätzen. Nicht zuletzt ist Deutschland nun durch



das Eurokorps und das Deutsch-Niederländische Korps als *Forces Answerable to WEU* sogar als eine der wenigen Nationen in der Lage zu entscheiden, welchem Oberkommando sie ihre Streitkräfte in einer Krise unterstellen möchte. Staack kommt zum Schluß, und der Meinung möchte ich mich anschließen, daß das sicherheitspolitische Gewicht Deutschlands gestiegen ist:

*„[...] ihre Position in Kommandoaufgaben wurde gestärkt. Obwohl die deutschen Streitkräfte zahlenmäßig drastisch reduziert wurden, ist ihr quantitatives Gewicht im Bündnis gewachsen [...].“<sup>160</sup>*

---

Insofern kann die Prognose des modifizierten Neorealismus gekoppelt mit dem *Voice-opportunity*-Ansatz von Grieco: *die BRD wird aufgrund ihrer verbesserten Machtposition versuchen, möglichst viel Anteil an den strategisch wichtigen Posten in der NATO zu erhalten, um somit künftig ihre militärstrategischen Interessen effektiver verfolgen zu können* bestätigt werden.

### **4.3.2 Testfall: Die Debatte um die Osterweiterung der Allianz**

#### **4.3.2.1 Falldarstellung**

Mit den Umbrüchen 1989/90 ging in der NATO auch eine Schwerpunktverlagerung von der klassischen Verteidigungsrolle hin zur sicherheitspolitischen Funktion vorstatten. Eine der zentralen Aufgaben des NATO-Krisenmanagements war und ist die Fortentwicklung der Stabilität für ganz Europa. Damit einhergehend stellte sich bald die Frage, wie man dem Drängen der mittel- und osteuropäischen Staaten, Mitglieder der Allianz zu werden, begegnen sollte und gleichzeitig die Beziehung zu Rußland in kooperative Bahnen lenken kann, um eine erneute Konfrontation mit dem Staat zu vermeiden. Nun liegt es vor allem in Deutschlands vitalem Interesse, die Stabilität in Europa dauerhaft zu erreichen. Ferner würde eine Erweiterung der NATO auch eine Verbesserung der geostrategischen Position bedeuten: die Trennungslinien des Bündnisses würden dann nicht mehr an den Grenzen der BRD verlaufen. Der Staat macht keinen Hehl daraus, daß er aus politischen und wirtschaftlichen Gründen ein größeres Interesse an einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Entwicklung der direk-

---

<sup>159</sup> Theiler 1997:133.

<sup>160</sup> Staack 1998:18. Hier soll allerdings auch angemerkt werden, daß die BRD der Meinung ist, daß die personellen und materiellen Beiträge unverändert geblieben sind in: Bundestagsdrucksache 13/5181 vom 02.07.1996.

ten östlichen Nachbarn hat als andere NATO-Mitgliedstaaten und daher das deutsche Anliegen nach Westanbindung dieser Nachbarn sehr deutlich ist.<sup>161</sup>

Es stellt sich hier nun die Frage, ob die Bundesrepublik ihre eigenen Interessen innerhalb der NATO gegenüber den anderen Mitgliedstaaten verstärkt durchsetzt, sprich, ob sie ihr größeres Gewicht nunmehr auch durch gestiegenen Einfluß in Bezug auf die NATO-Osterweiterung deutlich macht, oder ob die Politik der BRD unverändert bleibt, sich eher verhalten gibt und den bislang tonangebenden Staaten, allen voran die USA, aber auch Großbritannien und Frankreich die Richtungsweisung bei diesem Thema überläßt.

#### **4.3.2.2 Prognose des modifizierten Neorealismus**

Nachdem Deutschland im Zuge der Wiedervereinigung einen Machtzuwachs zu verzeichnen und sich seine Position im Internationalen System verbessert hat, nimmt der modifizierte Neorealismus an, daß sich der Staat innerhalb der NATO stärker für seine Interessen einsetzt und seinen Einfluß in dieser Institution erhöht. Wie im theoretischen Teil bereits erörtert, ist Deutschland gemäß des Ansatzes heute in einer sehr günstigen Sicherheitslage, die es dem Staat erlaubt, langfristige Interessen zu verfolgen. Selbst die USA stellen keine Bedrohung für die BRD dar und es ist deshalb aus Sicht dieses Landes nicht rational, die bisherigen Bindungen in der NATO zu lockern und eine *balancing*-Strategie zu verfolgen, welche nur Ressourcen aufbrauchen und der Zielsetzung des Staates nicht entgegenkommen würde. Im Gegenteil, ausgehend von der *voice opportunity* - These nach Grieco bietet sich für die BRD die Möglichkeit, das gewachsene Machtpotential derart einzusetzen, daß sie über die Institution NATO mehr Einfluß auf die dort zu treffenden Entscheidungen hat und so ihre Standpunkte besser vertreten kann.

Es wird davon ausgegangen, daß Deutschland wie in Kapitel 3.3.2.1 dargelegt, im Sicherheitsbereich als *middle rank country* bezeichnet werden kann. Der Staat handelt infolgedessen rational, wenn er nicht die *Exit*-Option anstrebt, sondern durch mehr Mitsprache und Mitbestimmung seine Interessen wahrzunehmen versucht und dementsprechend *Voice* geltend macht. Über das vitale Interesse Deutschlands, die Stabilität auch nach Osten zu exportieren und ergo die jungen Demokratien an westliche Institutionen heranzuführen wurde bereits gesprochen. Die Öffnung der NATO nach Osten hin liegt also ganz im Sinne der deutschen Sicherheitspolitik, denn damit sind

---

<sup>161</sup> Broer 1997:325.

langfristig sowohl politische als auch wirtschaftliche Ziele im Osten Europas verbunden.

Die Prognose aus Sicht des modifizierten Neorealismus bzw. des *voice-opportunity* Ansatzes muß folglich heißen: aufgrund der verbesserten Machtposition versucht Deutschland, im Zuge der Osterweiterungsdebatte, innerhalb der NATO mehr Einflußpolitik zu betreiben und stärkeren Gebrauch von *Voice* innerhalb der NATO zu machen.

#### **4.3.2.3 Fallerörterung**

Die Bundesrepublik war sich seit 1990 wohl bewußt, daß sie nun eine aktivere Rolle im Rahmen des europäischen Krisenmanagements einnehmen sollte, um künftig ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen zu können. Deshalb plädierte der Staat früh auf eine Kooperation zwischen NATO und den MOE-Staaten, um den eigenen Sicherheitsinteressen besser nachzukommen. Dies fand anfänglich seinen Niederschlag in einer deutsch-amerikanischen Initiative am 3. Oktober 1991, in welcher der damalige amerikanische Außenminister Baker und der frühere deutsche Außenminister Genscher einen euro-atlantischen Kooperationsrat von Wladiwostok bis Vancouver vorschlugen.<sup>162</sup> Dieses Liaison-Konzept gab den Anstoß für die Gründung des Nordatlantischen Kooperationsrats (NAKR), dem binnen kürzester Zeit alle Staaten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion beitraten.<sup>163</sup> Somit war das Anliegen der Deutschen, einen institutionalisierten Rahmen für Dialog, Partnerschaft und Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich mit den MOE-Staaten herzustellen, in die Tat umgesetzt worden. Auf der Seite einiger mitteleuropäischen Staaten ging dieser Konsultationsrahmen allerdings nicht weit genug. Offenbar war dieses Angebot der NATO angesichts der unkalkulierbaren Risiken durch Rußland nicht mehr ausreichend.

Bereits im März 1993 regte Außenminister Kinkel als einer der ersten Politiker des Westens an, die Zurückhaltung der NATO bei der Erweiterung zu überdenken und einen qualitativen Ausbau des NAKR zu erwägen.<sup>164</sup> Eine noch forschere Gangart wagte Verteidigungsminister Rühle in einer Rede vor dem Londoner International Institute for Strategic Studies, in der er betonte, daß die Allianz kein „closed shop“ sein dürfe und

---

<sup>162</sup> Vgl. FAZ v. 13.05.1991 und die ‚Gemeinsame Erklärung des Bundesministers des Auswärtigen und des amerikanischen Außenministers in Washington vom 02.10.91‘ in: Bulletin 109/91, S.863/864

<sup>163</sup> Siehe Erklärung des Nordatlantischen Kooperationsrats über Dialog, Partnerschaft und Zusammenarbeit in: Bulletin 2/92, S.8/9.

er keinen Grund sehe, warum zukünftige Mitglieder der EU nicht auch der NATO beitreten sollten.<sup>165</sup> Auf der Tagung der NATO-Verteidigungsminister im Oktober 1993 in Travemünde, die auf Initiative Rühes zustande kam, wollte Deutschland einen entscheidenden Schritt in Richtung Erweiterung bewirken und schlug die direkte Aufnahme der MOE-Staaten vor. Diese Maximalforderung wurde nicht akzeptiert, aber man arbeitete an einem von den Amerikanern erstellten Kompromißmodell, welches auf dem NATO-Gipfel im Januar 1994 in Brüssel den NAKR-Partnerstaaten angeboten wurde: die Partnerschaft für den Frieden (PfP). Deutschland ließ insgesamt aber keinen Zweifel an dem Wunsch, mit der NATO ein wesentlich engeres Kooperationsnetz nach Osten zu knüpfen, da das Drängen der MOE-Staaten auf Beitritt zur NATO gerade gegenüber dem deutschen Staat immer stärker wurde.<sup>166</sup> In der Erklärung von Brüssel im Januar 1994 ist dann zum ersten Mal zu lesen: „Wir erwarten und würden es begrüßen, wenn eine NATO-Erweiterung demokratische Staaten im Osten von uns erfassen würde, als Teil eines evolutionären Prozesses...“<sup>167</sup>

In dieser Anfangsphase der Debatte ist Deutschland der energischste Befürworter einer Erweiterung, was sich deutlich bei einem Vergleich der Positionen Großbritanniens, Frankreichs und Amerikas zeigt. Die Briten haben kein großes Interesse an einer Ausdehnung des Bündnisses, da es in puncto Gefahrenpotential aus dem Osten wenig Unterschied macht, ob die Allianz nun an Deutschland grenzt oder weiter östlich an Polen.<sup>168</sup> Außerdem sollte man Rußland nicht verprellen, das im Osten Europas ein Gegengewicht zur deutschen Dominanz darstellt. Diese Argumentation verdeutlicht, daß die Briten, beseelt vom Gleichgewichtsgedanken, ein gestiegenes Gewicht des deutschen Staates wahrnehmen und dadurch auch von einem Veto in Sachen Osterweiterung der NATO absehen, da sonst nationale sicherheitspolitische Alleingänge des souveränen Staates und damit einhergehend ein Interessenverlust an der NATO befürchtet werden.<sup>169</sup> Eine derartige Verstimmung wollte man also keinesfalls riskieren. Frankreichs Begeisterung für eine Osterweiterung der Allianz hielt sich ebenfalls in Grenzen, da man befürchtete, daß damit die USA eine Konsolidierung der Vormachtstellung in Europa anstrebte und die Anfänge einer europäischen Verteidigungs-

---

<sup>164</sup> Kinkel in: FAZ v. 06.03.93.

<sup>165</sup> Rühle: „Shaping Euro-Atlantic-Politics: A Grand Strategy for a New Era“, in: Survival 35, 1993, S.135.

<sup>166</sup> Kinkel in SZ, 3.12.93.

<sup>167</sup> Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der NATO-Gipfelkonferenz am 11.01.94 in Brüssel, Ziffer 12.

<sup>168</sup> Hier wird an die Argumentation von Walt erinnert, welche darlegt, daß die geographische Nähe eine bedeutende Rolle für die Bestimmung der Sicherheitsbedrohung spielt. Walt 1987:17-33.

dentität torpedieren könnten<sup>170</sup>, wobei man in erster Linie daran dachte, Deutschland dann nicht mehr genug kontrollieren zu können. Da man für den Ausbau der europäischen Kapazität aber auf die Unterstützung Bonns angewiesen war, wollten die Franzosen keine Konflikte mit dem Nachbarn eingehen und respektierte seine gestiegene Verhandlungsmacht in dieser Angelegenheit. Mein Eindruck ist dementsprechend, daß Frankreich und Großbritannien der Osterweiterung also größtenteils nur deshalb zustimmten, weil sich Deutschland in dieser Phase ausgesprochen hartnäckig zeigte. Ferner spricht die Haltung der USA in dieser Periode für das gestiegene Gewicht Deutschlands. Die Vereinigten Staaten waren nämlich bis Mitte 1994 selbst skeptisch zurückhaltend bezüglich der Erweiterungsfrage. Erst im Juli schwenkten die USA auf die deutsche Linie ein und übernahmen dann die Führung im Öffnungsprozeß.<sup>171</sup> Nachdem dieser Zug von den Deutschen ins Rollen gebracht war, konnten sie sich in der darauffolgenden Phase wieder vermehrt einem für sie ebenfalls wichtigen Aspekt widmen: die „strategische Partnerschaft“ der NATO zu Rußland und dessen herausgehobene Stellung im europäischen Sicherheitssystem. Wie damit implizit angedeutet wurde, ging in den letzten Jahren eine Schwerpunktverlagerung weg von Rußland hin zu den MOE-Staaten vor<sup>172</sup>, die jedoch die Beziehung zu Rußland nicht allzu sehr beanspruchen sollte. Bonn beabsichtigte also keineswegs eine Ausgrenzung Rußlands.

Im Februar 1995 plädierte Deutschland gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich für einen Vertrag zwischen der NATO und Rußland und gaben dem Wunsch der Großmacht im Osten nach einem Sonderstatus nach, quasi als *side payment* für die Tolerierung der Osterweiterung. Den Durchbruch zu einem besseren Verhältnis mit Rußland gelang aber erst den USA im Zuge eines bilateralen Gipfels in Moskau im Mai 1995. Gleichzeitig war aber auch schon eine Erweiterungsstudie in Arbeit, die im Dezember 1994 vom Nordatlantikrat beschlossen wurde und klare Vorgaben und Bedingungen an die Kandidaten stellte. Das hohe Tempo, welches vor allem von den Amerikanern gehalten wurde, war mit der Grund, warum sich Deutschland in den Jahren 1995/96 wieder in stärkerem Maße als die NATO und auch die USA für die Partnerschaft mit Rußland einsetzte. Bundeskanzler Kohl warnte wiederholt vor überhasteten

---

<sup>169</sup> Taylor 1997:230.

<sup>170</sup> Manfrass-Sirjacques 1997:203.

<sup>171</sup> Vgl. Clinton in FAZ, 08.07.94.

Entscheidungen und bemühte sich anlässlich mehrerer Treffen mit Präsident Jelzin die Wogen zu glätten.

Man kann sagen, daß Deutschland im Laufe 1996 einen Perspektivenwechsel insofern vollzog, als daß der Staat sich nunmehr in der NATO für die russische Seite einsetzte und die NATO auf Drängen des Kanzlers darauf verzichtete, sich noch vor der russischen Präsidentschaftswahl im Juni 1996 auf Beitrittsdaten oder –kandidaten festzulegen.<sup>173</sup> In der Tat beschloß der NATO-Rat erst ein halbes Jahr nach der Wahl Jelzins einen Zeitplan für die Aufnahme der neuen Mitglieder. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß es der BRD nicht zu hundert Prozent gelungen ist, eine konsequent ausgeprägte Linie zu verfolgen. Sie hätte sich, nachdem die Osterweiterung als Ziel der NATO auf den Weg gebracht worden war, stärker auf die Ausformung eines europäischen Gesamt-Sicherheitskonzept konzentrieren und ihren Einfluß für Rußland geltend machen sollen. In dieser Weise wäre auch in diesem Punkt ihr Einsatz unverzichtbar gewesen und ihr Gestaltungspotential innerhalb der NATO hätte sich vergrößert. So aber wurde infolge dieser Zurückhaltung die NATO-Politik mehr und mehr von den USA bestimmt, je weiter man sich in der Erweiterungsdebatte der Beschlußphase näherte.<sup>174</sup> Der hervortretende amerikanisch-russische Bilateralismus hatte seinen Höhepunkt im März 1997 beim Gipfeltreffen zwischen Präsident Clinton und Präsident Jelzin, bei dem die Einrichtung eines Ständigen NATO-Rußland-Rates beschlossen wurde. Die dortigen Ergebnisse fanden ihren Niederschlag in der Pariser Grundakte zwischen NATO und russischer Föderation vom 27. Mai 1997. Es deutete sich an, daß mit der Übernahme der US-amerikanischen Führung in der Osterweiterungsfrage 1994 die USA weiterhin eine unangefochtene Führungsrolle in der NATO innehatte, was auch bei der Auswahl der Beitrittskandidaten sichtbar wurde. Sie lehnte es kategorisch ab, neben Polen, Ungarn und Tschechien über weitere Kandidaten zu diskutieren. Der Bundesrepublik blieb hier nichts anderes übrig, als sich dem Standpunkt der USA anzuschließen.

#### **4.3.2.4 Ergebnisdiskussion**

Betrachtet man die letzten drei Jahre, so könnte man durchaus zum Schluß kommen, daß Deutschland selbst wenig sichtbaren Einfluß auf Beschlüsse in Bezug auf die

---

<sup>172</sup> Dies machte sich im übrigen nicht nur im sicherheitspolitischen Bereich bemerkbar, sondern auch im wirtschaftlichen: Das Gesamtvolumen des Handels mit Rußland fiel hinter jenes mit Polen und Tschechien auf den dritten Rang zurück. In: Woche im Bundestag, 11.09.96, S.47.

<sup>173</sup> Staack 1997:281.

NATO-Osterweiterung hat. In der Tat brachte der ständige Zwiespalt zwischen dem Anliegen, die NATO zu erweitern und dem Wunsch, sich nicht den Zorn Rußlands aufzuladen, einige Probleme mit sich. Schließlich ist es dem deutschen Staat nicht vollständig gelungen, seinen Einfluß hinsichtlich der Einbeziehung Rußlands in die NATO auszuspielen. Man war mitunter in der Vermittlerrolle gefangen und konnte sein Gewicht nicht in *Voice* umsetzen, bis auf die gelungene Einflußnahme Kohls 1996 in Bezug auf die Beitrittsdaten und -kandidaten.

Gleichwohl macht Staack in diesem Zusammenhang eine, wie ich meine, wichtige Bemerkung: es darf nicht übersehen werden, daß sich Rußland nach wie vor durch den Westen gekränkt fühlt, da die Öffnungspläne der NATO-Staaten ja nicht vor den Toren der Balten haltmachen werden. Dieser Umstand könnte die Russen dazu veranlassen, einen grundlegenden Politikwechsel vorzunehmen. Der deutsche Staat hat auf diesen Standpunkt bisher ausdrücklich Rücksicht genommen und sich taktisch geschickt zurückgehalten.<sup>175</sup> Somit wurde erreicht, daß die bilateralen Beziehungen durch die NATO-Beschlüsse kaum belastet wurden, was Deutschland wiederum im Hinblick auf zukünftige Verhandlungsrunden eine bessere Ausgangsposition verschaffte.

Diese Verhaltenheit kann also durchaus mit rationalem Kalkül begründet werden und reicht m.E. nach nicht aus, die Prognose des modifizierten Neorealismus zu verwerfen. Im Gegenteil ist die Tatsache, daß sich die BRD außergewöhnlich stark für die NATO-Osterweiterung eingesetzt hat, eine Bestätigung der Prognose, daß gesteigerter Machtanteil dazu verwendet wurde, in der Institution mehr *voice-opportunities* für sich in Anspruch zu nehmen. Deutschland war insofern unzufrieden mit seinem Einfluß in der NATO, als daß die Politik der Institution seine Interessen nach Ende des Kalten Krieges in Richtung einer Neuorientierung der europäischen und vor allem der deutschen Sicherheit nicht adäquat widerspiegelte. Die NATO debattierte zwar in ausreichendem Maße einen sicherheitspolitischen Wandel, aber überwiegend um seiner selbst Willen. Den spezifischen Interessen des wiedervereinten Deutschlands wurde dies nicht gerecht.

Folglich mußte der Staat ein Regelwerk (*rule trajectory*) innerhalb der NATO anstreben, welches den eigenen Belangen bezüglich der Sicherheit im Osten Europas entgegenkam. Dies geschah mit der Genscher/Baker-Initiative zur Gründung des NAKR, ein

---

<sup>174</sup> Staack 1997:282.

Gremium, das der BRD ermöglichte, seine Wünsche und auch die der mittel- und ost-europäischen Staaten stärker einfließen zu lassen und zu kanalisieren. Der NAKR hat sich über die Jahre hinweg als effizientes Forum etabliert und wurde im Mai 1996 zum Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) ausgebaut. Meiner Ansicht nach kann dies als Beleg dafür gelten, daß sich Deutschland um eine *rule trajectory* bemühte, um damit einen Regelmechanismus aufzubauen, der es dem Staat erlaubt, innerhalb der Institution NATO eine von den anderen Mitgliedstaaten akzeptierte Kooperation einzuführen und sich selbst neue *Voice-opportunities* einzurichten.

Die gesamte Debatte wurde erst auf das deutsche Drängen hin zum zentralen Thema innerhalb der NATO. Verteidigungsminister Rühes schneller Vorstoß im März 1993 für eine Erweiterung der Allianz macht m.E. nach sichtbar, daß die BRD die Institution NATO als Plattform nützen möchte, die Mitglieder in ihrem Sinne zu beeinflussen und in ihre politische Richtung zu lenken.

Ein weiterer Beleg für ein verstärktes Drängen auf *Voice* kann die Tagung der NATO-Verteidigungsminister im Oktober 1993 in Travemünde sein, die auf Initiative Rühes zustande kam und bei der er einen entscheidenden Schritt hin zur Öffnung des Bündnisses unternehmen wollte. Er nutzte jede Tagung und jeden Redebeitrag, um sich ‚Stimme zu verschaffen‘. Die Erklärung des Brüsseler Gipfels 1994 ist nach meinem Dafürhalten nicht zuletzt Ergebnis der beharrlichen deutschen Forderungen nach weiteren Schritten hin zu einer Öffnung. In dieser Anfangsphase der Debatte ist Deutschland der energischste Befürworter einer Erweiterung, der seinen Einfluß maximal ausnutzt, was sich deutlich bei dem Vergleich der Positionen Großbritanniens, Frankreichs und Amerikas gezeigt hat.

Deutschland hat insofern also *agenda-setting* betrieben, eine nicht zu unterschätzende Form der Einflußnahme. Bis zum aktiven Eingreifen der USA Mitte 1994 kann man behaupten, daß die BRD in den NATO-Gremien die Gelegenheit zur *Voice* effektiv zu ihren Gunsten ausnutzte und die Erweiterungsdebatte entscheidend vorantrieb. Ein eigenständiges Handeln, also ein etwaiges partielles *Exit* bzw. ein Politikverhalten ähnlich dem Frankreichs, so war klar, wäre nicht zu verwirklichen gewesen. Deutschland konnte sich als *middle rank country* im Sicherheitsbereich keine Alleingänge erlauben, da der Staat nicht wie Frankreich im Besitz von Nuklearwaffen ist und somit keine dominante und vor allem keine autonome verteidigungspolitische Rolle spielen

---

<sup>175</sup> Siehe Staack 1997:282f.



kann. In dem Maße wie die Franzosen ihre Interessen autonomiemaximierender durchsetzen können und wollen, ergreifen die Deutschen die Möglichkeit, ihre Interessen in Form von Einflußpolitik innerhalb der Institution zu verwirklichen. Darüber hinaus ist man sich der Tatsache bewußt, „wie sehr die Einbindung Deutschlands nach der Aufhebung der Bipolarität und der Souveränisierung der Bundesrepublik wieder zu einem sicherheitspolitischen Impetus geworden ist.“<sup>176</sup>

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die BRD weiterhin ein klares Interesse an einer internationalen Verflechtung hat, welche sie geschickt nutzt, um eigene Politikziele zu erreichen.

*„In der deutschen Integrationspolitik fließen somit klar definierte Interessen mit pragmatischen Einstellungen in der Sicherheitspolitik zusammen.“<sup>177</sup>*

Gerade zu Beginn der 90er Jahre, dem Zeitpunkt als alle Bündnismitglieder erleichtert aufatmen konnten, nachdem sich die BRD nicht im geringsten aus der NATO zurückzog, sondern sich weiterhin sehr multilateral verhielt, nutzte sie die Gunst der Stunde und erwirkte durch ihre Einflußpolitik auf ihre Partner eine für sie positive NATO-Osterweiterungsdebatte, die erfolgreich beschieden wurde.

---

Die Prognose des modifizierten Neorealismus in Verbindung mit der *Voice-opportunity*-These von Grieco: *aufgrund der verbesserten Machtposition versucht Deutschland, im Zuge der Osterweiterungsdebatte, innerhalb der NATO mehr Einflußpolitik zu betreiben und stärkeren Gebrauch von Voice innerhalb der NATO zu machen* findet somit im Testfall der NATO-Osterweiterungsdebatte ihre Bestätigung.

#### **4.4 Zwischenresultat**

Zum Abschluß des ersten Teils sollen die Ergebnisse mit Blick auf die Theorie nochmals zusammengefaßt werden. Sowohl der Testfall ‚Bilaterale versus Multilaterale Militärkooperation‘ als auch der Testfall ‚Atlantische versus Europäische Sicherheitsoption‘ haben im Schlußbild ergeben, daß die Hypothesen des traditionellen Neorealismus nicht bestätigt werden konnten. Für Waltz, Mearsheimer u.a. wäre aufgrund der gestiegenen Machtposition das rationale Verhalten des Staates in jedem Fall ein autonomiemaximierendes gewesen. Dies ist nach meinem Dafürhalten nicht eingetreten.

---

<sup>176</sup> Pradetto 1997:37.

<sup>177</sup> Sauder 1995:196.

Die Prognose dieses Ansatzes erwies sich bezugnehmend auf den ersten Fall als unzutreffend, da festgestellt wurde, daß Deutschland nach wie vor keine autonomie-schonende Militärstrategie betreibt. Im Gegenteil, die starke Integration in die Militärstruktur der NATO bedeutet sogar einen Autonomieverlust für die Bundesrepublik, den der traditionelle Ansatz nicht erklären kann. Zwar ist die Argumentationsgrundlage im zweiten Testfall zunächst nicht ganz so deutlich, da man in dem Bestreben der Deutschen, eine europäische Verteidigungskomponente aufzubauen, einen relativen Bedeutungsverlust der Allianz interpretieren kann. Ich komme aber zum Schluß, daß die deutschen Initiativen dahin gehen, die weniger ausgebaute europäische WEU an Bedeutung gewinnen und nicht die atlantische Allianz an Bedeutung verlieren zu lassen. Das deutsche Außenpolitikverhalten richtet sich danach aus, die beiden Institutionen komplementär, nicht substitutiv zu betrachten, womit auch das *balancing*-Argument entkräftet ist und jedwedes Streben nach Autonomiemaximierung nicht abgelesen werden konnte.

Somit wird der traditionelle Ansatz des Neorealismus als nicht-erklärungskräftig abgelehnt. Bezüglich der ‚Sirenen‘ nationalistischer Machtbestrebungen kommt auch Hellmann zu dem Ergebnis:

*„The story so far indicates that the German Ulysses has passed the Sirens basically unscathed. In both words and deeds Germany continues to steer the course of multilateralism and integration.“*<sup>178</sup>

Es blieb also zu fragen, ob sich die zweite Form der Machtpolitik, proklamiert durch den modifizierten Neorealismus, im deutschen Außenpolitikverhalten niedergeschlagen hat. Diese Frage konnte in den zwei folgenden Testfällen ‚NATO-Kommandostrukturreform‘ und ‚NATO-Osterweiterungsdebatte‘ bejaht werden, denn es wurde beide Male eine bewußte Veränderung der *rule trajectories* festgestellt, die Deutschland für sich ausnutzen konnte, um sich mehr *Voice* zu verschaffen. Es ließ sich nachweisen, daß sich die gewachsene Machtposition der BRD in einflußmaximierendes Verhalten niederschlug. Deutschland nahm bewußt Autonomieverluste hin, um durch Integration ihren Einfluß auf die Allianzpartner zu erhöhen. Der Staat ist sich der ‚Binnenwirkung der Bündnisintegration‘<sup>179</sup> voll bewußt, Interessendivergenzen zwischen den Mitgliedern sollen durch vertiefte Integration abgemildert werden, die

---

<sup>178</sup> Hellmann 1997:47.

<sup>179</sup> Sauder 1995:164.

Akteure aneinander gebunden und auf ein gemeinsames Ziel verpflichtet werden. Das scheint der BRD als *middle rank country* von besonderer Bedeutung, da sie im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich in jedem Fall auf ihre Partner angewiesen sein wird, d.h. langfristig ohnehin nicht die Möglichkeit einer autonomen Verteidigungspolitik hat.

Diese Politik des Multilateralismus erlaubt es Deutschland erstens seine Interessen durch die Mithilfe der anderen besser durchsetzen zu können, wie im Beispiel NATO-Osterweiterung gesehen, und zweitens die Aktionen der Partner besser unter Kontrolle zu halten, wie sich im Beispiel der NATO-Kommandostrukturreform aufzeigen ließ. Die konditionale Sichtweise des modifizierten Neorealismus in Bezug auf die Bedrohungslage des Staates und die damit verbundenen Verhaltensannahmen sind meiner Ansicht nach ausschlaggebend für die Erklärungskraft des einflußmaximierenden Ansatzes. Da die Sensibilität für relative Verluste in der BRD gering ist und ihre Stärken ohnehin im wirtschaftlichen Sektor liegen, wird auch ein *trade off* im militärischen Bereich zugunsten langfristiger ökonomischer Gewinne, die sich durch zunehmende Sicherheit und Stabilität ergeben, in Kauf genommen. Durch diesen Gesichtspunkt und den zuerkannten Stellenwert von Institutionen besitzt der modifizierte Ansatz in beiden Testfällen Erklärungskraft. Die Bundesrepublik gibt klar zu erkennen, daß sie die NATO als Katalysator für mögliche Konflikte sieht und sich daher einer vertiefenden Integration nicht entgegenstellt.

Das deutsche Außenpolitikverhalten hat m.E. nach den Prognosen des einflußorientierten Ansatzes mit dem *Voice*-Modell von Grieco entsprochen. Die grundlegende Hypothese aus Kapitel 3.5 konnte somit bestätigt werden.

Folgende Schlüsse lassen sich nun für den weiteren Verlauf der Arbeit ziehen: der traditionelle neorealistiche Ansatz besitzt im Politikbereich NATO mangelnde Erklärungskraft für die Analyse des außenpolitischen Verhaltens der BRD. Seine Hypothesen der Autonomiemaximierung konnten im außenpolitischen Verhalten gegenüber der NATO nicht bestätigt werden. Der traditionelle Neorealismus zeichnet in seinen Prognosen ein unwirkliches Bild der politischen Ereignisse in diesem Politikfeld. Dieses negative Ergebnis ist für diesen Ansatz als besonders schwerwiegend anzusehen, da der Neorealismus, wie zu Beginn dargestellt, im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik Heimvorteil genießt. Aus diesem Grund ist diese Denkschule meiner Meinung nach für die weitere Diskussion nicht mehr zweckmäßig, gilt es doch, im Rahmen der zweiten Leitfrage dieser Arbeit, zu analysieren, welche Faktoren für das außenpolitische Ver-

halten die entscheidenden sind. Da die autonomiemaximierende Schule für das beobachtete außenpolitische Verhalten keinen Erklärungsbeitrag liefern konnte, wird sie in der weiteren Untersuchung der erklärungsächtigen Faktoren nicht weiter berücksichtigt.

Der modifizierte Neorealismus hingegen konnte das außenpolitische Verhalten der BRD in der NATO als einflußmaximierendes Verhalten stichhaltig beschreiben und des weiteren belegen, daß sich Deutschland im atlantischen Bündnis seit seiner Wiedervereinigung einflußmaximierender verhält. Die bisher betrachtete neorealistische Denkschule sieht, wie ausführlich dargelegt, das politische Verhalten Deutschlands in Abhängigkeit von seiner Machtposition im Internationalen System.

Um einen Vergleich zu den Aussagen des modifizierten Ansatzes ziehen zu können, soll im Rahmen des zweiten Teils der Arbeit analysiert werden, ob nicht andere als die bisher betrachteten systemischen Faktoren die entscheidende Rolle im außen- und sicherheitspolitischen Verhalten Deutschlands spielen.

Im folgenden wird also ein theoretischer Perspektivenwechsel vorgenommen. Gemeint ist die liberale Denkschule, bei der nicht die systemische Analyseebene im Mittelpunkt des Interesses steht, sondern die subsystemische. Das Ergebnis dieser Analyse des außenpolitischen Verhaltens Deutschland wird dann den bisherigen neorealistischen Befunden gegenübergestellt, um eine Bewertung der beiden theoretischen Perspektiven vornehmen zu können.

Zunächst wird der liberale Ansatz, in der hier verwendeten Form dargestellt, um in weiteren Schritten anhand des Testfalls der Osterweiterungsdebatte in der NATO seine Argumentationslinie zu analysieren, um dann den Vergleich der beiden Theorieschulen unternehmen zu können.

## 5 Darstellung des liberalen *domestic politics* - Ansatzes

Die Problematik, die in diesem Teil der Arbeit im Vordergrund steht, ergibt sich aus der Leitfrage, welche Faktoren die ausschlaggebenden für das deutsche Verhalten in der NATO-Politik sind. Um sich einer möglichen Antwort anzunähern, wird eine zweite erklärende Variable, welche die liberale Schule liefert, mit in die Untersuchung eingebracht. Wie bereits angesprochen, wird hier ein theoretischer Gegenpol zur Denkschule des Neorealismus erörtert, der einen anderen Erklärungsansatz für die deutsche NATO-Politik aufzeigt und folglich die neorealistische Schule in ihrer Aussagekraft herausfordert.

Die Erkenntnisse des ersten Teils sollen im folgenden mitberücksichtigt werden und deshalb einleitend für diesen Teil der Arbeit noch einmal kurz aufgegriffen werden: ein kausaler Zusammenhang der unabhängigen Variable ‚Machtposition‘ und der Ausprägung der abhängigen Variable ‚autonomiemaximierendes Verhalten‘ wurde nicht bestätigt, dafür konnte aber dem einflußmaximierende Ansatz in Bezug auf das außenpolitische Verhalten der BRD Erklärungskraft zugeschrieben werden.

Der nachstehende liberale Ansatz zieht nun in Zweifel, ob das außenpolitische Verhalten *systemisch*, also durch die Machtposition im Internationalen System zu erklären ist. Der liberalen Vorgehensweise liegt vielmehr, und das ist die Kernaussage, eine *subsystemische* Sicht zugrunde, die das Verhalten des Staates durch die Akteure und die Struktur der gesellschaftlichen und politischen Ordnung erklärt. Die beiden Theoriestränge gehen also von zwei verschiedene Untersuchungsebenen aus. Eine Klassifizierung in diese ‚*level-of-analysis*‘ erlaubt es, jene unterschiedlichen Erklärungsansätze zu generieren und so spezifische unabhängige Variablen für das Verhalten von Staaten heranzuziehen.<sup>180</sup> Die bislang systemische ‚*third-image*‘-Betrachtungsweise wird nun verlassen und der Blick auf die Analyseebene der subsystemischen ‚*second-image*‘ Faktoren gelenkt. Die Sichtweise ist also eine von innen nach außen gerichtete und soll im folgenden als liberale Perspektive bezeichnet werden. Die liberale Denkschule als solche kann jedoch, ähnlich der neorealistischen Schule, nicht als *eine* kohärente in sich geschlossene Theorie betrachtet werden. So bemerkte Doyle wiederholt, daß es keine übereinstimmende Beschreibung der liberalen Theorie gibt<sup>181</sup> und auch Stein ist der Meinung:

---

<sup>180</sup> Siehe dazu Singer 1961, Waltz 1959.

<sup>181</sup> Doyle 1995:84.

*„Liberalism is multifaceted, and what is or is not at its core can be disputed.“*<sup>182</sup>

Mit der liberalen Denkschule verbindet man in den Internationalen Beziehungen verschiedene Komponenten mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Es werden beispielsweise nach der Klassifizierung von Moravcsik die drei Varianten *Ideational, Commercial und Republican Liberalism* unterschieden<sup>183</sup>, die einen Zusammenhang zwischen Normen, wirtschaftlichem Handel und demokratischen Strukturen auf der einen und friedlicher internationaler Kooperation zwischen Staaten auf der anderen Seite sehen. Des Weiteren werden innerhalb des liberalen Paradigmas auch *two-level-games* und transnationale Beziehungen diskutiert, um nur einige Komponenten zu nennen. Allen Varianten ist gemein, daß sie das ‚Innenleben‘, die innere Ordnung der Staaten zum Gegenstand der Analyse machen und damit verbunden auch das Individuum und sein Anliegen nach Freiheit in den Mittelpunkt stellen. Im Hinblick auf die hier zu untersuchende Fragestellung nach den bestimmenden Faktoren für das außenpolitische Verhalten soll eine für meine Begriffe liberale prozeßhafte Komponente<sup>184</sup> betont werden, die es erlaubt, Aussagen über das tatsächliche Verhalten innenpolitischer Akteure in einem spezifischen Politikbereich zu machen.

Meine Vorgehensweise im Rahmen der liberalen Denkschule geht somit von der Kernaussage aus, daß subsystemische Akteure das außenpolitische Verhalten der BRD bestimmen. Um diese bestimmen zu können, werden die innenpolitischen Interessenvermittlungsprozesse beleuchtet. Diese beinhalten sowohl die politisch-gesellschaftlichen Strukturen als auch die Aushandlungsprozesse der Akteure im Innern des Staates. Für den in diesem Sinne gebrauchten Ansatz möchte ich im folgenden den Begriff ‚*domestic politics*‘ verwenden, der meiner Ansicht nach diesen *prozeßhaften* innenpolitischen Struktur- und Akteurszusammenhang trifft.

In Kapitel 5.1 werden die mit dem liberalen *domestic politics*-Ansatz verbundenen grundlegenden Annahmen dargelegt, um dann in Kapitel 5.2 die erklärenden Variablen mittels einer Konzeptualisierung der innenpolitischen Interessenvermittlungsstrukturen herauszufiltern, bevor auf die abhängige Variable dieses Ansatzes einge-

---

<sup>182</sup> Stein 1990:7.

<sup>183</sup> so die Unterscheidung von Moravcsik 1997:515, siehe zu diesem Ansatz auch Doyle 1986 und 1995, Zacher/Matthew 1995, Keohane 1990.

<sup>184</sup> „[...] liberalism is a process-based theory and domestic-level variables are process variables.“ Vgl. Sterling-Folker 1997:9.

gangen wird, um letzten Endes aus den gewonnenen theoretischen Erkenntnissen die allgemeine Hypothese abzuleiten.

## 5.1 Grundannahmen

Ausgangspunkt des liberalen Ansatzes sind die in Gruppen organisierten Individuen, welche die relevanten Akteure im liberalen Ansatz darstellen. Dieser Ansatz will erklären, wie Aggregationen von Individuen kollektive Entscheidungen treffen und so das Politikverhalten eines Staates beeinflussen. Das neorealistische Bild des Staates als Billardkugel wird aufgegeben und die *black box* geöffnet, um die Determinanten der Außenpolitik innerhalb des Nationalstaates selbst zu lokalisieren.

*„State behavior does not respond to the international system; it constitutes it.“<sup>185</sup>*

Die Interessen der Staaten, die das Politikverhalten bestimmen, werden nicht, wie in der Auseinandersetzung mit den neorealistischen Ansätzen gesehen, von der Struktur des Internationalen Systems vorgegeben, sondern sie sind das Ergebnis politisch-gesellschaftlicher Strukturen und Aushandlungsprozesse *innerhalb* des Staatsgefüges. Aber auch zwischen den politischen Systemen und deren gesellschaftlichen Akteuren finden Koalitionsbildungen statt, die das außenpolitische Verhalten beeinflussen. Staat und Gesellschaft sind nach liberalem Verständnis also *nicht* als Handlungseinheit zu sehen. Ein für alle Akteure gleichbedeutendes nationales Interesse und Bestrebungen, „per se die Macht des Staates im Internationalen System zu steigern“<sup>186</sup>, wie es die neorealistische Schule kennt, gibt es nicht. Im Mittelpunkt der Analyse stehen folglich die verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Akteure, die versuchen, ihre eigenen Ziele zu erreichen und sich deshalb so zu verhalten, daß ein größtmöglicher individueller Nutzen erzielt werden kann.<sup>187</sup> Die Argumentation des liberalen *domestic politics*-Ansatzes besagt also, daß es einen kausalen Zusammenhang zwischen den Präferenzen der durchsetzungsfähigen Akteure und deren Außenpolitikverhalten geben muß.

Bevor nun genauer über die Akteure und deren Präferenzen gesprochen werden kann, muß erst die relevante Interessenvermittlungsstruktur des Staates und damit die Rolle der staatlichen Akteure geklärt werden, da diese Bestimmung für die weitere Analyse

---

<sup>185</sup> Moravcsik 1993:5.

<sup>186</sup> Rittberger/Schimmelfennig 1997b:12 (Webedition).

<sup>187</sup> Rittberger/Schimmelfennig 1997b bezeichnen dies als utilitaristisch liberal.

der *domestic politics* Voraussetzung ist. Erst durch die Ermittlung der innenpolitischen Struktur des jeweiligen Politikbereichs ist es möglich, die maßgeblichen Akteure herauszufiltern, welche in der Analyse dann im Mittelpunkt stehen werden.

Über die Bedeutung des Staates gehen in der Literatur die Meinungen auseinander. Ikenberry/Lake/Mastanduno stellen diese Problematik dar, indem sie zwischen gesellschaftszentrierten pluralistischen und staatszentrierten Ansätzen unterscheiden.<sup>188</sup> Bei ersterem formiert sich die Außenpolitik durch einen immerwährenden Kampf der unterschiedlichen Interessen und Präferenzen der gesellschaftlichen Akteure, d.h. dem Staat wird keine eigenständige Rolle in der Politik zugewiesen, er ist lediglich Ausführungsorgan der gesellschaftlichen Interessen.<sup>189</sup> Bei den staatszentrierten hingegen kommen die gesellschaftlichen Kräfte kaum zum Tragen, und die Außenpolitik wird innerhalb des Entscheidungsapparates eines Staates beschlossen und durchgesetzt. Auch Krasner nahm eine institutionelle Einteilung in starke und schwache Staaten zur Bestimmung des gesellschaftlichen Durchsetzungsvermögens gegenüber dem staatlichen Sektor vor.<sup>190</sup> Doch die beobachteten Politikergebnisse konnten bald nicht mehr adäquat erklärt werden und so wurde diese dichotome Sichtweise als zu reduktionistisch betrachtet. Empirische Erkenntnisse deuteten hingegen auf ein interdependentes Verhältnis von Staat und Gesellschaft hin, dem man in der theoretischen Konzeptionalisierung Rechnung tragen mußte.<sup>191</sup> So stellte Katzenstein als einer der ersten fest, daß die rigide Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft eine Kluft zwischen öffentlichem und privatem Sektor bedeutet, die in keinem fortschrittlichen Industriestaat existiert.<sup>192</sup> Als eine Alternative zur bisherigen dichotomen Sichtweise entwickelte sich eine Perspektive, die eine Verknüpfung der beiden Komponenten ins Auge faßt und von Moravcsik heute als ‚Staat-Gesellschaft-Beziehung‘ definiert wird.

*„[...] theories of ‚state-society-relations‘ emphasize the institutions of representation, education, and administration that link state and society.“<sup>193</sup>*

---

<sup>188</sup> Ikenberry/Lake/Mastanduno 1988.

<sup>189</sup> So auch die Auffassung Moravcsiks: „the state is not an actor but a representative institution [... which] constitute the critical ‚transmission belt‘ by which the preferences and social power of individuals and groups are translated into state policy.“ Moravcsik 1997:518.

<sup>190</sup> Krasner 1978.

<sup>191</sup> Katzenstein 1978.

<sup>192</sup> Katzenstein 1978:17.

<sup>193</sup> Moravcsik 1993:6. Auch Gourevitch plädierte dafür, das Augenmerk stärker auf die Koalitionsbildungsprozesse in Gesellschaften und politischen Systemen zu richten, Gourevitch 1978.



Basierend auf diesen Erwägungen griff Katzenstein konsequent die Herangehensweise der Verknüpfung auf und wählte in Bezug auf seine außenwirtschaftspolitischen Untersuchungen folgenden kombinierten Ansatz:

*„The actors in society and state influencing the definition of foreign economic policy objectives consist of the major interest groups and political action groups. The former represent the relations of production [...]; the latter derive from the structure of political authority (primarily the state bureaucracy and political parties). The governing coalitions of social forces in each of the advanced industrial states find their institutional expression in distinct policy networks which link the public and the private sector in the implementation of foreign economic policy.“<sup>194</sup>*

Diese Überlegungen gaben allgemein den Anstoß zur wissenschaftlichen Analyse von Politiknetzwerken, welche von Risse-Kappen als

*„[...] mechanisms and processes of interest representation by political parties and interest groups that link the societal environment to the political systems.“<sup>195</sup>*

bezeichnet werden. Jüngste Untersuchungen in diesem *domestic structure*-Bereich wurden auch von Risse-Kappen durchgeführt, der an die Konzeption von Katzenstein anknüpft und in seinen Analysen eine klar konzipierte Dreiteilung der *domestic structure* vorlegt. Dieser Ansatz bietet nach meinem Dafürhalten aufgrund seines eindeutigen und fest umrissenen theoretischen Aufbaus ein geeignetes Modell, um die *domestic structure* zu konkretisieren, die im weiteren zentrale Analyse der durchsetzungsfähigen Akteure und deren Interessen einzuleiten.

Im nachfolgenden Abschnitt soll nun die Konstruktion der unabhängigen Variablen im *domestic politics*-Ansatz erfolgen. Zu diesem Zweck wird zunächst das eben vorgestellte dreigeteilte Modell der *domestic structure* dargelegt, um dann die weiteren Schritte bis hin zur Bestimmung des Außenpolitikverhaltens im liberalen *domestic politics*-Ansatz vornehmen zu können.

## **5.2 Die Konstruktion der unabhängigen Variablen im liberalen *domestic politics*-Ansatz**

Der liberale *domestic politics*-Ansatz betrachtet also zunächst die *domestic structure* eines Staates, um davon ausgehend die jeweiligen durchsetzungsfähigen Akteure bestimmen zu können. Deren Interessen und Ziele wiederum machen es möglich, bei

---

<sup>194</sup> Katzenstein 1978:19.

den anstehenden politischen Entscheidungen ihre Präferenzen festzulegen, die dann ihrerseits Erklärungen für das außenpolitische Verhalten der Akteure im liberalen Ansatz liefern können.

### **5.2.1 Die Bestimmung der *domestic structure***

Zur begrifflichen Verdeutlichung soll vorab die Definition der innenpolitischen Struktur von Risse-Kappen aufgegriffen werden.

*„The notion of domestic structures refers to the political institutions of the state, to societal structures, and to the policy networks linking the two.“<sup>196</sup>*

Der erste Teil der Struktur betrachtet demgemäß die staatlichen Akteure, welche nach Zentralisierungs- bzw. Fragmentierungsgrad typologisiert werden. Folgende Leitfragen stehen im Mittelpunkt: liegt die Exekutivgewalt in den Händen einiger weniger Akteure oder ist sie auf einen Entscheidungsträger (Präsident, Premierminister, Kanzler) konzentriert? Bis zu welchem Ausmaß kann die Regierung den Gesetzgebungsprozeß kontrollieren?

Der zweite Teil behandelt die Formation der gesellschaftlichen Akteure, die durch ihre interne Polarisierung charakterisiert ist. Hier wird der Zusammenhalt, die Stärke der sozialen Organisationen betrachtet und untersucht, inwieweit sozialer Druck auf den staatlichen Entscheidungsprozeß ausgeübt werden kann. Als Leitfragen dienen dabei: wie heterogen ist die Gesellschaft in Bezug auf ideologische und/oder klassenbedingte Spaltungen? Wie effektiv kann die Gesellschaft in organisierter Form ihren Forderungen Nachdruck verleihen und auf den Politikprozeß einwirken?

Schließlich setzt sich der dritte Teil der *domestic structure* mit der Natur der Koalitionsbildungsprozesse im Politiknetzwerk auseinander, welches den Staat und die Gesellschaft verbindet. Der Fokus liegt hier auf dem Ausmaß der Differenzierung zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren. Wird eher ein auf Übereinstimmung ausgerichteter Politikprozeß bevorzugt oder ist die Politik häufig durch Entscheidungsblockaden gekennzeichnet? Und inwieweit nehmen beispielsweise ‚Zwischenorganisationen‘ wie politische Parteien gesellschaftliche Forderungen auf und leiten diese in den politischen Prozeß ein? Risse-Kappen bedient sich dreier Kategorien zur Aufschlüsselung der Politiknetzwerke:

---

<sup>195</sup> Risse-Kappen 1991:485.

<sup>196</sup> Risse-Kappen 1995:20.

- a) Zentralisierte politische Institutionen mit polarisierten und eher schwach organisierten Gesellschaften weisen aller Wahrscheinlichkeit nach ein Politiknetzwerk auf, das *„staatsdominiert“* ist. Die politikrelevanten Koalitionsbildungsprozesse sind den politischen Eliten vorbehalten und schließen die gesellschaftlichen Akteure zumeist aus.
- b) Hingegen wird eine *gesellschaftskontrollierte* Form des Netzwerkes in jenen Staaten erwartet, in denen eine vergleichsweise homogene Gesellschaft mit hohem Mobilisierungsgrad auf schwache staatliche Strukturen stößt. Die politikrelevanten Koalitionsbildungsprozesse finden hier unter den gesellschaftlichen Akteuren statt und auch die öffentliche Meinung spielt eine wichtige Rolle.
- c) Schließlich können die Politiknetzwerke der Staaten, deren politische und gesellschaftliche Institutionen etwa gleich gut organisiert und somit gleich mächtig sind, als *demokratisch-korporatistisch* bezeichnet werden. Politische und gesellschaftliche Akteure befinden sich hier in einem fortwährenden bargaining-Prozeß auf der Suche nach tragbaren Kompromissen für beide Seiten. Diese Art der politischen Auseinandersetzung wird als *„middle-of-the-road-policy“* bezeichnet, welche den gemeinsamen Nenner der öffentlichen Meinung widerspiegelt.

Die zuletzt aufgezeigte *policy network*-Analyse erlaubt es also, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft näher zu beleuchten, was in der weiteren Untersuchung von großer Wichtigkeit sein wird, da erst hierdurch eine dynamisch interaktive und auch komplexe Betrachtung der politischen Durchsetzungsmöglichkeiten beider Seiten realisierbar ist und so die maßgeblichen Akteure besser abgebildet werden können.

Auch Kenis/Schneider betonen die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Konzeption zur detaillierten Auseinandersetzung mit dem Politikprozeß.

*„Increased interdependency and complexity of social and political affairs leads to the growing importance of access to information for the coordination and control of political and social affairs, a trend which could be compiled under the label informatization. Closely related to this is obviously the growing need for scientific expertise in the policy making process [...]“*<sup>197</sup>

Generell muß festgehalten werden, daß es sich bei dem Netzwerkansatz wie er in dieser Arbeit Verwendung findet, um keine Theorie als solche handelt und demzufolge hieraus keine generellen Hypothesen abgeleitet werden können.

---

<sup>197</sup> Kenis/Schneider 1991:36.

*„Network analysis does not provide an ‚explicit theory‘ by itself – although it may have a strong affinity to some particular social theories. [...] network analysis is no theory in stricto sensu but rather a toolbox for describing and measuring relational configurations and their structural characteristics.“<sup>198</sup>*

Wie auch implizit schon angedeutet wurde, hat die innenpolitische Struktur insgesamt m.E. nach keine *direkte* Erklärungskraft bezüglich des außenpolitischen Verhaltens von Staaten, sondern besitzt eher einen intervenierenden Status insofern, als daß sie kanalisierende Wirkung auf die Durchsetzungsfähigkeit von Akteuren hat. So wird diese strukturelle Herangehensweise gewissermaßen als ‚Filter‘ zur heuristischen Erkenntnisgewinnung verwendet, der die im weiteren wichtigen Akteure in der außen- und sicherheitspolitischen Disziplin herausfiltern soll.

### **5.2.2 Durchsetzungsfähige Akteure**

Durch die strukturelle Vorgabe der *domestic structure* können also die maßgeblichen Akteure benannt werden, die auf den Politikprozeß Einfluß nehmen.

Im Rahmen der *staatlichen Akteure* ist im Bereich der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu erwarten, daß auf der Seite der Exekutive im wesentlichen die Regierung, die Bundesministerien für Verteidigung und für Auswärtiges zu berücksichtigen sind. Auf Seiten der legislativen Institutionen sind neben dem Plenum des Bundestages auch die entsprechend zuständigen Ausschüsse von Bedeutung. In diesem Rahmen werden auch die Oppositionsfraktionen der Regierung zu beobachten sein.

In Bezug auf *gesellschaftliche Akteure* ist aller Voraussicht nach v.a. an Wirtschaft- bzw. Rüstungsunternehmen auf der einen Seite und Friedensorganisationen auf der anderen zu denken. Generell kann man davon ausgehen, daß die Möglichkeiten der Einflußnahme der staatlichen Akteure durch das politische System *per se* gegeben sind. In Zusammenhang mit der Diskussion um gesellschaftlich durchsetzungsfähigen Akteuren muß allerdings theoretisch differenziert werden zwischen einem möglichen *Zugang* zum politischen Entscheidungssystem und einem schlußendlich wirkungsvollen *Einfluß* auf bestimmte Politikentscheidungen. Beides, so Risse-Kappen, wird durch die innenpolitische Struktur determiniert.<sup>199</sup> Jedoch ist anzunehmen, daß die Akteure auf den Zugang zum System kaum Einwirkungschancen haben, da das Ausmaß des Zugangs zumeist durch die Staatsstruktur vorgegeben ist. Je zentralisierter das politische System, desto kleiner sind die Angriffspunkte für die jeweiligen gesellschaftlichen

---

<sup>198</sup> Kenis/Schneider 1991:44.

<sup>199</sup> Für die folgende Argumentation siehe Risse-Kappen 1995:25f.

Akteure. Es läßt sich also ein Zusammenhang erkennen, der besagt, daß der Zugang sich am schwersten in innenpolitischen Strukturen mit einem ‚*state-dominated*‘ Netzwerk gestaltet und umgekehrt sehr leicht in Strukturen mit schwachen politischen Institutionen. In innenpolitischen Konstellationen, die ein gesellschaftsdominiertes Politiknetzwerk aufweisen, stellt Risse-Kappen fest, daß der Zugang der Gruppen unproblematisch ist und diese leicht das politische System durchdringen können, da sich diverse Angriffsstellen anbieten. Aber auch wenn der erwünschte Zugang erfolgt ist, muß dies noch nicht bedeuten, daß die politischen Forderungen auch durchgesetzt werden, denn „easy access does not guarantee policy impact.“<sup>200</sup>

Wichtig ist hier die Bildung einer durchsetzungsfähigen Koalition, einer ‚winning coalition‘ im Staat. Dieses Vorgehen ist wesentlich besser von den gesellschaftlichen Akteuren zu beeinflussen als sich grundsätzlich Zugang zum politischen System zu verschaffen. Um die Durchsetzung ihrer Forderungen am effektivsten zu gestalten, müssen sich die Gruppen und Organisationen an die gegebenen Strukturen anpassen können, um so mit staatlichen Akteuren in engen Kontakt zu kommen und auf ihre Standpunkte zu einer bestimmten Thematik und damit auch auf ihr außenpolitisches Verhalten einwirken zu können.

Risse-Kappen erkennt hier wiederum folgende Gesetzmäßigkeit: Strukturen mit staatsdominierten Politiknetzwerken machen es den gesellschaftlichen Gruppen sehr schwer, Zugang zum politischen System zu erhalten, aber wenn dies in einer derartigen institutionellen Konstellation einmal erreicht worden ist, dann kann man davon ausgehen, daß der Einfluß dieser Gruppen auf das politische Geschehen gewichtig sein wird. Dies gilt auch für das umgekehrte Prinzip: ist der Zugang in einem *society-dominated* Politiknetzwerk leicht zu erlangen, kann man annehmen, daß der Einfluß de facto recht gering ausfällt, da das staatliche Gefüge aller Voraussicht nach zu schwach ist, um die Forderungen der gesellschaftlichen Organisationen zu implementieren. Bei korporatistischen Strukturen kann die Bedeutung der gesellschaftlichen Gruppen, ebenso wie in *state-dominated* Strukturen, recht hoch und vor allem langlebig sein, da diese Art von Politiknetzwerk dazu tendiert, die gesellschaftlichen und politischen Kompromisse, die einmal erreicht worden sind, zu institutionalisieren und in-

---

<sup>200</sup> Risse-Kappen 1995:26.

sofern auch keine plötzlichen grundlegenden Veränderungen dieses Systems wahrscheinlich sind.<sup>201</sup>

Nachdem nun die Möglichkeiten der staatlichen und gesellschaftlichen Gruppen theoretisch bestimmt worden sind, soll das Augenmerk nachstehend auf ihre Interessen respektive ihre Präferenzen gelenkt werden.

### 5.2.3 Interessen der maßgeblichen Akteure

Die Präferenzen der Akteure, welche sich im Hinblick auf bestimmte politische Entscheidungen konstituieren, führen schließlich zu Aussagen über das politische Verhalten des Staates. Um die Präferenzen der staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte festlegen zu können, ist es vonnöten, zunächst ihre Interessen genau zu spezifizieren. In der vorliegenden Abhandlung zum Neorealismus lagen die Interessen aus den Grundannahmen heraus klar auf der Hand: der Staat als zentraler Akteur verfolgt ausschließlich sicherheits- und machtpolitische Interessen. Diesen eindeutigen und zwingenden Handlungszusammenhang gibt es hier im liberalen *domestic politics*-Ansatz, der die neorealistische Schule für anachronistisch hält, in dieser Art nicht.<sup>202</sup> Der liberale Ansatz konstituiert die Interessen seiner Individuen aus einer anderen Sicht über das Internationalen System.

*„In an international system, which is dominated by liberal societies and constitutional democracies, and in which ‚complex interdependence‘ designates its basic structural features, another actor model of foreign policy is required to account for a state`s international behavior.“<sup>203</sup>*

Um die Interessen der durchsetzungsfähigen Akteure definieren zu können, wird an die liberale Variante des *Commercial Liberalism* angelehnt, aus der hervorgeht, daß die individuelle Wohlfahrt das zentrale Interesse aller Akteure ist. Zwar verfolgen hier die Akteure ebenso zweckrationale exogen bestimmte Interessen, ähnlich wie der Staat im Neorealismus, aber sie verhalten sich stets nutzenmaximierend im Sinne partikularer Wohlfahrtsinteressen und streben nach absoluter Gewinnmaximierung. Daraus ergeben sich differenzierte Handlungserwartungen, zumal im Vorfeld nicht determiniert werden kann, welche Akteursgruppen sich im Politikentscheidungsprozeß schließlich mit ihren Forderungen durchsetzen werden.

---

<sup>201</sup> Risse-Kappen 1995:27.

<sup>202</sup> Vgl. hierzu Kapitel 5.1.

<sup>203</sup> Rittberger/Schimmelfennig 1997a:9.

*„[...] states do not automatically maximize fixed, homogenous conceptions of security, sovereignty, or wealth per se, as realists [...] tend to assume. [...] they pursue particular interpretations and combinations of security, welfare, and sovereignty preferred by powerful domestic groups enfranchised by representative institutions and practices.“*<sup>204</sup>

Aus dieser liberalen Auffassung der Interessen läßt sich nun ableiten, daß es kein wie auch immer geartetes übergeordnetes nationales Interesse gibt, welches für die Akteure handlungsbestimmend ist, sondern diverse Partikularinteressen, die aber alle auf wohlfahrtsmaximierenden Gesichtspunkten basieren. Es ist daher unwahrscheinlich, daß die Staaten im liberalen Ansatz Autonomiebestrebungen hegen und unilaterale Strategien vorziehen. Eine Machtpolitik wie sie der traditionelle Neorealismus prognostiziert, wird von den Akteuren in einem Handelsstaat, um bei der Variante des *Commercial Liberalism* zu bleiben, nicht unterstützt.<sup>205</sup> Im Gegenteil, die staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte werden grundsätzlich eine gegenseitige Abhängigkeit bevorzugen, um ihrem Ziel der Wohlfahrtsoptimierung näher zu kommen, da sie von politischen Interdependenzen durch absolute Gewinne profitieren. Das oberste liberale Ziel ist, basierend auf einer eher optimistischen Grundeinstellung, die Schaffung und der Erhalt einer freien Welt-(Handels-)Gesellschaft. Vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik ist abzulesen, daß eher kooperative Einrichtungen bevorzugt werden, um die Vorteile des gegenseitigen Austausches nicht zu gefährden. So argumentieren liberale Vertreter, daß gerade Interdependenz friedensfördernd sein kann, eben weil die Staaten und ihre Gesellschaften immer stärker aufeinander angewiesen sind.<sup>206</sup> Der liberale Ansatz wird infolgedessen in der Regel einer multilateralen Politikorientierung den Vorrang geben, was jedoch ein machtorientiertes Verhalten nicht prinzipiell ausschließt, da

*„[...] they [the states (Anm. d. Verf.)] remain ‚rule-utilitarians‘, i.e. their readiness to cooperate is conditional on the expected gains from cooperation.“*<sup>207</sup>

Eine große Rolle in diesem Zusammenhang spielen die Kosten der einzelnen Politikaktionen des Staates. Wie schon erwähnt, handeln liberal orientierte Akteure nach rationalen Kosten-Nutzen-Erwägungen, und wenn sie der Ansicht sind, daß sich gewisse Kostenaufkommen in Relation zur eigenen Wohlfahrt nicht rechnen, so nehmen sie

---

<sup>204</sup> Moravcsik 1997:519f.

<sup>205</sup> Siehe dazu Rosecrance 1986.

<sup>206</sup> Siehe Risse-Kappen 1995a:5.

<sup>207</sup> Rittberger/Schimmelfennig 1997a:10.

davon Abstand. Eine im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik geforderte Erhöhung des militärischen Aufkommens beispielsweise kann so nicht im Sinne der mehrheitsfähigen politikbestimmenden Akteure sein, da diese Maßnahme nicht dem Ziel der wirtschaftlichen Gewinnmaximierung des Staates dienlich ist. Insofern ist der Staat darauf bedacht, solche Kosten sozusagen als notwendiges Übel im Sinne der Lastenteilung so weit wie möglich mit anderen Staaten aufzuteilen.

Nachdem nun ein Einblick in die Interessenorientierung der Akteure im liberalen Ansatz zugrunde gelegt wurde, soll darauf aufbauend nachstehende Überlegungen aus liberaler Perspektive die Handlungsdisposition der relevanten staatlichen und gesellschaftlichen Akteure beleuchtet werden.

### **5.3 Wohlfahrtspolitik als abhängige Variable**

Eine generelle begriffliche Definition für die Ausprägung der abhängigen Variable gestaltet sich nach den Ausführungen über die Interessen der Akteure als relativ diffizil. Im Grunde gibt es diese nicht, da die Interessen der Akteure variabel sind und dementsprechend auch das hier zur Debatte stehende Außenpolitikverhalten veränderbar ist. Prinzipiell kann man festhalten, daß die abhängige Variable ein Politikverhalten darstellt, das in Prozessen entsteht, von nutzenmaximierenden Überlegungen getragen wird. Dem geht natürlich, wie oben ausgeführt, eine Auswahl der durchsetzungsfähigen Akteure voraus, die das Politikverhalten schlußendlich bestimmen.

Aber auch hier gilt wie zuvor bei der Bestimmung der abhängigen Variable im Neorealismus, daß für eine testbare Außenpolitiktheorie eine eindeutige Verhaltensdisposition angegeben werden muß, um eine konkrete Hypothese bilden zu können. Für den liberalen Ansatz ist also nun eine exakte Definition der abhängigen Variable notwendig, wobei diese, wie eingangs des Kapitels schon erwähnt, nicht so klar und eindeutig zu bestimmen ist, wie in den beiden neorealistischen Varianten davor.

Aufgrund der bisherigen Erkenntnisse aus Kapitel 5.2.3 ist zu schließen, daß das Politikverhalten der Akteure generell durch wohlfahrtsmaximierende Politik gekennzeichnet werden kann und diese wiederum durch die Strategie der politischen Interdependenz am besten erreicht wird, da durch wirtschaftlichen Austausch eine absolute Gewinn- bzw. Wohlfahrtsmaximierung zu erwarten ist. Mit anderen Worten:

*„Commercial liberals argue that the more diversified and complex the existing transnational commercial ties and production structures, the less cost-*



*effective coercion (for example, war and embargoes, Anm. d. Verf.) is likely to be.*"<sup>208</sup>

Demzufolge kann ein außenpolitisches Verhalten im Sinne einer unilateralen Politik nicht im Interesse der innenpolitischen Akteure sein. Ein autonomieorientiertes Politikverhalten hätte eine Zerrüttung der komplexen internationalen Handelsnetzwerke zur Folge. Diese ‚Unterbrechung‘ von effizienten Wirtschaftsmärkten würde somit dem Ziel der Akteure, ihre Wohlfahrt zu steigern widersprechen. Vor allem mit Blick auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik eines Staates ist ein autonome Politik nicht zu verfolgen, da eine Veränderung hin zu einer von anderen Staaten unabhängigen Sicherheits- und Verteidigungsoption immense zusätzliche Kosten im Bereich der Rüstung verursachen würde. Diese Veränderung des verfolgten ‚burden-sharing‘-Prinzips ist aus liberaler Sicht den relevanten Politikakteuren nicht zu vermitteln, da es sich hier um Ausgaben handelt, die nicht im Verhältnis zum ökonomischen Nutzen sind.

Dem liberalen *domestic politics*-Ansatz liegt also eine kosten-nutzen-rationalen Perspektive zugrunde, die ein derartiges auf Unilateralität ausgerichtetes Verhalten im Grunde genommen ausschließt und welche die Schlußfolgerung zuläßt, daß die Akteure im Bereich der Außenpolitik ihren Interessen am effektivsten *innerhalb* einer Sicherheits- und Verteidigungsinstitution nachgehen können. Es wird also mit Hilfe der Variante des Handelsstaates von Rosecrance argumentiert, daß sich aus liberaler Sicht keine durchsetzungsfähige Akteurskonstellation formieren wird, die sich für eine eigenständige Verteidigungskonzeption aussprechen<sup>209</sup> oder gar ihre Strategie der internationalen Verflechtung sowohl im wirtschaftlichen als auch im sicherheitspolitischen Bereich aufgeben würde.

Was auf der anderen Seite aber nicht bedeutet, daß es keine maßgeblichen innenpolitischen Kräfte geben kann, die in *den* Fällen, in denen der langfristige ökonomische Nutzengewinn des Staates größer ist als die dadurch entstehenden Kosten, ein machtpolitisches Verhalten im Sinne einer einflußmaximierenden Politik innerhalb der Institution befürworten, um ihrem Ziel der Wohlfahrtoptimierung nachzukommen. Gerade durch das Ende der Ost-West-Konfrontation eröffnet sich für die Akteure gewissermaßen ein ‚window of opportunity‘, welches den Staaten eine ‚Angleichung‘ der bislang unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systeme erlaubte. Dieser Wandel der MOE-Staaten hin zu einer kapitalistischen Wirtschaft ermöglicht den ge-

---

<sup>208</sup> Moravcsik 1997:530.

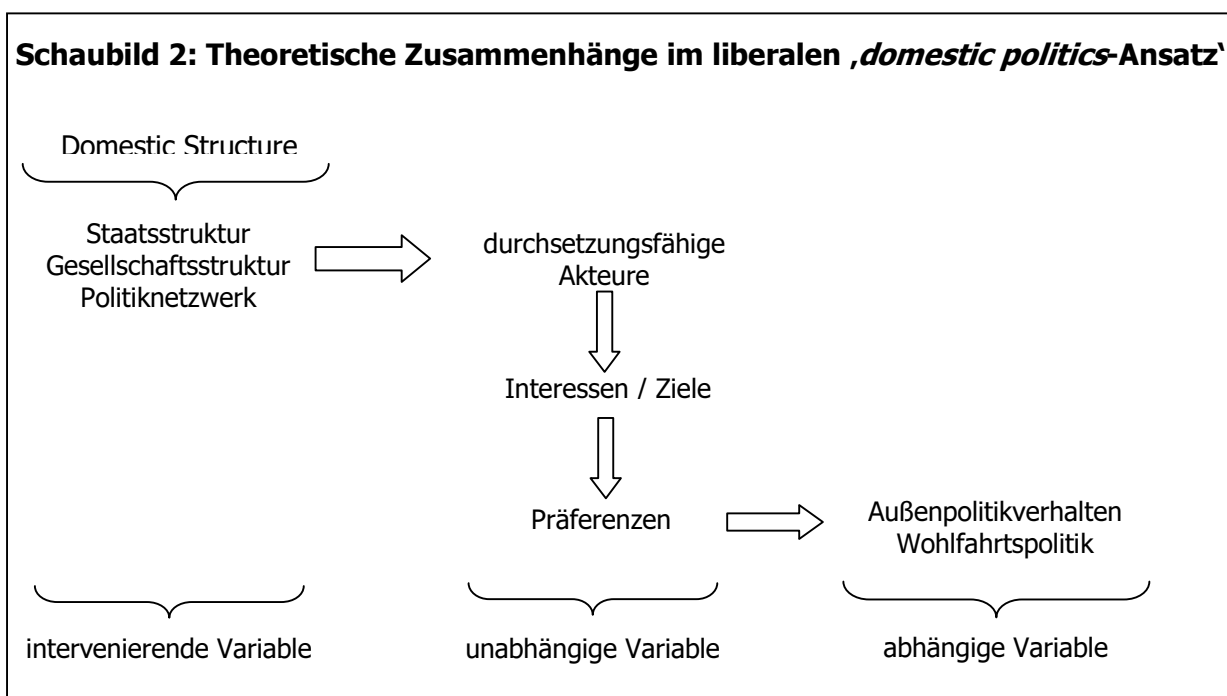
<sup>209</sup> Siehe auch Rittberger/Schimmelfennig 1997b:12 (Webedition).

samtgesellschaftlichen Akteuren, ihrem Ziel der Wohlfahrtsmaximierung ein Stück näher zu kommen, da der Handel mit den Nachbarländern in Mittel- und Osteuropa nun ein Handel unter Partnern darstellt. Gefestigte Wirtschaftsbeziehungen setzten aber auch sichere und stabile Verhältnisse voraus, deshalb ist es für die durchsetzungsfähigen Akteure rational, in einer sicherheitspolitischen Institution wie der NATO ihre Interessen bestmöglich, sprich wohlfahrtsoptimierend<sup>210</sup> durchzusetzen.

Es wird demzufolge angenommen, daß es im Interesse der maßgeblichen staatlichen und gesellschaftlichen Akteure der BRD liegt, im Rahmen der ohnehin multilateral orientierten Politik nach der Wiedervereinigung mehr Einfluß innerhalb einer Institution anzustreben, vorausgesetzt, das Verhältnis gesamtgesellschaftlicher Ertrag zu gesamtgesellschaftlichen Kosten stimmt.

Insgesamt wird also ein unilaterales Politikverhalten im liberalen *domestic politics*-Ansatz verworfen und ein multilateral orientiertes wohlfahrtsmaximierendes Verhalten von den durchsetzungsfähigen innenpolitischen Akteuren prognostiziert.

Bevor diese Zusammenhänge im Kapitel 5.4 als allgemeine Hypothesen formuliert werden, soll zum Abschluß dieses Theorieteils das nachfolgende Schaubild die Zusammenhänge des liberalen Ansatzes nochmals verdeutlicht werden.



Quelle: eigene Darstellung

<sup>210</sup> Um Verwirrungen bezüglich des einflußmaximierenden Verhaltens im modifizierten Neorealismus zu vermeiden, wird im folgenden für den liberalen *domestic politics*-Ansatz der Begriff ‚Wohlfahrtsmaximierung‘ in Institutionen verwendet.

## 5.4 Hypothese für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik

Nachdem die unabhängigen Variablen als Kontrollvariablen und die abhängige Variable aus liberaler Sicht erläutert wurden, sollen nun auch für diesen Ansatz allgemeine Hypothesen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik aufgestellt werden. Bei der Überprüfung dieser Hypothesen, die innerhalb der Testfälle noch spezifiziert werden, geht es um die zu Beginn der Arbeit als zweite Leitfrage gestellte Problematik, welche Faktoren die entscheidende Rolle bei der Erklärung des deutschen Außenpolitikverhaltens spielen. Es soll geklärt werden, was das dahinterstehende Kalkül der maßgeblichen deutschen Kräfte für die jeweils zugrundeliegenden Verhaltensweisen war und ob der liberale Ansatz dementsprechend zu anderen Aussagen kommt als der modifizierten Neorealismus.

### **Hypothesen aus Sicht des liberalen *domestic politics*- Ansatzes**

- a) *Wenn sich die Zusammensetzung der durchsetzungsfähigen Akteure Deutschlands und/oder ihre Präferenzen nach der Wiedervereinigung gewandelt haben, so wird sich auch das außenpolitische Verhalten der BRD ändern.*
- b) *Die durchsetzungsfähigen Akteure werden, gemäß ihren wohlfahrtsoptimierenden Interessen, Präferenzen für eine multilateral orientierte Einflußpolitik zeigen und sich dementsprechend verhalten.*

## 6 Welche Faktoren sind ausschlaggebend für das deutsche Außenpolitikverhalten?

### 6.1 Test der unabhängigen Variable im liberalen *domestic politics*-Ansatz

#### 6.1.1 Interessenvermittlungsstrukturen in der BRD

In diesem Unterkapitel soll zunächst die Staatsstruktur der BRD dargestellt werden, um daraus folgernd Aussagen über die Akteure im Politikfeld Außen- und Sicherheitspolitik zu treffen.

Das *staatliche System* der Bundesrepublik ist durch das Funktionsprinzip des Föderalismus gekennzeichnet. Die horizontale Gewaltenteilung im Regierungssystem wird durch eine effektive vertikale Gewaltenteilung zwischen Bund und Ländern ergänzt. Letzteres wird in Deutschland als funktionaler Föderalismus bezeichnet, da Bund und Länder zur Erfüllung staatlicher Funktionen aufeinander bezogen sind, wobei den Ländern eher die exekutive Rolle zukommt und die politische Entscheidung primär auf Bundesebene liegt. Dort haben die Länder aber ein substantielles Mitwirkungsrecht durch den Bundesrat. Was die Implementierung der getroffenen Entscheidungen angeht, so ist diese meist der Länderebene zugeordnet.<sup>211</sup> Die überwiegende Anzahl der zustimmungsbedürftigen Gesetze durch den Bundesrat ist ein herausragendes Indiz für den föderalen Charakter der Bundesrepublik. Die Länder können folglich im staatlichen Gesetzgebungsprozeß tragende Mitwirkungsrechte ausüben. Da die Opposition in der jetzigen Legislaturperiode im Bundesrat die Mehrheit stellt, kann diese ein wirksames Gegengewicht zur Bundesregierung und zum Bundestag bilden. Grundsätzlich kann man von einem kontinuierlichen Aushandlungsprozeß zwischen den Akteuren auf Bundes- und Landesebene sprechen.<sup>212</sup> Scharpf kennzeichnet diese Art von Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern als ‚Politikverflechtung‘<sup>213</sup>, welche die Dezentralisierung von Macht beinhaltet. Bund und Länder werden somit zum gemeinsamen Handeln verpflichtet.

*„Dem Föderalismus liegt implizit zugrunde, daß die Nation nicht die alleinige Legitimationsgrundlage staatlicher Autorität ist, sondern das ‚subnationale‘ politische Einheiten mit Staatscharakter im Nationalstaat vorstellbar sind.“<sup>214</sup>*

---

<sup>211</sup> Rudzio 1993:78f.

<sup>212</sup> Sauder 1995:368.

<sup>213</sup> Scharpf 1985.

<sup>214</sup> Sauder 1995:371.

Es ist also in einem ersten Schritt der Analyse des politischen Systems der BRD zu erkennen, daß die Struktur keine zentralistische ist, sondern im vertikalen Schnitt diverse staatliche Akteure das Handeln bestimmen können.

Die horizontale Gewaltenteilung hat ebenso zum Ziel, Machtkonzentration und Machtmißbrauch in der BRD auszuschließen. Das einzige demokratisch legitimierte Verfassungsorgan ist der Bundestag, der eine verhältnismäßig starke Stellung gegenüber der exekutiven Gewalt besitzt, was sich vor allem in der Gesetzgebungskompetenz und den Kontrollrechten gegenüber der Exekutive ausdrückt.<sup>215</sup> Aber die Konfrontation von Bundesregierung und Parlament ist mehr theoretischer Natur, da die Regierung ja durch die Mehrheitsparteien im Bundestag zustande kommt und die parlamentarische Kontrolle sich weitestgehend nur auf die Oppositionsfraktionen beschränkt.<sup>216</sup> Die Opposition ist zur Ausübung vieler parlamentarischer Kontrollrechte zu schwach, da diese eine Mehrheit im Bundestag voraussetzen.

Zur exekutiven Gewalt, also der Bundesregierung, heißt es im Grundgesetz knapp, daß diese aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern besteht.<sup>217</sup> Hier wird ein kollegiales Kabinettsprinzip erkennbar, da das Grundgesetz vorschreibt, daß die Bundesregierung bei der Gesetzgebung und vor dem Bundesverfassungsgericht nur als Kollektiv tätig werden kann. Allerdings existiert in bezug auf die Kompetenzverteilung zwischen Bundeskanzler und seinen Ministern keine eindeutige Formulierung. Neben dem Kanzlerprinzip (‚der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung‘) steht das Ressortprinzip (‚jeder Bundesminister leitet seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung‘)<sup>218</sup>. Die Interpretation der ‚Richtlinienkompetenz‘ bleibt darüber hinaus ohne weitere Präzisierungen recht undeutlich. Hesse/Ellwein deuten diese in Richtung einer „Führungsbefugnis, nach der der Bundeskanzler in allen Zweifelsfällen seine Vorstellungen durchsetzen können muß“.<sup>219</sup>

Grundsätzlich kann man jedoch von einer Machtdezentralisierung der Exekutive sprechen, da der Bundeskanzler zu einer durchsetzungsfähigen Politik stets den Rückhalt der jeweils zuständigen Ressortchefs benötigt, um bei der Rechtfertigung seiner Entscheidungen gegenüber dem Parlament eine starke Position beziehen zu können. Dies

---

<sup>215</sup> Rudzio 1993:66.

<sup>216</sup> Rudzio 1993:67.

<sup>217</sup> Siehe Artikel 62 GG.

<sup>218</sup> Siehe Artikel 65 GG.

<sup>219</sup> Hesse/Ellwein 1992a:279.

gilt vor allem in einer Koalitionsregierung. Aber die eigentliche informelle Machtverteilung innerhalb der Regierung kann nicht allein aus dem Grundgesetz der BRD abgelesen werden, sondern wird infolge des Interpretationsspielraums der Verfassung hauptsächlich auch von der Persönlichkeit des Kanzlers und den parteipolitischen Kräfteverhältnissen mitbestimmt. In den meist vorliegenden Koalitionsregierungen sind die regierenden Parteien darauf angewiesen, konsensbildend zu agieren. Die jeweiligen parteipolitische Meinungen und Standpunkte sind somit ausschlaggebend für die eingeschlagene Politikrichtung beider Gewalten. Es sind im Endeffekt die Bundestagsfraktionen, welche gemäß ihrer Stärke die entsprechenden Ausschüsse bilden.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß das staatliche System der BRD den Charakter einer dezentralen, aber eng verflochtenen Struktur annimmt und durch die „Tendenz einer Fesselung politischer Macht gekennzeichnet ist“<sup>220</sup>. Bedingt durch die vertikale und horizontale Gewaltenteilung ist eine verfassungsmäßige Machtdezentralisierung gesichert. Aber trotz der gleichgewichtigen horizontalen Beziehung zwischen Exekutive und Legislative ist die Ausfüllung des Verfassungsrahmens durch die informellen Verflechtungen zwischen Parlamentsmehrheit und Regierung bedeutsamer. Durch ihre quasi politische Einheit entsteht eine verringerte Autonomie des Parlaments, was einen deutlicher Einflußgewinn auf Seiten der Regierung bedeutet, welche vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik, wie im folgenden Unterkapitel zu sehen sein wird, eine sehr herausragende Stellung einnehmen kann. Risse-Kappen bezeichnet diese Art der bundesrepublikanischen Struktur sogar als ‚intermediate level of centralization‘.<sup>221</sup> Diese staatliche Struktur hat sich seit der Wiedervereinigung m.E. nicht sichtbar verändert. Vor allem die Koalitionsregierungen der politischen Mitte tragen wesentlich zur Stabilität des Systems bei. Ebenso führt die Politikverflechtung des Systems tendenziell zu einer Beständigkeit der staatlichen Struktur.

In diesem föderalen komplexen Gefüge ergeben sich nun für die *gesellschaftlichen Akteure* sehr gute Angriffsmöglichkeiten, um ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Grundsätzlich kann man in der BRD von einer starken Interessenrepräsentanz sprechen. Gut organisierte, meist überlokal agierende Interessenverbände bemühen sich, das Parlament durch gezielte Information und Kontaktpflege zu beeinflussen, wobei

---

<sup>220</sup> Katzenstein 1991:69.

die Wirtschafts- und Arbeitsinteressen durch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften besonders intensiv vertreten sind. Wichtiger noch als der Kontakt zum Parlament erscheint der Zugang zu Regierung und Ministerien, um in einem frühen Stadium die Argumentation in die gewünschte Richtung zu lenken. Auch andere Formen der Interessenorganisation wie Bürgerinitiativen, politisch-soziale Bewegungen und Kirchen können sich Zugang zum politischen Prozeß verschaffen. Die gesellschaftliche Struktur in Deutschland zeichnet sich durch vergleichsweise gut organisierte Organisationen mit hohem Partizipationsgrad aus, die aber durchaus heterogen in ihrer Zielsetzung sein können.

Wie sehen nun die *Koalitionsbildungsprozesse zwischen Staat und Gesellschaft* aus? Hier kann festgestellt werden, daß sich neben dem eben beschriebenen Phänomen eines gesellschaftlichen ‚Pluralismus‘, der auch in Art. 9 GG verankert ist, noch eine andere Besonderheit im deutschen Politiknetzwerk findet: Vertreter der gesellschaftlichen Institutionen werden in den öffentlich-staatlichen Bereich selbst miteinbezogen und gestalten dessen Entscheidungen aktiv mit. Diese demokratisch-korporatistische Struktur deutet darauf hin, daß permanenter, oft druckvoller gesellschaftlicher Interesseneinfluß auf staatliche Akteure ausgeübt wird. Die hat zur Folge, daß die staatlichen Akteure einerseits einen sehr guten Informationsfluß quasi institutionalisieren können, sich aber andererseits auch in einem *bargaining*-Prozeß wiederfinden, in dem es gilt, sich mit dem privaten Sektor auf Kompromisse zu einigen. Unterm Strich weisen die Politikentscheidungen häufig eine ‚*middle-of-the-road-policy*‘-Modell auf, in welchem nicht nur die politischen Parteien die staatlichen Institutionen durchdringen, sondern auch die Verbindung zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren bestimmend ist, wenn es darum geht, einen Interessenausgleich zu formulieren. Hier kann ein Zusammenhang zwischen innenpolitischer Betonung auf Konsensbildung und dem außenpolitischen Verhalten festgestellt werden.

Abschließend läßt sich somit resümieren, daß in der bundesrepublikanischen Interessenvermittlungsstruktur ein formal dezentraler Staat auf eine relativ zentralisierte, gut organisierte Gesellschaft trifft, die gemeinsam ein Politiknetzwerk bilden, welches demokratische Aushandlungsprozesse aufweist. Dies wird sowohl durch das deutsche Parteiensystem mit den beiden Großparteien CDU/CSU und SPD belegt, die als sog-

---

<sup>221</sup> Risse-Kappen 1991:492.

nannte ‚catchall organizations‘ auch abweichende gesellschaftliche Forderungen vereinigen können, als auch durch die korporatistischen Verbänden, die als Foren für *bargaining*-Prozesse dienen und versuchen, einen konsensbildenden Interessenausgleich zwischen konfligierenden Zielen zu schaffen. Diese Konstellation trägt wiederum dazu bei, daß das gesellschaftliche System im wesentlichen stabil bleibt und kaum abruptem Wandel unterliegt. Die bereits oben erwähnte dezentrale stabile Disposition des staatlichen Gefüges und der ebenso beständige Charakter der gesellschaftlichen Kräfte lassen darauf schließen, daß keine grundlegende Veränderung der Interessenvermittlungsstruktur der BRD seit der Wiedervereinigung festzustellen ist. Alles in allem scheint es einsichtig, daß auch nach 1990 von einer unveränderten *domestic structure*, in der hier behandelten Konzeption von Risse-Kappen, gesprochen werden kann.

Aus dieser Struktur sollen nun auf induktive Art und Weise die für den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, speziell der NATO-Politik, relevanten durchsetzungsfähigen gesellschaftlichen und staatlichen Akteure herausgefiltert und deren Interessen beleuchtet werden.

### **6.1.2 Maßgebliche Akteure im Politikbereich Außenpolitik in der NATO**

Was die *staatlichen Akteure* betrifft, so hat politische Praxis gezeigt, daß der exekutive Zweig des Regierungssystems eine Vorrangstellung in der Formulierung der Außenpolitik hat.

*„[...] the conduct of foreign policy is the responsibility of the government, not the responsibility of parliament. [...] parliament should exercise some control on the government but cannot substitute for the chancellor in these matters.“<sup>222</sup>*

Auch Karl/Krause stellen ein Übergewicht der Regierung in diesem Bereich fest, was sich nicht zuletzt auch dadurch bemerkbar macht, daß sich organisierte gesellschaftliche Interessen bei ihrer Einflußnahme auf außenpolitische Fragen fast ausschließlich an die Bundesexekutive wenden und selten an den Bundestag oder Bundesrat.<sup>223</sup> Vor allem die Rolle des Bundeskanzlers ist eine herausragende im außenpolitischen Feld. Mit Unterstützung seines Regierungsapparats (Kanzleramt, Ministerien, Presse- und Informationsamt) sind ihm von vornherein bestmögliche Informationsquellen gegeben, die zusammen mit dem gewohnt vertraulichen Charakter der Diplomatie dem

---

<sup>222</sup> Schmid 1979 zitiert nach Pfetsch 1988:12.



amtierenden Regierungschef Kohl ausgedehnte Handlungsmöglichkeiten eröffnen und seine Position bei der Bestimmung der Richtlinien der Politik stärken. Die für die NATO-Politik im wesentlichen zuständigen Akteure im Kabinett sind die Ressortchefs des Bundesministeriums für Auswärtiges und des Bundesverteidigungsministeriums.<sup>224</sup> Hier ist nun allerdings eine bedeutungsvolle Veränderung in der Akteurskonstellation eingetreten. Das Außenministerium wurde bis kurze Zeit nach der Wiedervereinigung von Außenminister Genscher geführt. Sein außenpolitischer Stil prägte sowohl die SPD- als auch die ab 1982 CDU-geführte Regierung vornehmlich.<sup>225</sup> Im Frühjahr 1992 trat dann der amtierende Außenminister Kinkel dieses Ressort an, gleichzeitig gab es auch durch den Wechsel von Stoltenberg zu Rühle eine grundlegende Veränderung im Verteidigungsministerium. Zu den beiden neuen Ministern bemerkt Schlör:

*„Foreign Minister Klaus Kinkel and Defence Minister Volker Rühle [...] are the first officials in these positions whose political lives have not been shaped by the immediate post-war experience. Thus, these appointments signal a generation change in German security policy-making.“*<sup>226</sup>

Diese Veränderungen werden sich, so vermutet Schlör, auch in den Machtverhältnissen zwischen Bundeskanzler und den neuen Ministern, bzw. den Ministern untereinander niederschlagen. Diese Zusammenhänge gilt es konkret im Testfall zu erläutern. In Bezug auf den Bundestag ist im Bereich der NATO-Politik im Grunde nur die Kontrollfunktion durch die Oppositionsfraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen und die PDS ausschlaggebend. Die Gesetzgebungsfunktion ist in der Außenpolitik von geringer Relevanz, da sie sich auf formelle Gesetzgebungsakte wie die Zustimmung zu völkerrechtlichen Verträgen (Art. 59 GG) und Entscheidungen über Krieg und Frieden (Art. 115 GG) beschränkt. Ebenso wenig besitzt der Bundestag in der Außenpolitik ein weiterreichendes Initiativrecht.<sup>227</sup> Außenpolitische Entscheidungen können so lediglich in den zuständigen Ausschüssen des Bundestags (Auswärtiger Ausschuss und Verteidigungsausschuss, auch Haushaltsausschuss) beeinflusst werden, welche aber mehrheit-

---

<sup>223</sup> Karl/Krause 1978:79f.

<sup>224</sup> Es soll an dieser Stelle auch auf die Einrichtung des Bundessicherheitsrats (BSR) hingewiesen werden. Der BSR ist ein Kabinettausschuss der Bundesregierung, der unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers mit den Bundesministern des Auswärtigen, der Verteidigung, des Innern, der Justiz, der Finanzen und für Wirtschaft zusammentritt. Andere Bundesminister werden bei Bedarf hinzugezogen. Er berät insbesondere in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und koordiniert die Arbeit der Bundesressorts im militärischen und zivilen Teilbereich der Verteidigung. Die positiven Erfahrungen enger Zusammenarbeit zwischen Auswärtigem Amt und Verteidigungsministerium lassen aber schlußfolgern, daß die Bedeutung des Rates in sicherheitspolitischen Fragen gegenüber dem praktisch bewährten ‚Tandem-Modell‘ geringfügig ist und so der BSR ‚nur‘ in seiner Aufgabe als Kontrollgremium für Rüstungsexporte eine wichtige Rolle spielt.

<sup>225</sup> Vgl. Schlör 1993:8.

<sup>226</sup> Schlör 1993:9.

lich von den Regierungsparteien besetzt sind. Zwar hat die Opposition im Bundestag durchaus diverse Möglichkeiten, sich diskursiv mit den Regierungsparteien über die NATO-Politik auseinanderzusetzen, beispielsweise durch Kleine und Große Anfragen, aber mehr als eine Richtungskontrolle gegenüber den Regierenden ist für die Opposition in der Regel nicht zu erwarten.

Auch die Mitwirkungsmöglichkeit der Ländervertretung in der NATO-Politik ist sehr eingeschränkt. Abgesehen von der oben genannten Gesetzgebungsfunktion entzieht sich der größte Teil der auswärtigen Angelegenheiten der direkten Einwirkung des Bundesrats.<sup>228</sup> Die Bundesregierung ist lediglich angehalten, den Bundesrat regelmäßig über ihre Außenpolitik zu informieren.

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß sich die durchsetzungsfähigen *staatlichen Akteure* in der zu betrachteten NATO-Politik im wesentlichen auf die Exekutive, d.h. Bundeskanzler und zuständige Bundesminister beschränken. Gerade in diesem ‚Kernstück‘ der Außenpolitikgestaltung wurden kurze Zeit nach der Wiedervereinigung Veränderungen in der personellen Zusammensetzung vorgenommen, die Folgen für das Außenpolitikverhalten haben können. Diese sind in der Fallanalyse ‚NATO-Osterweiterungsdebatte‘ zu beachten. Generell ist die Konzentration exekutiver Autorität in der Außenpolitik relativ hoch, wobei aber eben auch etwaige Interessenunterschiede im Kabinett berücksichtigt werden müssen. In der Regel jedoch werden keine allzu großen Divergenzen erwartet, da die Exekutive erfahrungsgemäß ihre Koalitionsmehrheit dauerhaft sichern will.

Auf Seiten der durchsetzungsfähigen *gesellschaftlichen Akteure* sind vor allem die Akteure aus der Wirtschaft zu nennen. Zum einen auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie soweit diese die NATO-Politik berührt, welche sich sowohl Zugang als auch Einfluß beim Verteidigungsministerium verschafft, um ihre Interessen gewinnbringend durchsetzen zu können. Hier ist vor allem ihre Position gegenüber der NATO-Osterweiterung miteinzubeziehen. Dieser Bereich beschränkt sich aber auf den rüstungspolitischen Teil und nimmt keineswegs Einfluß auf die NATO-Politik im Ganzen. Zum anderen sind die Akteure im Bereich des wirtschaftlichen Handels mit den mittel- und osteuropäischen Staaten im Zusammenhang mit der NATO-Osterweiterung von Bedeutung. Diese versuchen ebenfalls, über das Wirtschaftsministerium Einfluß geltend

---

<sup>227</sup> Karl/Krause 1978:59.

zu machen, da die politischen Entscheidungen bezüglich der Osterweiterung eine nicht unerhebliche Wirkung auf die Schwerpunktsetzung der deutschen Wirtschaft haben. Aus der Perspektive der politisch-sozialen Bewegungen haben vor allem Friedensgruppen Bezug zur NATO-Politik und versuchen, Parteien und die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Diese Gruppierungen haben allerdings nur indirekt Zugang zum politischen Geschehen, indem sie auf die Politikformulierung vor allem der Parteien Bündnis90/Die Grünen einzuwirken versuchen. Insofern kann man vermuten, daß diese Bewegungen nicht zu den maßgeblichen Akteuren in der NATO-Politik zählen werden. Im Hinblick auf die öffentliche Meinung als wichtiger Akteur selbst gehen die Ansichten der Wissenschaftler auseinander. Die relativ extreme Haltung, herrührend aus dem Almond/Lippmann-Konsensus<sup>229</sup>, daß die öffentliche Meinung keinerlei Einfluß auf das außenpolitische Geschehen hat, ist aus einem liberalen Blickwinkel in der Form nicht aufrechtzuerhalten, wie beispielsweise auch die Untersuchungen von Risse-Kappen belegen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die öffentliche Meinung zwar nicht unmittelbar, aber durchaus auf indirektem Wege auf politische Eliten Wirkung erzielen kann.<sup>230</sup> Die öffentliche Meinung ebenso wie die Friedensbewegungen gestalten einen Grundtenor in der Gesellschaft und somit besteht Grund zur Annahme, daß staatliche Akteure in ihrer Entscheidungsfindung Rücksicht auf die Einstellungen der Öffentlichkeit nehmen müssen, da die staatlichen Kräfte ihre Legitimation durch die Bevölkerung erhalten und an (Wieder-)Wahl interessiert sind. Generell aber, und hier schließe ich mich der Auffassung von Krause an, finden die Diskussionen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik in internationalen Gremien statt und sind so meist auf Expertenzirkel beschränkt.<sup>231</sup> Gerade im Bereich der NATO-Politik scheinen die in Unterkapitel 6.1.1 dargestellten korporatistischen Strukturen weniger zu greifen, weil sich Angriffspunkte für gesellschaftliche Kräfte bezüglich wesentlicher politischer Entscheidungen auf internationaler Ebene in Grenzen halten.<sup>232</sup> Dieses gesellschaftliche Bild hat sich, wie schon in Kapitel 5.2.2 des Theorieteils angedeutet, seit der Wiedervereinigung Deutschlands nicht grundlegend verändert.

---

<sup>228</sup> Schwarz 1975:131.

<sup>229</sup> Diese Position ist eher dem Lager der Realisten zuzuordnen: Almond 1956 und Lippmann 1922.

<sup>230</sup> Risse-Kappen 1991.

<sup>231</sup> Krause 1996:77.

<sup>232</sup> An dieser Stelle soll aber auch auf die Diskussion über den möglichen Einfluß von transnationalen und transgouvernementalen Akteuren hingewiesen werden, deren Erörterung jedoch den hier vorgesehenen Rahmen sprengen würde (u.a. Putnam 1988, Moravcsik 1993, v.a. Risse-Kappen 1995).

Zusammenfassend kann man also für den Bereich NATO-Politik festhalten, daß bei den *staatlichen Akteuren* vor allem die Exekutive, sprich Bundeskanzler und Bundesaußenminister die primäre Durchsetzungsfähigkeit besitzen und ihre politischen Interessen gegenüber der Opposition und den gesellschaftlichen Kräften auch weitestgehend autonom gestalten können, wobei hier den zwei wesentlichen Veränderungen des AA und des BMVg in personeller Hinsicht Rechnung zu tragen ist. Die direkten gesellschaftlichen Einwirkungsmöglichkeiten auf der anderen Seite sind, wenn überhaupt (siehe die Friedensorganisationen und auch die öffentliche Meinung), nur bedingt (siehe die wirtschaftlichen Interessengruppen) durchführbar.

*„Parlament, Opposition und Öffentlichkeit erfahren im wesentlichen durch Regierungserklärungen und in Debatte über den Haushalt, wie die Regierung Sicherheits- und Verteidigungspolitik gestalten möchte.“<sup>233</sup>*

Nachdem also die durchsetzungsfähigen Akteure eruiert wurden, geht der liberale *domestic politics*-Ansatz davon aus, daß sich die BRD gemäß den Interessen der oben genannten Kräfte verhält, entsprechend den in Kapitel 5.4 generierten Hypothesen, was nun erörtert werden soll.

## **6.2 Ist das außenpolitische Verhalten der BRD in der NATO von subsystemischen Faktoren bestimmt?**

Im Mittelpunkt des Interesses steht nun die zweite Leitfrage: Welche Faktoren bestimmen das außenpolitische Verhalten der BRD? Es gilt also zu analysieren, ob nicht - ausgehend vom liberalen *domestic politics*-Ansatz - subsystemische Faktoren das außenpolitische Verhalten der deutschen Akteure bestimmen. Herangezogen wird ein durch den einflußmaximierenden Neorealismus bestätigter Testfall, der nun aus Sicht der liberalen Argumentation analysiert wird. Wegen der größeren politischen Brisanz und der dementsprechend breiteren gesamtgesellschaftlichen Debatte wurde der Fall ‚Die Osterweiterungsdebatte in der Allianz‘ gewählt, um die Hypothese aus dem liberalen *domestic politics*-Ansatz zu hinterfragen. Gegenstand der nachfolgenden Untersuchung ist also die Frage, ob sich ein nach liberalen Annahmen wohlfahrtsmaximierendes Verhalten Deutschlands in der NATO-Politik zeigt oder nicht.

Das in Kapitel 4.2 angewandte Schema zur Überprüfung der liberalen Prognose wird größtenteils beibehalten. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird allerdings auf eine ausführliche Falldarstellung verzichtet.

---

<sup>233</sup> Volbracht 1997:61.

## 6.2.1 Testfall: Die Debatte um die Osterweiterung der Allianz und das Verhalten der BRD

### 6.2.1.1 Prognose des liberalen *domestic politics*-Ansatzes

Für die Bundesrepublik stellt sich nach 1990 die Frage, ob sie gemäß ihrer Interessen nunmehr vermehrten Einfluß auf die NATO-Osterweiterungsdebatte nehmen wird oder ob ihr Politikverhalten gegenüber den tonangebenden Staaten wie den USA, aber auch Großbritannien und Frankreich die Richtungsweisung überläßt. Aus liberaler Sichtweise ist zu überprüfen, wie sich die Präferenzen der maßgeblichen Akteure gegenüber der NATO-Öffnung darstellen. Die übergeordneten Interessen der innenpolitischen Kräfte können nach wie vor mit den Stichworten Wohlfahrts- und Sicherheitsmaximierung bei gleichzeitiger Kostenminimierung festgelegt werden. Die Akteure streben nach absoluten Gewinnen und sind demzufolge grundsätzlich dem Ausbau gegenseitiger Abhängigkeiten nicht abgeneigt. Durch den Wegfall der Blockkonfrontation entstehen für die maßgeblichen deutschen Kräfte nach 1990 die Möglichkeit, ihre wohlfahrtsmaximierenden Interessen durch einen verstärkten Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den Nachbarn im Osten nachzukommen.<sup>234</sup> Mit dem politischen Einsatz für eine NATO-Osterweiterung um die Visegrád-Staaten kommt der Staat seinerseits seinen Zielen einer freien Welthandelsgesellschaft ein Stück näher, da die jungen Demokratien durch Aufnahme in diese westliche Institution stabilisiert werden. Folglich wird mit dieser Strategie vermieden, daß politische und wirtschaftliche Instabilitäten nach Deutschland verlagert werden, was sich wiederum negativ auf die Sicherheit und Wohlfahrt des Landes auswirken könnte. Und anders herum wird somit ebenso erreicht, daß sich in einem ‚friedlichen‘ stabilen Umfeld im Osten die Handelsinteressen besser durchsetzen lassen. Auch wenn die Aufnahme in die NATO unter ökonomischen Gesichtspunkten natürlich nicht die Wirkung erzielt wie ein Zugang zur EU, so hat die Öffnung der atlantischen Allianz dennoch stabilisierende Wirkung aus Sicht der durchsetzungsfähigen Akteure. Damit verbunden ist das Kalkül der gesamtgesellschaftlichen Kräfte, durch die Interdependenz der westlichen und östlichen Staaten eine friedensfördernde Wirkung zu erzielen. Alles in allem ist es für

---

<sup>234</sup> Vor 1990 waren die Handlungsmöglichkeiten der BRD im sicherheits- und wirtschaftspolitischen Bereich gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten sehr gering. Trotz der immensen Fortschritte in den ‚Ost-Beziehungen‘ durch die Ostpolitik Brandts/Bahr, die schon 1969 eine Konvergenz der Gesellschaftssysteme von Ost und West bewirken wollten, konnten die deutschen Akteure nur bedingt Einfluß auf die alliierten Mächte nehmen, um ihre eigenen Interessen durchsetzen zu können (vgl. hierzu Woyke 1993:662ff.). Insgesamt war also die Außenpolitik der BRD durch Passivität geprägt und eigene Interessen wurden nur sehr zurückhaltend formuliert. (Vgl. dazu S.1).

die maßgeblichen innenpolitischen Akteure unter rationalen Gesichtspunkten von Vorteil, eine NATO-Osterweiterung erstens zu befürworten und sich zweitens auch durch verstärkte Einflußnahme dafür einzusetzen, da sich ihre Gewinnchancen absolut gesehen mit einem Beitritt der ‚östlichen Nachbarn‘ vergrößern.

Demzufolge lautet die liberale *domestic politics*-Prognose: aufgrund der Präferenzen der durchsetzungsfähigen Akteurskonstellation wird Deutschland versuchen, auf seine Partner in der NATO einzuwirken und sich verstärkt für eine Osterweiterung der Allianz einzusetzen.

### **6.2.1.2 Fallerörterung**

Der Schwerpunkt dieser Erörterung soll nicht so sehr auf der Abfolge der verschiedenen Phasen der Erweiterung<sup>235</sup> abzielen, sondern mehr die einzelnen Positionen der maßgeblichen Akteure beleuchten, um zu einem vollständigen innenpolitischen Meinungsbild zu gelangen. Vor 1990 beschränkten sich die Handlungsinitiativen in Bezug auf die Nachbarn im Osten im wesentlichen auf einen vorsichtigen Dialog; ein direkteres Vorgehen stand bei den Akteuren Deutschlands nicht auf der Tagesordnung. Die Interessen richteten sich eher in den atlantischen Bereich und insgesamt mußten sich die Akteure Schmidt/Genscher und später dann Kohl/Genscher bis Ende der 80er Jahre in der eigenständigen Formulierung der Außenpolitik zurückhalten. Erst mit dem ‚window of opportunity‘ - das Ende des Kalten Krieges – konnte den eigenen Zielen der Akteure mehr Ausdruck verliehen werden.<sup>236</sup>

Die Zurückhaltung bei der Formulierung von Zielen wurde bald aufgegeben, was sich deutlich an dem außenpolitisch forschen Verhalten des Bundesverteidigungsministers Rühle deutlich zeigte. Ein damit verbundener bedeutender Aspekt ist der personelle Wechsel in der Regierung, der gleichzeitig auch einen Präferenzwandel der zentralen Akteure mit sich brachte.

So initiierte Verteidigungsminister Rühle schon kurz nach seinem Amtsantritt im Jahr 1993 die innen- und auch außenpolitischen Debatte über die Osterweiterung der atlantischen Allianz, womit er eine der zentralen Rollen bei der Formulierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in der NATO einnahm. Rühle plädierte sehr früh, zunächst auch gegen die Ansicht der USA für eine rasche Öffnung, die für ihn einen Stabilitätstransfer nach Osten und eine europäisch-atlantische Gemeinschaftsaufgabe

---

<sup>235</sup> siehe zum genauen Ablauf der einzelnen Phasen die Fallerörterung der NATO-Osterweiterungsdebatte im ersten Teil der Arbeit.

ersten Ranges bedeuteten.<sup>237</sup> Die Beweggründe des Verteidigungsministers kommen deutlich in den VPR zum Ausdruck. Dort werden als Ziele u.a. „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und ungehinderter Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ angegeben.<sup>238</sup> Diese vitalen Interessen führen schon früh zu der Präferenz des Verteidigungsministers Rühle, die NATO-Osterweiterung voranzutreiben, da dieser einen unverkennbaren Zusammenhang zwischen der demokratischen Stabilität der Nachbarn und der Sicherheit und daraus folgend des Wohlstands sieht. Diese Ziel galt es für ihn, zu diesem Zeitpunkt in Angriff zu nehmen, da die Strukturen offen waren und er gestaltend eingreifen konnte. Etwas im Widerspruch zum raschen Vorgehen Rühles standen einige Stellungnahmen aus dem Verteidigungsministerium bezüglich möglicher Gefahren aus Rußland. Die dortigen Meinungen waren zum damaligen Zeitpunkt überwiegend skeptisch. Vor allem gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten ist die Orientierung der russischen Militärpolitik wohl nicht als sicher zu bewerten und auch hegemoniale Absichten sind nicht auszuschließen, da Rußland seinen Einfluß durch Truppenstationierungen in ehemalige Sowjetrepubliken deutlich machen will.<sup>239</sup> Das Außenministerium dagegen kam grundsätzlich zu einer etwas optimistischeren Beurteilung der von Rußland ausgehenden Risiken. Dort wurde argumentiert, daß es keine Anzeichen einer Wiederaufnahme einer imperialistischen Außenpolitik gäbe.<sup>240</sup> Um so erstaunlicher, daß Außenminister Kinkel in puncto NATO-Öffnung zu diesem Zeitpunkt noch eher zurückhaltend. Aber er wollte den östlichen Reformstaaten durch einen Ausbau des NAKR entgegenkommen. Um einen Rückfall in Konfrontation und erneute Blockbildung zu vermeiden, schlug er einen deutlich langsameren Gang bei einer Erweiterung der Allianz vor.<sup>241</sup> Rühle hingegen argumentierte, daß diejenigen Staaten, und damit meinte er die Visegrád-Staaten, die „am nächsten dran sind“ und zu denen schon die stärksten Verbindungen bestünden zurück in die Isolation getrieben würden, wenn eine NATO-Beitrittsperspektive ausbliebe.<sup>242</sup>

---

<sup>236</sup> Vgl. das Zitat von Schäuble, Fußnote 16.

<sup>237</sup> Rede des Verteidigungsminister Rühle am 08.10.93 an der Karls-Universität in Prag, in: Europa-Archiv 3/94, S.D101-D104.

<sup>238</sup> VPR 1992, S.2. Siehe auch Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, 1994.

<sup>239</sup> Siehe exemplarisch die Aussagen des ehemaligen Generalinspektors Naumann zitiert nach Meimeth 1998:85f.

<sup>240</sup> Meimeth 1998:87.

<sup>241</sup> Rede des Außenministers Kinkel vor dem Heeresführungskommando Koblenz am 06.10.94 zitiert in: FAZ v. 07.10.94.

<sup>242</sup> Siehe FAZ vom 07.10.94.

Bis Herbst 1994 ist allgemein zu beobachten, daß sich die innenpolitische Auseinandersetzung zu diesem Thema auf die beiden Bundesminister Kinkel und Rühle bzw. im außen- und verteidigungspolitischen Ausschuß konzentrierte und sich beide, wie oben skizziert, zum Thema NATO-Öffnung konträr äußerten. In den Koalitionsvereinbarungen der Bundesregierung vom November 1994 wurde dieser regierungsinterne Dissens nach Meinung von Hacke nur mühsam kaschiert. Man einigte sich auf folgende Formulierung: „Die Erweiterung der NATO um neue Mitglieder muß Teil eines gesamteuropäischen Sicherheitskonzepts sein, Integration und Kooperation – vor allem eine intensive Partnerschaft mit Rußland – müssen sich ergänzen, damit in Europa keine neuen Trennlinien entstehen.“<sup>243</sup> Doch die unterschiedlichen Positionen blieben weiterhin bestehen. Bundeskanzler Kohl hatte sich bis dato noch nicht sichtbar ins Spiel gebracht, er hielt sich mit Stellungnahmen sehr bedeckt. Alles in allem schien „der vorsichtige Kurs des Außenministers bei Kohl größere Unterstützung zu finden als die forsche Position Rühles.“<sup>244</sup>

An dieser Stelle ist festzuhalten, daß die beiden Minister sich innerhalb der Allianz trotz unterschiedlicher Haltungen stark für eine Lösung des Problems der Unsicherheiten im Osten einsetzten. Regierungschef Kohl hingegen machte nicht zuletzt deshalb einen zurückhaltenden Eindruck, weil er zum einen sicherlich nicht die guten Beziehungen zum russischen Präsidenten Jelzin gefährden wollte und zum anderen auch die meisten NATO-Partner, darunter die USA, zu diesem Zeitpunkt die Initiative des deutschen Verteidigungsministers Rühle noch ablehnten<sup>245</sup>. Eine ablehnende Haltung des amerikanischen Führungsstaats in der NATO aber hätte das Ziel, mit den Staaten im Osten ein stabileres Europa zu erwirken, nicht vorangetrieben. Kohls Präferenz war demnach, nur zusammen mit den USA und anderen Partnern eine Osterweiterung des Bündnisses anzustreben. Insgesamt wirkten die ‚irritierten Reaktionen‘ der Bundesregierung nach außen etwas hilflos. Ein unentschlossener Außenminister „laviert zwischen der harten Position des Verteidigungsminister Rühle und der nebulösen Haltung des Kanzlers Kohl hin und her“, so die Einschätzung Hackes.<sup>246</sup> Der unklare Standpunkt des Kanzlers führte quasi zu einer Hinhaltetaktik, die zu diesem Zeitpunkt auch

---

<sup>243</sup> Hacke 1997:240.

<sup>244</sup> Ebd.

<sup>245</sup> Staack 1997:279.

<sup>246</sup> Siehe Hacke 1997:242. An dieser Stelle soll kurz darauf hingewiesen werden, daß jene staatliche Akteurskonstellation der BRD mit den eben skizzierten Präferenzen auch in diesen Tagen im Zusammenhang mit der Krise im Kosovo in derselben Formation zu beobachten ist.



von der NATO selbst übernommen wurde, um einer möglichen Konfrontation mit Rußland aus dem Weg zu gehen.

Nach der anfänglichen Zurückhaltung Kohls und Kinkels kristallisierte sich allmählich doch ein deutscher Führungskonsens pro NATO-Osterweiterung heraus, nicht zuletzt dadurch begünstigt, daß auch die USA auf die Linie Rühes einschwenkte und das Projekt ‚Öffnung der NATO‘ in konkretere Formen goß und weil ressortübergreifend auch festgestellt wurde, daß die dahinterstehenden Präferenzen der drei Hauptakteure kongruent sind. Ischinger/Adam bringen die Außenpolitikinteressen der Bundesregierung, die meiner Ansicht nach das deutsche Verhalten seit 1995 in der NATO-Osterweiterungsdebatte begründen, auf den Punkt:

*„Entscheidend bleibt [...], daß Deutschland zwei fundamentale Anliegen nicht für sich allein gewährleisten kann: äußere Sicherheit und freier Welthandel. Deshalb entspricht die seit 1949 verfolgte Politik des Ausgleichs und der Integration mit unseren Nachbarn genuinem Eigeninteresse. Natürlich richtet sich auch Deutschland nach dem eigenen Vorteil. Seine Interessen lassen sich aber um so eher durchsetzen, je stärker sie diejenigen seiner direkten und indirekten Nachbarn berücksichtigen (Herv.d.Verf.). Dieses Geflecht ist die Grundlage unseres Wohlstandes und unserer Sicherheit.“<sup>247</sup>*

Und da die jungen Reformstaaten im Osten danach streben, in die NATO und auch in die EU aufgenommen zu werden, ist es möglich, eben unter Berücksichtigung der Interessen der MOE-Staaten, auch den Zielen der BRD, die eigene Sicherheit und Wohlfahrt zu gewährleisten, ein Stück näher zu kommen, was vor 1990 undenkbar gewesen wäre. Dieser Zusammenhang war für den politischen Einsatz der drei maßgeblichen Akteure der Bundesregierung zur NATO-Osterweiterung letztendlich ausschlaggebend. Man sah sich gewissermaßen in der Position eines ‚Anwalts‘ der MOE-Staaten und versuchte, sowohl die Thematik auf die Tagesordnung zu bringen (*agenda-setting*)<sup>248</sup> als auch verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, daß diese Debatte zügig und mit Nachdruck bearbeitet wird.

Es gilt also festzuhalten, daß sich bis zu der NATO-Erklärung von Brüssel im Januar 1994 die politische Debatte weitgehend auf die Exekutive der BRD beschränkte, diese aber seit 1994 geschlossen das Vorhaben ‚Osterweiterung des Bündnisses‘ befürwortete und sich auch an einer Studie über die Erweiterung der NATO beteiligte, die auf Beschluß des Nordatlantikrats im Dezember 1994 in Auftrag gegeben wurde.

---

<sup>247</sup> Ischinger/Adam in FAZ vom 17.03.1995, siehe auch die Rede Hoyers beim George C. Marshall European Center for Security Studies in Garmisch-Partenkirchen am 07.05.97 (Webedition).

<sup>248</sup> Wie gesehen erfolgte dies im wesentlichen durch Rühe, vgl. dazu 4.3.2.3.

Erst allmählich formierten sich die Haltungen der Oppositionsfraktionen im Bundestag gegenüber der Öffentlichkeit. Was die SPD anbetrifft, so lassen sich zwar in der ersten Zeit ambivalente Positionen festmachen<sup>249</sup>, doch große Teile der SPD-Fraktion schwenkten überraschend schnell auf die regierungspolitische Linie ein und stimmten für eine Öffnung der Allianz.<sup>250</sup> Der Perspektivenwechsel der SPD vollzog sich nahezu ohne kontroverse öffentliche Debatte, nicht zuletzt deshalb, weil man einsehen mußte, daß eine nennenswerte Aufwertung der OSZE ausblieb.

Eine bis dato konträre Haltung gegenüber der Regierungspolitik zum Thema NATO-Erweiterung wird im wesentlichen von den Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und der Gruppe PDS eingenommen, die von ihrem Kontrollrecht als Oppositionsfraktionen im Bundestag in Form mehrerer Kleiner und Großer Anfragen, sowie Entschließungsanträge Gebrauch gemacht haben.<sup>251</sup>

Was die Fraktion der Bündnisgrünen betrifft, so ist diese bezüglich der NATO-Osterweiterung wie auch der NATO im allgemeinen tief gespalten. Auf der einen Seite formieren sich die ‚Fundamentalisten‘ um Trittin, Beer und Volmer, die gegen eine Öffnung des Bündnisses stimmen, weil sie der Meinung sind, daß die Regierung Rußland bewußt ausgegrenzt und somit neue Unsicherheiten in Europa geschaffen habe. Auf der anderen Seite argumentieren die ‚Realisten‘ um Fischer, Poppe etc. für eine Aufnahme der drei Visegrád-Staaten in die Allianz, da so dem sicherheitspolitischen Ziel eines friedlichen Europas ein Stück näher kommen würde.

Die Gruppe der PDS hingegen wendet sich konsequent gegen eine Öffnung der NATO. Sie sind grundsätzlich gegen die NATO als Militärbündnis und halten die OSZE für die geeignete Organisation, eine Friedensarchitektur zu schaffen.

Nicht zuletzt aufgrund der stabilen mehrheitlichen Meinung der innenpolitischen staatlichen Akteure, konnten sich Kohl und seine beiden Minister Kinkel und Rühle auf internationaler Ebene darauf konzentrieren, sich für ihre Präferenzen gegenüber den östlichen Nachbarn vermehrt einzusetzen und durch starke Intervention, vor allem

---

<sup>249</sup> Der SPD-Fraktionsvorsitzende Scharping unterstützte prinzipiell eine NATO-Öffnung, wohingegen der Parteivorsitzende Lafontaine entschieden gegen eine solche war, wie auch der Außenpolitikexperte der SPD, Bahr, der stattdessen für einen Ausbau der OSZE plädierte. Dagegen argumentierte der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Voigt, für eine NATO-Erweiterung, um ganz Europa stabilisieren zu können.

<sup>250</sup> Vgl. stellvertretend die Rede des damaligen SPD-Vorsitzenden Scharping auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 05.02.95, in: Internationale Politik, Nr.4, 1995, S.96-103. Die folgenden Argumentationslinien der verschiedenen Fraktionen sind auch der Debatte zu Öffnung der atlantischen Allianz für Polen, die Tschechische Republik und Ungarn entnommen, abgedruckt in: „Das Parlament“ Nr.15 vom 03.04.98.

<sup>251</sup> Vgl. z.B. Bundestagsdrucksachen: Gruppe der PDS: Kleine Anfragen-13/2819 u. 13/7260, Entschließungsantrag-13/7297; Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Kleine Anfrage-13/4287, Große Anfrage-13/9556.

durch Rüge<sup>252</sup>, Einfluß zu nehmen. Aufgrund der großen Zustimmung von Seiten der SPD war in den Parlamentsdebatten kein großer Widerspruch zu befürchten und man vertiefte sich in die Aushandlungsprozesse mit den Mitgliedern der NATO und denen, die es werden wollten.

Am 26. März 1998 wurde dann im Rahmen des Ratifikations-Gesetzentwurfs der Bundesregierung über die NATO-Osterweiterung im Bundestag debattiert und abgestimmt. Hinsichtlich des parteiübergreifenden Konsens zwischen CDU/CSU, FDP und SPD war die Abstimmung in keiner Hinsicht gefährdet.<sup>253</sup> Im Rahmen dieses Gesetzverfahrens war auch der Bundesrat gemäß Art. 76, Abs.2 GG verpflichtet, zu dem Gesetzentwurf der Regierung Stellung zu nehmen und auch er begrüßte den Beitritt der drei östlichen Staaten und sprach sich auch für weitere Aufnahmerunden aus.<sup>254</sup>

Im Hinblick auf die gesellschaftlichen Kräfte ist anzumerken, daß auch eine Mehrheit (76%) der politischen Elite eine NATO-Öffnung befürwortet.<sup>255</sup> Entsprechend starke Unterstützung kommt aus dem militärischen Bereich, der Industrie, aber auch den Kirchen.<sup>256</sup> In der öffentliche Meinung, so Kamp/Weilemann, nimmt die Außen- und Sicherheitspolitik allgemein keine vorrangige Stellung ein. Umfragen zum Thema NATO-Osterweiterung haben immerhin eine knappe Mehrheit (58%) für den Beitritt der östlichen Nachbarn ergeben. Insgesamt stellt Noelle-Neumann jedoch fest:

*„Es gibt eine sehr ausgeprägte Abneigung der politischen Klasse, sich mit der Bevölkerung über Grundsatzfragen, also auch Fragen der Außenpolitik auseinanderzusetzen. Die Vorstellung, die von Emotion geladene, von wenig Sachverstand geleitete öffentliche Meinung brauche [...] nicht besonders beachtet und analysiert zu werden, ist in der politischen Klasse weit verbreitet.“<sup>257</sup>*

Auch in Bezug auf den Politikbereich NATO haben die politisch durchsetzungsfähigen Kräfte wenig Veranlassung, dieses Thema der Öffentlichkeit explizit nahe bringen zu wollen, zumal in der jetzigen Phase vor der Bundestagswahl die Bevölkerung ohnehin

---

<sup>252</sup> Siehe S.89 dieser Arbeit und auch bei den Phasen der Erweiterung in Unterkapitel 4.3.2.3.

<sup>253</sup> Abstimmungsergebnis: 554 Ja- und 37 Nein-Stimmen bei 30 Enthaltungen in: „Woche im Bundestag“ vom 05.03.98.

<sup>254</sup> Siehe den Gesetzentwurf der Bundesregierung in Bundestagsdrucksache 13/9815 vom 09.02.98.

<sup>255</sup> Kamp/Weilemann in: „NATO Conference Paper“ vom 07.10.97, S.3 (Webedition).

<sup>256</sup> Ebd.

<sup>257</sup> Noelle-Neumann 1995:12. In diesem Kontext soll angemerkt werden, daß sich erstens „vor allem für die außenpolitischen Handlungen im Deutschen Bundestag ein erstaunlich hohes Maß an Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung“ feststellen läßt und diese Übereinstimmung i.d.R. durch die Meinungsführerschaft der Politik zustande kommt. Siehe Brettschneider 1998:13ff.(Webedition), Artikel erscheint im Sammelband von Kaiser/Eberwein voraussichtlich Ende September 1998.

innenpolitisch orientiert ist und die Debatte auf die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes lenkt.

Zu erwähnen ist im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Kräften auch noch Industrie, insbesondere die Rüstungsindustrie, welche eine Öffnung der Allianz nach Osten hin sehr befürwortet, da dort Chancen für einen neuen Absatzmarkt gesehen werden. Günstig beeinflusst wird ihre Politik durch die Aufhebung der militärischen Handelsbeschränkungen in Deutschland gegenüber den osteuropäischen Ländern. Bis vor kurzem und vor allem in Zeiten des Kalten Krieges war der Rüstungsindustrie dieser Markt verwehrt gewesen. Erst im April 1996 boten sich für die wehrtechnische Industrie ausgedehnte Handelsmöglichkeiten mit dem Osten an. Die Bundesregierung hat nämlich durch einen Beschluß des BSR als oberstes Entscheidungsgremium für Rüstungsexporte die bis dato äußerst restriktiven und wettbewerbsverzerrenden Beschränkungen bei privaten Kooperationen und Zulieferungen zurückgefahren.<sup>258</sup> Diese Erleichterungen geben der wehrtechnischen Industrie mehr Spielraum. Hinzu kommt, daß Regierungsmitglieder, vor allem Verteidigungsminister Rühle, sowohl eine nationale Konsolidierung wichtiger Kernfähigkeiten der Rüstungsindustrie als auch eine Bündelung der europäischen Fähigkeiten anstrebt und unterstützt:

*„[Es ist] im Interesse von Regierung und Industrie, einen intensiven Dialog zu führen, um die jeweiligen politisch-strategisch gewollten, technologisch möglichen, aber auch ökonomisch gebotenen Vorstellungen miteinander abzugleichen.“<sup>259</sup>*

Generell besitzt also die Rüstungsindustrie eine gute, um nicht zu sagen institutionalisierte Beziehung zur Regierung, um in ihrem Sinne Einfluß nehmen zu können, was auch im Hinblick auf die Visegrád-Staaten nicht unwichtig sein wird. Bislang halten sich die konkreten Rüstungsk Kooperationen mit diesen Staaten noch in Grenzen, aber es ist zu erwarten, daß sich die deutsche wehrtechnische Industrie um Aufträge bemühen wird, zumal die amerikanische Rüstungsindustrie schon massiv mit Hilfe der Botschaften ‚vor Ort‘ den Bereich der Modernisierung der Luftstreitkräfte der Nachbarn im Osten erobert.<sup>260</sup> Offiziell zeigt Rühle (noch) kein Interesse an den Belangen der deutschen wehrtechnischen Industrie in Bezug auf die neuen NATO-Mitglied-

---

<sup>258</sup> Vgl. Fußnote 224.

<sup>259</sup> Ausführungen des Bundesverteidigungsminister Rühle anlässlich der 33. Sitzung des Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis vom 12.02.98 zum Thema „Strategie und Maßnahmen zur Erhaltung wehrtechnischer Kernfähigkeiten in Deutschland im europäischen Kontext“. Der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis ist ein informelles Gremium aus Vertretern des BMVg, BMWI und AA und Vertretern der Rüstungsindustrie.

<sup>260</sup> Griephan Special – Wehrdienst, Nr.4, 1996, S.5ff.

staaten<sup>261</sup>, was jedoch in Anbetracht der Tatsache, daß eine 15 000köpfige Beschäftigungsbürokratie im Verteidigungsministerium existiert, nicht unbedingt glaubhaft wirkt.<sup>262</sup> Diese enge Verzahnung von Staat und Industrie hat auch zur Folge, daß die politischen Ausschüsse nur in groben Umrissen über aktuelle Planungen informiert werden und somit auch eine effektive Kontrolle der rüstungstechnischen Angelegenheiten nahezu unmöglich gemacht wird<sup>263</sup>, was wiederum auf einen insgesamt beträchtlichen Einfluß der Industrie hinweist, die sich, wie schon gesagt, geschlossen für eine Öffnung des Bündnisses ausspricht.

Hingegen zählen die Friedensgruppen und –initiativen zu den Gegnern dieses Vorhabens, da die Ausdehnung der NATO als ein destabilisierender Faktor in Europa angesehen wird und trotz der Unterzeichnung der NATO-Rußland-Grundakte erhebliche Unsicherheiten durch Rußland befürchtet werden. Die Friedensgruppen erwarten von Estland bis Aserbaidschan eine Spaltung der Staaten aufgrund verstärkter Konkurrenz um das Wohlwollen entweder der Allianz oder Rußlands. In diesem Zusammenhang rechnen die Vertreter der Friedensinitiativen mit einer Neubelebung der taktischen Kurzstreckenraketen. Ein ungleiches konventionelles Streitkräfteverhältnis zugunsten der NATO und der kritische Zustand der russischen Streitkräfte „machen es wahrscheinlich, daß Rußland auf eine Ersteinsatzdoktrin mit Atomwaffen zurückgreifen wird.“<sup>264</sup> Allerdings ist es unwahrscheinlich, daß diese Bewegung Zugang zum politischen System hat bzw. auch Einfluß auf die politische Entscheidungsfindung nehmen kann, denn:

*„Ein Blick auf den aktuellen Zustand der Friedensbewegung zeigt, daß sie kurz- und mittelfristig nicht in der Lage ist, die Massen zu mobilisieren und auf das politische Tagesgeschehen Einfluß zu nehmen. Realistisch betrachtet wird weder Rußland noch werden die schwachen Friedensbewegungen die Expansion der NATO verhindern können.“<sup>265</sup>*

Demzufolge läßt sich abschließend zu den gesellschaftlichen Akteuren sagen, daß außer der stark lobbyierenden Rüstungsindustrie die gesellschaftlichen Kräfte innenpoli-

---

<sup>261</sup> Ebd., S.8.

<sup>262</sup> Gose 1997:22. An dieser Stelle soll angemerkt werden, daß Deutschland nach jüngsten Erhebungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI der sechstgrößte Rüstungsexporteur der Welt ist in: SZ vom 10./11.06.98.

<sup>263</sup> Ebd., S.27.

<sup>264</sup> So die Meinung der Organisationen: Dt. Sektion der Int. Ärzte f. die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW); Komitee für Grundrechte und Demokratie; Naturwissenschaftler-Initiative „Verantwortung für den Frieden“; Deutscher Friedensrat; Netzwerk Friedenskooperative; Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen u.a. in: Netzwerk Friedenskooperative FriedensForum 4/1997 (Webedition).

<sup>265</sup> Rödl 1997 im Rahmen des Diskussionsforums der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (Webedition).

tisch wenig Stimme und Durchsetzungsvermögen im Hinblick auf die Osterweiterungsdebatte besitzen.

### **6.2.1.3 Ergebnisdiskussion**

Welche Schlüsse können nun aus dieser Erörterung der politisch und gesellschaftlichen Akteure und deren Präferenzen bezüglich der Öffnung der NATO gezogen werden? Grundsätzlich ist meiner Auffassung nach festzustellen, daß die innenpolitische NATO-Osterweiterungsdebatte im wesentlichen von der Regierung geleitet und geprägt wird. Den Anstoß zur Diskussion sowohl auf innen- als auch auf außenpolitischer Ebene gab Verteidigungsminister Rühle. Hier wird ein maßgeblicher Einfluß von Seiten des neuen Verteidigungsministers deutlich, der mit seiner Präferenz für eine Osterweiterung nicht ‚hinterm Berg hält‘ und ohne diplomatische Zurückhaltung einen Vorstoß zur Öffnung wagt, trotz Widerspruch auch aus den eigenen Reihen. Bis Ende 1994 lassen sich bezüglich der politischen Richtungsweisung noch Unstimmigkeiten zwischen Verteidigungsministerium und Auswärtigem Amt festmachen, die darüber hinaus durch Zurückhaltung des Bundeskanzlers Kohl flankiert wurden. Es läßt sich in dieser Phase der Debatte m.E. nach erkennen, daß Kohl nicht sichtbar von seiner Führungsbefugnis Gebrauch macht und das Ressortprinzip offenkundig zu Tage tritt, indem sowohl Rühle als auch Kinkel ihre Geschäftsbereiche selbständig leiten und damit verbunden auch eigene Schwerpunkte setzen. Bei internationalen Zusammenkünften der NATO-Mitgliedstaaten, im Bundestag und gegenüber der Presse vertreten beide Ressortchefs abweichende Meinungen und wie in der Erörterung hervorgehoben wurde, hält sich der Bundeskanzler mit eigenen Standpunkten und evtl. Parteinahme noch bedeckt.

Insgesamt kann also betont werden, daß vor allem mit Bundesminister Rühle - erst kurze Zeit im Amt - neue Forderungen an die NATO-Mitgliedstaaten herangetragen wurden, wie vor allem die Initiative zur Tagung der NATO-Verteidigungsminister im Oktober 1993 in Travemünde sichtbar macht.

Zum NATO-Gipfel in Brüssel im Januar 1994 erklärte dann auch Kohl seinen ausdrücklichen Wunsch nach Öffnung der NATO, verhielt sich hierzu aber innenpolitisch noch zurückhaltend. Zu diesem Zeitpunkt ist also nicht von einem ausgestalteten Kanzlerprinzip zu sprechen, die Machtdezentralisierung der Regierungsmitglieder beim Meinungsbildungsprozeß wird deutlich. Seit 1995 ist dann von allen drei Seiten ein Führungskonsens festzustellen, da deren Präferenzen im Grunde genommen schon von

Beginn an gleich waren, nur von Seiten Kohl und Kinkel wegen russischer Bedenken außenpolitisch nicht so vehement vorgetragen wurden.

Äußere Sicherheit, offene Handelswege und eine liberale Welthandelsordnung liegen dem Streben nach baldiger NATO-Erweiterung zugrunde, da man sich mit der Aufnahme der Nachbarstaaten vermehrte Sicherheit und Wohlfahrt für die Bundesrepublik erhofft. Diesen liberalen Gedanken des ‚Handelsstaats‘ verfolgend, bevorzugten die Mitglieder der Exekutive als politisch durchsetzungsfähige Akteure die Ausdehnung der Allianz und versuchten seit 1994 auch, diese Vorhaben in konkrete Bahnen zu lenken. Die maßgeblichen Akteure in dieser Debatte wiesen dementsprechend bei Ministertagungen der Atlantischen Allianz nachdrücklich darauf hin, daß eine Nichtaufnahme der östlichen Reformstaaten eine Gefährdung für Demokratie und Marktwirtschaft in diesen Ländern darstelle. Aus diesem Grund hat sich die Bundesregierung zum Vorreiter der Öffnung der NATO gemacht und sich auch bei der Ausarbeitung der Erweiterungsstudie, die im September 1995 vorgelegt wurde, beteiligt.<sup>266</sup> Die Energie, mit der diese drei Hauptakteure die Debatte auf der internationalen Ebene voranbringen, lassen auf ein Interesse an machtpolitischer Einflußmaximierung schließen, die meiner Ansicht nach auch vor allem dadurch begünstigt wurde, daß die beiden Minister Kinkel und Rühle relativ neu im Amt waren und hier für einen Präferenzwandel sorgen konnten, welcher sich im Außenpolitikverhalten der BRD durch verstärkten internationalen Einsatz für die eigenen Ziele niederschlug. Kreile spricht gar von einem riskanten Kurs, den die neue deutsche Außenpolitik eingeschlagen hat, indem sie eine weitreichende Osterweiterung der NATO verfißt.<sup>267</sup>

Der personelle Wechsel der beiden Minister hat auch zu einem Generationswechsel in der deutschen Sicherheitspolitik geführt, der meiner Ansicht nach dazu geführt hat, daß die sich herauskristallisierenden Interessen nach der Wiedervereinigung nun nicht mehr zurückhaltend, sondern eben offen und deutlich formuliert wurden.

Mit Blick auf die innenpolitische Debatte bezüglich der NATO-Erweiterung kam es innerhalb des Parlaments durch die breite Zustimmung der SPD ebenfalls zu keinem schwerwiegenden Dissens, wie auch das Abstimmungsergebnis des Ratifikations-Gesetzentwurfs deutlich machte. Dieser Punkt trägt m.E. nachdrücklich dazu bei, daß

---

<sup>266</sup> Bundestagsdrucksache 13/3112 vom 27.11.1995.

<sup>267</sup> Kreile 1996:11.

sich die Bundesregierung als Hauptakteur verstärkt auf internationaler Ebene für das Fortkommen der Erweiterungsdiskussion einsetzen konnte.

An dieser Stelle soll aber auch hinsichtlich der innenpolitischen Struktur betont werden, daß es sich bei der Osterweiterungsdebatte um eine nicht ‚alltägliche‘ außenpolitische Diskussion im Parlament handelt, da selbiges durch ein Votum direkt am Politikentscheidungsprozeß beteiligt ist und auch die Ländervertretung gehalten ist, eine Stellungnahme abzugeben. Was also den Bundestag angeht, so gehört er bei der endgültigen Entscheidung um Aufnahme oder Ablehnung der drei Visegrád-Staaten zum Kreis der maßgeblichen Akteure in dieser außenpolitischen Entscheidung. Indirekt gab das Votum der Rüstungsindustrie sicherlich der Regierungspolitik nochmals unterstützenden Rückenwind, wobei ich hier nicht von einem direkten Einfluß auf das außenpolitische Verhalten sprechen möchte. Bezugnehmend auf die diversen Friedensgruppen als weitere gesellschaftliche Akteure in diesem Bereich muß resümierend gesagt werden, daß sie auf das außenpolitische Verhalten Deutschlands keinen Einfluß haben, da die vielen kleinen Beiträge dieser Organisationen politisch mehr oder weniger wirkungslos sind und ihr Auftreten nicht massiv ist. Außer einer mäßig unterstützenden Wirkung für die Parteien der Bündnisgrünen, Teile der SPD und der Gruppe der PDS ist meiner Auffassung nach kein Effekt spürbar. Da sich die Mehrheit der öffentlichen Meinung ohnehin grundsätzlich für die NATO und auch für die Erweiterung der Institution ausspricht, ist von dieser Seite auch kein nennenswertes Interesse an einer Einflußnahme zu wahrzunehmen.

Insgesamt läßt sich im Rahmen des liberalen Ansatzes festhalten, daß erstens die staatlichen Akteure, insbesondere die Bundesregierung als durchsetzungsfähige Kräfte das außenpolitische Verhalten im Rahmen der NATO-Osterweiterungsdebatte bestimmt haben. Die Präferenzen der Regierungsparteien, die in der Debatte vor allem durch Bundeskanzler Kohl und die Bundesminister der Verteidigung des Auswärtigen Rüge und Kinkel vertreten sind, waren das entscheidende Kalkül für die Politikformulierung zu dieser Thematik. Und zweitens ist m.E. deutlich geworden, daß diese drei politischen Hauptakteure eine effektive ‚Einbindungspolitik‘ verfolgen, die man als „kostengünstigere Variante einer nationalen Interessenpolitik“<sup>268</sup> bezeichnen kann. Diese Integrationspolitik wird entsprechend der Ziele dieser Akteure genutzt, da mit der In-

---

<sup>268</sup> Haftendorn 1994:140.



tegration eben nicht nur die Aufgabe von Autonomie verbunden ist, sondern auch der Zugewinn an Handlungsspielraum. Das Interesse, Mittel- und Osteuropa *innerhalb* der Allianz zu stabilisieren, drückt sich für die Regierungsmitglieder dadurch aus, daß es grundsätzlich für die BRD als nicht-nuklearer Staat irrational wäre, unilateral zu handeln. Daraus ergibt sich die logische Konsequenz, die Einbindung der östlichen Nachbarn mit den anderen NATO-Partnern gemeinsam voranzubringen und so für eine Erweiterung der Allianz zu plädieren. In diesem Zusammenhang waren jene Akteure in Deutschland auch dazu angehalten, ihrer Stärke durch Übernahme von Verantwortung entsprechend gerecht zu werden, was auch Außenminister Kinkel in seinem Plädoyer für die NATO-Öffnung zum Ausdruck brachte, indem er verdeutlichte, daß der Staat eine „Verantwortung vor der Geschichte, [...] für den Frieden und den Schutz der Menschenrechte“ hat.<sup>269</sup> Wobei nach meinem Dafürhalten diese ‚Pflicht‘ auch bedeutet, innerhalb der NATO seine Präferenzen stärker durchzusetzen, sprich den Mitgliedern der Allianz zu verdeutlichen, daß man auf mehr Mitsprachemöglichkeiten Wert lege. Die hier zugrundeliegenden Interessen und Motive werden in der folgenden Aussage der Bundesregierung nochmals deutlich.

*„Die NATO-Öffnung ist integraler Teil eines umfassend angelegten kooperativen Ansatzes der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, der die militärischen und militärpolitischen Aspekte einschließt. Dieser zielt ab auf Stärkung von Sicherheit und Stabilität im gesamten euro-atlantischen Raum und auf Überwindung der Trennlinien des Kalten Krieges.“<sup>270</sup>*

Im diesem Zusammenhang können Parallelen mit einer der fünf von Hellmann entwickelten *schools of thought* für die Außen- und Sicherheitspolitik gezogen werden: das außenpolitische Verhalten der Akteure in der BRD ist m.E. nach mit dem Verhalten der *Pragmatic Multilateralists* vergleichbar.<sup>271</sup> Vor dem Hintergrund der bisherigen Ergebnisdiskussion vertreten multilaterale Pragmatisten in diesem Kontext die Auffassung:

*„[...] force may be the ultima ratio, but soft power instruments are more important in managing the increasing international interdependence because ‚welfare‘ rather than ‚warfare‘ defines the new paradigm of international relations.“<sup>272</sup>*

Und diese Präferenz der Regierung ist nur mit Hilfe der anderen Partner durchsetzungsfähig und soll auch durch die NATO legitimiert werden, um abgesichert zu sein.

---

<sup>269</sup> Kinkel anlässlich der Debatte zur Öffnung der Atlantischen Allianz für Polen, die Tschechische Republik und Ungarn vom 26.03.98.

<sup>270</sup> Bundestagsdrucksache 13/9693 vom 21.01.1998.

<sup>271</sup> Hellmann 1996:5ff.

<sup>272</sup> Hellmann 1994:6

Außerdem besteht so die Möglichkeit, die mit der NATO-Öffnung verbundenen Kosten auf alle Mitglieder umzulegen und dabei als direkter Nachbarstaat einen großen, wenn nicht den größten Nutzen aus dieser Erweiterung zu ziehen. Aus diesem Kalkül heraus galt es, eine aktive einflußreiche Rolle im ‚Team‘ der NATO-Staaten zu spielen, um die eigenen vitalen Interessen des Staates nicht hauptsächlich der Entscheidung anderer zu überlassen. Dieses Verhalten zeigt sich nach meinem Dafürhalten ganz deutlich bei Verteidigungsminister Rühle, der, ohne abzuwarten, welche Haltung die USA, Großbritannien oder Frankreich einnehmen würde, die Debatte um eine Öffnung der NATO anlässlich einer Rede vor dem Londoner International Institute for Strategic Studies initiierte.<sup>273</sup> Von nun an wurde konsequent daran gearbeitet, die Thematik nicht aufzuschieben, sondern im Gegenteil, die Öffnung schrittweise und unumkehrbar vorzubereiten, denn gerade gegenüber Deutschland wurde das Drängen der Nachbarstaaten immer stärker.<sup>274</sup> Wie bereits empirisch in Kapitel 4.3.2 dargestellt, waren die deutschen Akteure auf der internationalen Ebene in der Phase bis zur Gründung der PfP diejenigen, die die Debatte am entschiedensten vorantrieben.

---

Es läßt sich also durch diese Untersuchung folgendes Resultat festmachen: es sind die maßgeblichen Akteure und ihre Interessen, welche die Präferenzen im Rahmen der NATO-Osterweiterungsdebatte in diesem Fall bestimmt haben. Die aus der innenpolitischen Struktur im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik herausgefilterten maßgeblichen staatlichen Akteure setzten sich klar für eine Osterweiterung ein. Hier waren es vor allem Verteidigungsminister Rühle und Außenminister Kinkel, die damit einen Generationswechsel in der deutschen Außenpolitik einleiteten und bezüglich ihrer wohlfahrtsoptimierenden Interessen für eine NATO-Osterweiterung einen Präferenzwandel nach 1990 hervorriefen.

Demzufolge hat sich die in diesem Kontext aufgestellte liberale *domestic politics*-Prognose: *aufgrund der vorliegenden Präferenzen der maßgeblichen Akteure, wird Deutschland versuchen, auf seine Partner in der NATO einzuwirken und sich einflußmaximierend für eine Osterweiterung der Allianz einzusetzen*, hat nach meinem Dafürhalten bestätigt.

---

<sup>273</sup> Rühle 1993 (siehe Fußnote 165).

<sup>274</sup> Kinkel in: SZ vom 17.12.93.

### 6.2.2 Zwischenresultat

Zum Abschluß dieses Teils der Arbeit sollen die Ergebnisse mit Blick auf den hier zugrundegelegten liberalen *domestic politics*-Ansatz nochmals zusammengefaßt werden.

Die Analyse der innenpolitischen Struktur im Bereich der Außenpolitik und speziell in Bezug auf die NATO-Osterweiterungsdebatte ergab eine relativ zentralisierte politische Struktur mit einer heterogenen zum Teil gut organisierten Gesellschaft (v.a. die Rüstungsindustrie) und einem grundsätzlich demokratisch-korporatistischen Politiknetzwerk. Hieraus konnten dann die relevanten Akteure für diesen Außenpolitikbereich eruiert werden, deren Präferenzen in der Debatte um die Öffnung der Allianz untersucht wurden.

Es konnte weiter festgestellt werden, daß im wesentlichen die Bundesregierung in Form des Bundeskanzlers, der Bundesminister des AA und des BMVg das außenpolitische Verhalten der BRD bestimmt haben. Diese drei Hauptakteure verliehen ihren Präferenzen, die sich hauptsächlich auf Sicherheit und Wohlstand gründen, Ausdruck, indem sie sich vehement für die Aufnahme der drei Visegrád-Staaten einsetzten, da sie auf diese Weise eines der wahrgenommenen Hauptprobleme Deutschlands zu lösen vermochte.

*„Die Öffnung des Bündnisses nach Osten entspricht dem vitalen Interesse Deutschlands. Man muß kein strategisches Genie sein, um dies zu verstehen; es reicht ein Blick auf die Landkarte. Auf Dauer ist es nicht haltbar, wenn Deutschlands Ostgrenze die Grenze zwischen Stabilität und Instabilität in Europa ist.“<sup>275</sup>*

Diese Präferenz begründet unverkennbar den Antrieb zum einflußpolitischen Verhalten auf internationaler Ebene, den sie vor 1990 nicht in dieser Art und Weise hatten. Der sicherheitspolitische, politische und wirtschaftliche Nutzen einer solchen Öffnung übertrifft heute bei weitem die Kosten, die sich für Deutschland ergeben, zumal diese ja, wie schon argumentiert wurde, auf die Gemeinschaft umgelegt werden.<sup>276</sup> Ein solches Vorgehen wäre vor dem Zerfall der ehemaligen Sowjetunion nicht im Interesse der deutschen Akteure gewesen. Man kann also durchaus sagen, daß die maßgeblichen Akteure in der Regierung innerhalb der Allianz die Durchsetzung der eigenen Interessen forciert haben.

---

<sup>275</sup> Rühle 1996:135.

<sup>276</sup> Siehe zur Kostenfrage in der Öffnungsdebatte: Clement 1997:7f.

Die Prognose des liberalen *domestic politics*-Ansatz hat nach meinen Dafürhalten hier ihre Bestätigung erfahren. Das folgende Zitat soll abschließend diesen Zusammenhang verdeutlichen.

*„Wir erinnern uns, daß die Vereinigten Staaten der NATO-Osterweiterung zunächst skeptisch gegenübergestanden und erst auf deutsches Drängen nachgegeben haben. Ich sehe hierin [...] einen Hinweis, daß die Zurückhaltung der deutschen Außenpolitik aufgegeben und zumindest im europäischen Rahmen eine klare Macht- und Interessenpolitik betrieben wird.“<sup>277</sup>*

Abschließend sollen nun noch einmal die wichtigsten Ergebnisse zusammengefaßt werden und die theoretischen Ansätze dementsprechend kritisch gewürdigt werden.

---

<sup>277</sup> Beer anlässlich der Debatte zur Öffnung der Atlantischen Allianz für Polen, die Tschechische Republik und Ungarn vom 26.03.98.

## 7 Schlußdiskussion

### 7.1 Ergebniszusammenfassung

Im ersten Teil der Arbeit wurde zunächst der *traditionelle Neorealismus* an zwei NATO-Testfällen geprüft. Im Ergebnis wurde festgestellt, daß die Hypothesen des autonomiemaximierenden Ansatzes in beiden Fällen nicht bestätigt werden konnten. Deutschland verhält sich trotz einer moderaten Zunahme seiner Machtressourcen auch nach der Wiedervereinigung nicht machtpolitisch im Sinne von autonomiemaximierend.

Im Rahmen der Analyse der ‚Bi- versus Multilaterale Militärkooperation‘ wurde eruiert, daß die BRD keine autonomieschonende Militärstrategie betreibt, und infolge dessen der getestete Ansatz nicht erklären kann, warum sich der Staat vertiefend in die multilaterale Militärstruktur der NATO integriert.

Ebenso mußte im Test ‚Atlantische versus Europäische Sicherheitsoption‘ die autonomiemaximierende Hypothese verworfen werden. Der Wunsch nach einer stärkeren europäischen Verteidigungskomponente hat im deutschen Verhalten keinen Bedeutungsverlust der NATO erkennen lassen. Insofern wurde auch in diesem Testfall der Ansatz als nicht-erklärungsmächtig abgelehnt.

Insgesamt ließ sich in beiden Testfällen feststellen, daß Deutschland nach wie vor eine klare Linie der Bündnisintegration in der Atlantischen Allianz verfolgt und dabei vor allem im militärpolitischen Bereich einen deutlichen Autonomieverlust hinnimmt.

Vordergründig besticht der von Waltz geprägte Ansatz durch seine Einfachheit und Klarheit:

*„The advantage Waltz’s neorealism enjoys is that it discourages the proliferation of variables by making the distribution of capabilities among states the only relevant independent variable.“*<sup>278</sup>

Damit vermeidet der traditionelle Neorealismus eine ‚Vermehrung‘ unabhängiger Variablen, die zu Lasten seiner ‚parsimony and generalizability‘ gehen würden.<sup>279</sup> Aber, so argumentiert Zürn, weder die ‚Sparsamkeit‘ noch die ‚Vollständigkeit‘ kann zur *conditio sine qua non* der Theoriebildung erhoben werden<sup>280</sup>, wenn diese die Realität in

---

<sup>278</sup> Spirtas 1996:391.

<sup>279</sup> Mit der Proliferation erklärender Variablen spricht Waltz diejenigen Ansätze an, die er als ‚Reductionist theories‘ bezeichnet.

<sup>280</sup> Zürn 1994:98.

unzulässigem Maße einschränkt. Dies ist meines Erachtens im traditionellen Neorealismus hinsichtlich der hier untersuchten Ereignisse in der NATO-Politik der Fall.

Dieser überbetont die nachteiligen Effekte der Anarchie im Internationalen System. Folglich kann er die tatsächliche Kooperation der BRD mit der Atlantischen Allianz nicht adäquat erklären. Der traditionelle Neorealismus ist nicht in der Lage, durch die unabhängige Variable – Verteilung der capabilities und Polarität des Systems – die Außenpolitikergebnisse im Fall NATO-Politik zu beweisen. Abschließend läßt sich also konstatieren, daß in dem hier untersuchten Politikbereich ‚Sicherheit‘ dieses Scheitern des traditionellen Ansatzes eine schwerwiegende Niederlage bedeutet.

In der Folge wurde der *modifizierte Neorealismus* behandelt, welcher unter Anwendung der von Grieco aufgestellten *voice-opportunity*-These anhand zwei weiterer Testfälle der deutschen Außenpolitik analysiert wurde.

Im Ergebnis konnte festgestellt werden, daß der einflußmaximierende Ansatz in beiden Fällen das außenpolitische Verhalten *innerhalb* der Atlantischen Allianz stichhaltig erklären konnte. Die BRD zeigte nach der Wiedervereinigung mit einer verbesserten Machtposition ein deutlich einflußmaximierendes Verhalten innerhalb der NATO. Sowohl in der Analyse der Kommandostrukturreformen als auch in der Debatte zur Osterweiterung des Bündnisses wurde im außenpolitischen Verhalten Deutschlands ein verstärktes Bemühen um *Voice* sichtbar.

In Bezug auf die Problematik um die neue Kommando- und Streitkräftestruktur setzte sich Deutschland vermehrt für eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität ein, die zusammen mit der Eingliederung der CJTF das Gewicht merklich zugunsten der Europäer verschoben hat und damit auch Deutschland durch diese ‚*rule trajectory*‘ mehr Stimme verschaffte. Am deutlichsten ist die Ausübung von *Voice* im Bereich der multilateralen Militärkooperation zu sehen. Dort wurde festgestellt, daß vor allem durch die starke Präsenz der BRD die Einflußmöglichkeiten auf die Bündnispartner sehr groß sind und auf diese auch eine dementsprechende Kontrolle ausgeübt werden kann.

Im Fall ‚NATO-Osterweiterungsdebatte‘ konnte deutlich beobachtet werden, wie sich das Sicherheitsinteresse der BRD im machtpolitischen Verhalten innerhalb der Institution niedergeschlagen hat. Nach der Wiedervereinigung nutzte Deutschland die ‚Gunst der Stunde‘ und setzte sich, in seinen Bemühungen um eine sicherheitspolitische ‚*rule trajectory*‘ in der NATO, verstärkt für die Öffnung der Allianz ein. Die frühere Zurückhaltung der BRD wurde aufgegeben, indem der Staat mit der Initiative zur Gründung

neuer Gremien aktiv seine Partner zu beeinflussen suchte, um die Erweiterung durchsetzen zu können.

Insgesamt vermochte der modifizierte Neorealismus das außenpolitische Verhalten der BRD in der NATO schlüssig darzulegen, da er unter Beibehaltung der unabhängigen Strukturvariable ‚Machtposition‘ das Außenpolitikverhalten Deutschlands erklären konnte.

Der Grund für diese Erklärungsmacht liegt im wesentlichen darin, daß er den Institutionen größere Bedeutung beimißt und damit einem der Hauptkritikpunkte des traditionellen Ansatzes Rechnung trägt. Der modifizierte Neorealismus ist somit in der Lage, den empirischen Ergebnissen einen theoretischen Nachweis zu liefern, ohne die neorealistischen Grundannahmen aufgeben zu müssen. Die Kernaussage dieser *voice-opportunity*-These ist, daß Staaten im neorealistischen Paradigma Institutionen nützen können, um dort ihre eigenen Ziele voranzubringen und sich im Vergleich zu anderen Partnern mehr Stimme zu verschaffen, ohne die Machtverteilung als *die* erklärende Variable aufzugeben.

*„Grieco shows that instead of attacking the concept of institutions, realists can make a contribution to understanding how institutions encourage cooperation and how particular institutional forms emerge over others.“<sup>281</sup>*

Im zweiten Teil der Arbeit wurde dem einflußmaximierenden Neorealismus der *liberale domestic politics-Ansatz* gegenübergestellt und am Testfall der NATO-Osterweiterungsdebatte überprüft. Die Analyse der innenpolitischen Faktoren ergab, daß nach 1990 ein Präferenzwandel der relevanten Akteure stattgefunden hat und dieser folglich erklären konnte, warum Deutschland sich nach der Wiedervereinigung verstärkt für eine Öffnung der NATO eingesetzt hat.

Im Ergebnis wurde festgestellt, daß es die durchsetzungsfähigen staatlichen Akteure und deren Präferenzen sind, die das deutsche Außenpolitikverhalten maßgeblich bestimmen. Den im Fall der NATO-Osterweiterungsdebatte relevanten Kräften lagen nach der Wiedervereinigung präzise Interessen zugrunde, die ihre Präferenzen für eine solche Öffnung der Allianz bestimmten: vor allem die neu ins Amt gekommenen Bundesaußenminister Kinkel und Bundesverteidigungsminister Rühle gingen entschlossenen eine Stärkung ihres Einflusses zum Thema NATO-Erweiterung an, indem sie

---

<sup>281</sup> Spirtas 1996:402.

sich sehr früh dafür einsetzten, institutionelle Voraussetzungen wie z.B. den NAKR oder die PFP zu schaffen. Dadurch wurde einerseits erreicht, daß die anderen NATO-Partner auf eine solche Ausdehnung vorbereitet wurden und andererseits, daß die etwaigen Kandidaten möglichst früh an den Diskussionsrunden beteiligt wurden, um dadurch auch Rückhalt für die eigene Position zu erhalten.

Summa summarum erklärte der *domestic politics*-Ansatz aufgrund seiner unabhängigen Variable schlüssig, wie es zu diesem außenpolitischen Verhalten in Deutschland nach 1990 gekommen ist.

Mit einigen kritischen Anmerkungen, die gleichzeitig auch Hinweise auf mögliche Forschungsfragen enthalten, möchte ich diese Arbeit abschließen.

## 7.2 Kritische Würdigung und Ausblick

Im folgenden werden ausgehend von einer kurzen Kritik des liberalen und des modifizierten Ansatzes auf weitere Forschungsgebiete aufmerksam gemacht.<sup>282</sup>

Bezogen auf den zuletzt behandelten *liberalen domestic politics*-Ansatz soll kritisch angemerkt werden, daß dieser meiner Ansicht nach nicht stichhaltig darlegen kann, warum gerade den gesellschaftlichen Akteuren der Zugang bzw. Einfluß nicht möglich ist, sie also nicht zu den durchsetzungsfähigen Akteuren zu zählen sind und ergo nicht das außenpolitische Verhalten eines Staates mitbestimmen.

Diesbezüglich hatte der *domestic politics*-Ansatz im Politikfeld Außen- und Sicherheitspolitik und der NATO-Politik im speziellen im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Akteuren gewissermaßen einen ‚*hard case*‘ vor sich. Die gesellschaftlichen Akteure, abgesehen von der Industrie, haben es im Bereich der Außenpolitik seit jeher schwer, sich in den Politikentscheidungsprozeß einzubringen, wie in Verbindung mit dem Test der unabhängigen Variable festgestellt wurde.

Nichtsdestotrotz kann aus diesem Ansatz nicht vollständig ergründet werden, wie der ‚Zugangs- bzw. Einflußmechanismus‘ dieser Kräfte im einzelnen vonstatten geht. Dies ist meiner Ansicht nach eine Schwäche der liberalen *domestic politics*-Schule, die auf weiteren Forschungsbedarf verweist.

Einen Lösungshinweis dieser hier erkannten Problematik stellt evtl. Moravcsik im Rahmen des *two-level-games*-Ansatzes zur Verfügung. Er nennt verschiedene Strate-

---

<sup>282</sup> Die generelle ‚Verwendbarkeit‘ des traditionellen Neorealismus wurde bereits zu Beginn des Schlußkapitels in Frage gestellt und soll im folgenden im Hinblick auf weitere Forschungsfragen nicht mehr in Betracht gezogen werden.



gien, die der Regierung die Möglichkeit bieten, die innenpolitischen Präferenzen zu manipulieren und infolgedessen unabhängiger zu handeln.<sup>283</sup> Dieser Vorschlag könnte zur einer Erklärung beitragen, warum die staatlichen Akteure teilweise unabhängig von Einflüssen anderer gesellschaftlicher Akteure agieren können.

Bezüglich des *modifizierten Neorealismus* ist allgemein darauf hinzuweisen, daß seine Prognose einer kooperativen Politik im Rahmen von Institutionen durch die Einschätzung der Sicherheitsbedrohung konditioniert ist. Nur bei günstiger Sicherheitslage wird ein solches einflußmaximierendes Verhalten prognostiziert. Diese insofern intervenierende Variable bleibt im theoretischen Ansatz jedoch relativ unbestimmt. Zwar werden von einigen neorealistischen Autoren verschiedene Variablen genannt, welche die Sicherheitslage eines Staates beeinflussen könnten<sup>284</sup>, aber es ist für eine aussagekräftige Theorie auch notwendig, eine konkrete Definition dieser intervenierenden Variable zu erstellen, um konkret testbare Prognosen für das Verhalten von Staaten erstellen zu können und somit den modifizierten Ansatz aufgrund dieser bislang unbestimmten Variablen nicht *ad absurdum* zu führen.<sup>285</sup>

Des weiteren muß gegenüber der *Voice-opportunity*-These im Zusammenhang mit den hierzu getesteten Fällen kritisch angemerkt werden, daß sie nicht erklären kann, warum die USA, als stärkster Staat in der NATO diese Einflußsteigerung auf deutscher Seite akzeptiert. Im Rahmen der neorealistischen Argumentation ist dieses Verhalten der USA nicht rational, da sie damit eine relative Gewinnsteigerung eines anderen Staates zulassen.<sup>286</sup> Es gilt also herauszufinden, unter welchen Bedingungen mächtigere Staaten bereit sind, anderen schwächeren Partnern diese *voice-opportunities* zuzugestehen.

Inbesondere an der *Voice-opportunity*-These von Grieco ist zu bemängeln, daß sie nicht spezifizieren kann, unter welchen konkreten Bedingungen ein *middle-sized sta-*

---

<sup>283</sup> Siehe dazu der *two-level-game*-Ansatz in „*Double-Edged Diplomacy*“ von Evans/Jacobson/Putnam 1993. Hier im speziellen Moravcsik 1993:26f.

<sup>284</sup> Vgl. Fußnote 75

<sup>285</sup> An dieser Stelle kommt im Hinblick auf Erweiterungen eines theoretischen Paradigmas mit zusätzlichen Variablen der Hinweis von Vasquez zum Tragen: „[...] the proliferation of emendations exposes a degenerating tendency in the paradigm's research program. [...] Carried to an extrem, the paradigm could prevent any kind of falsification, because collectively its propositions in effect pose the bet: „Heads, I win; tails, you lose.“ Vasquez 1997:899 u. 901 / vgl. dazu auch Fußnote 87.

<sup>286</sup> Ein lediglich plausibles Argument wäre, daß die USA ohnehin eine (nukleare) Vormachtstellung in der NATO einnimmt und somit von deutscher Seite aus nichts zu befürchten hat, und daß die Amerikaner bis zu einem gewissen Grad auch einer ‚Arbeits erleichterung‘ im Bereich der europäischen Sicherheit zustimmen, d.h. bei europäischen Krisen der BRD mehr Verantwortung übergeben können.

te' im Rahmen einer multilateralen Strategie Einflußmaximierung betreibt oder in welchem Fall sich diese Staaten doch für eine *balancing*-Strategie gegenüber mächtigeren entscheiden?<sup>287</sup> Sind für diese Entscheidung ausschließlich strukturelle Faktoren mit zu berücksichtigen oder sollten auch die sogenannten *unit-level* Faktoren in die Analyse mit einbezogen werden?

Hier ist der neorealistischen Perspektive allgemein der Vorwurf zu machen, daß sie innenpolitische Elemente vollständig außer Acht läßt. Die Verkürzung hat zur Folge, daß diese Schule generell unfähig ist, Anomalien zu erklären, die nicht von der internationalen Machtverteilung abgedeckt werden.

*„Neorealists can create explanations for a wide range of phenomena, but have trouble explaining exceptions to the structural rule. When the international structure plays less of a role than other variables, neorealists cannot create satisfying explanations.“<sup>288</sup>*

Alle Variablen ‚unterhalb der internationalen Ebene‘ fallen im neorealistischen Analyseraster von Waltz generell in die Kategorie ‚*reductionist theory*‘ und werden an sich nicht beachtet.

Wäre es aber an dieser Stelle nicht sinnvoll zu untersuchen, ob nicht gerade eine Verknüpfung mit *domestic factors* für die Erklärung außenpolitischen Verhaltens gewinnbringend ist? Somit könnte dann auch das Kalkül der Staaten aus Sicht beider Untersuchungsebenen beleuchtet werden<sup>289</sup>, denn:

*„[...] a good account of a nation`s foreign policy should include systemic, domestic, and other influences, specifying what aspects of the policy can be explained by what factors.“<sup>290</sup>*

---

<sup>287</sup> Vgl. hierzu Grieco 1995:40.

<sup>288</sup> Spirtas 1996:393.

<sup>289</sup> Den Versuch einer solchen Kombination der systemischen Theorie mit *domestic-level* Variablen machte Sterling-Folker 1997.

<sup>290</sup> Zakaria 1992:198.

## Literaturverzeichnis

### *Dokumente:*

- BERLINER KOMMUNIQUE DER NATO-MINISTERTAGUNG VOM 3.06.1996. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Referat Außen-, Sicherheits- und Europapolitik (Hrsg.), 1997, S.34-40.
- DEUTSCHER BUNDESTAG: DRUCKSACHE 13/2819. 1995.
- DEUTSCHER BUNDESTAG: DRUCKSACHE 13/3112. 1995.
- DEUTSCHER BUNDESTAG: DRUCKSACHE 13/5181. 1996.
- DEUTSCHER BUNDESTAG: DRUCKSACHE 13/4287. 1996.
- DEUTSCHER BUNDESTAG: DRUCKSACHE 13/7260. 1997.
- DEUTSCHER BUNDESTAG: DRUCKSACHE 13/9556. 1997
- DEUTSCHER BUNDESTAG: DRUCKSACHE 13/9693. 1998.
- DEUTSCHER BUNDESTAG: DRUCKSACHE 13/10106. 1998.
- DEUTSCHER BUNDESTAG: DRUCKSACHE 13/9815. 1998.
- ERKLÄRUNG DES NORDATLANTISCHEN KOOPERATIONSRATS ÜBER DIALOG, PARTNERSCHAFT UND ZUSAMMENARBEIT. In: Bulletin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 2, 1992, S.8-9.
- ERKLÄRUNG VON BRÜSSEL UND DAS RAHMENDOKUMENT FÜR DIE PARTNERSCHAFT FÜR DEN FRIEDEN VOM 11. JANUAR 1994. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Referat Außen-, Sicherheits- und Europapolitik (Hrsg.), 1997, S.27-32.
- GEMEINSAME ERKLÄRUNG DES BUNDESMINISTERS DER AUSWÄRTIGEN UND DES AMERIKANISCHEN AUßENMINISTERS IN WASHINGTON VOM 2.10.1991. In: Bulletin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 109, 1991, S.863-864.
- MILITÄRPOLITISCHE UND MILITÄRSTRATEGISCHE GRUNDLAGEN UND KONZEPTIONELLE GRUNDRICHTUNG DER NEUGESTALTUNG DER BUNDESWEHR. VORLAGE DES BMVG AN DEN VERTEIDIGUNGSAUSSCHUß DES BUNDESTAGES. In: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Heft 12, 1992, S.1138-1151.
- NATO-GIPFELKONFERENZ IN ROM. In: Bulletin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 128, 1998, S.1033-1048.
- NATO-TRUPPEN UND MULTINATIONALE STREITKRÄFTESTRUKTUREN IN DEUTSCHLAND. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Referat Außen-, Sicherheits- und Europapolitik (Hrsg.), Bonn 1998
- NORDATLANTISCHE ALLIANZ IM WANDEL TEIL II – ÖFFNUNG DER NATO FÜR NEUE MITGLIEDER. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Referat Außen-, Sicherheits- und Europapolitik (Hrsg.), Bonn 1997.
- PETERSBERG ERKLÄRUNG VOM 19.06.92 ZUR STÄRKUNG DER OPERATIONELLEN DER WEU. In: Bulletin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 2, 1992, S.8-9.
- VERTEIDIGUNGSPOLITISCHE RICHTLINIEN FÜR DEN GESCHÄFTSBEREICH DES BUNDESMINISTERS DER VERTEIDIGUNG VOM 26.11.1992: In: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Heft 38, 1993, S.1137-1151.
- VERTRAG ÜBER DIE ABSCHLIEßENDE REGELUNG IN BEZUG AUF DEUTSCHLAND VOM 12. SEPTEMBER 1990: In: Europa-Archiv (EA), Heft 19, 1990, S.D509-D514.
- WEIßBUCH ZUR SICHERHEIT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1994.

## *Literatur:*

- ALMOND, GABRIEL A.: Public Opinion and National Security Policy. In: Public Opinion Quarterly, Heft 2, 1956, S.371-378.
- ANDERSON, JEFFREY J. U. Mars or Minerva? A United Germany in a Post-Cold War Europe.  
GOODMAN JOHN B.: In: Keohane, R. O./Nye, J.S./ Hoffmann, S. (Hrsg.): After the Cold War. International Institutions and State Strategies in Europe, 1989-1991, Cambridge 1993, S.23-62.
- BALDWIN, DAVID A.: Power Analysis and World Politics. New Trends versus Old Tendencies. In: World Politics, Heft 31, 1979, S.161-194.  
— The concept of security. In: Review of International Studies, Band 23, Heft 1, 1997, S.5-26.
- BARING, ARNULF: Germany, what now? In: Baring, Arnulf (Hrsg.): Germany`s New Position in Europe. Problems and Perspectives, Oxford 1994, S.1-20.
- BARSDORFF, PETER: Die Westeuropäische Union nach ihrer Aufwertung: Zahnloser Tiger oder Zentrum eines Netzwerks von Institutionen? In: Haftendorn, H. / Keck, O.: Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden 1997.
- BAUMANN, RAINER / RITTBERGER, VOLKER / WAGNER, WOLFGANG: Macht und Machtpolitik: Neorealistic Außenpolitiktheorie und Prognosen für die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. In: Tübinger Arbeitspapiere für internationale Politik (TAP 30), Tübingen 1998.
- BORKENHAGEN, FRANZ H.U.: Außenpolitische Interessen Deutschlands. Rolle und Aufgaben der Bundeswehr. Bonn 1997.
- BRETTSCHNEIDER, FRANK: Massenmedien, öffentliche Meinung und Außenpolitik. In: Kaiser, K. / Eberwein W.D. (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik Bd.4 (Institutionen und Ressourcen). München 1998, S.215-226.
- BROER, MICHAEL: Die Entwicklung der Politik der NATO zur Osterweiterung. In: Pradetto, August (Hrsg.): Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit, 1997, S.289-329.
- BROOKS, STEPHEN: Dueling Realisms. In: International Organization, Band 51, Heft 3, 1997, S.445-477.
- BUZAN, BARRY / JONES, CHARLES / LITTLE, RICHARD: People, States and Fear: an agenda for international security studies in the post-Cold War era. Worcester 1991, 2. Auflage.  
— The Logic of Anarchy. Neorealism to Structural Realism. New York 1993, S.22-28.
- CALLIEß, JÖRG / HÜTTIG, CHRISTOPH: Deutsche Interessen in den internationalen Beziehungen. Loccumer Protokolle, Band 62, 1995.
- CLEMENT, HERMANN: Integration in Osteuropa vor dem Hintergrund der Osterweiterung von NATO und EU. In: Working Paper Osteuropa-Institut München, Heft 208, 1997, S.1-19.
- DOYLE, MICHAEL W.: Liberalism and World Politics. In: American Political Science Review, Heft 80, 1986, S.1151-1169.

- Liberalism and World Politics Revisited. In: Kegley, C. W. Jr: Controversies in International Relations Theory. Realism and Neoliberal Challenge, New York 1995, S.83-106.
- DOYLE, MICHAEL W. / IKENBERRY, JOHN G.: New Thinking in International Relations. New York 1997.
- ELMAN, COLIN: Horses for Courses. Why not Neo-realist Theories of Foreign Policy? In: Security Studies, Heft 6, 1996, S.7-53.
- EVANS, PETER B./ JACOBSON, HAROLD K./ PUTNAM, ROBERT D.: Double-Edged Diplomacy. International Bargaining and Domestic Politics. Berkeley, Los Angeles, London 1988.
- FELDMANN, EVA: Mut zu neuen Wegen. Tschechien und Europa nach dem Gipfel von Madrid. In: Information für die Truppe (IFDT), 1997 (Webedition).
- FRANKEL, BENJAMIN (HRSG.): Realism: Restatements and Renewal. London 1996.
- GARTON ASH, TIMOTHY: Germany`s Choice. In: Foreign Affairs, Band 73, Heft 4, 1994, S.65-81.
- GEIPEL, GARY L.: Germany in a New Era. Indianapolis 1993.
- GILPIN, ROBERT: War and Change in World Politics. Cambridge 1981.
- The Richness of the Tradition of Political Realism. In: Keohane, R. (Hrsg.): Neorealism and its Critics, New York 1986.
- GLASER, CHARLES L.: Realists as Optimists: Cooperation as Self-Help. In: International Security, Band 19, Heft 3, 1994/95, S.50-90.
- GOSE, STEFAN: Rüstungsbeschaffung: Parlamentarische Kontrolle unmöglich. In: antimilitarismus information, Heft 3, 1997, S.22-27.
- GOUREVITCH, PETER: The Second Image Reversed: The International Sources of Domestic Politics. In: International Organization, Band 32, Heft 4, 1978, S.881-911.
- GRIECO, JOSEPH: Anarchy and the Limits of Cooperation: A Realist Critique of the Newest Liberal Institutionalism. In: Baldwin, D.: Neorealism and Neoliberalism: The Contemporary Debate, New York 1993a, S.116-142.
- Understanding the Problem of International Cooperation: The Limits of Neoliberal Institutionalism and the Future of Realist Theory. In: Baldwin, D.: Neorealism and Neoliberalism: The Contemporary Debate, New York 1993b, S.301-338.
- The Maastricht Treaty, Economic and Monetary Union and neo-realist research programme. In: Review of International Studies, Heft 21, 1995, S.21-40.
- State Interests and Institutional Rule Trajectories: A Neorealist Interpretation of the Maastricht Treaty and European Economic and Monetary Union. In: Frankel, B. (Hrsg.): Realism: Restatements and Renewal, London 1996, S.261-306.
- Realist International Theory and the Study of World Politics. In: Doyle, M. / Ikenberry, J.G.: New Thinking in International Relations, New York 1997.
- GRIEPHAN VERLAG: Die Nato-Osterweiterung. Auswirkungen auf die Rüstungsindustrie. In: Wehrdienst Special - Hintergrundinformationen zum wehrtechnischen Geschäft mit dem Staat, Heft 4, Bonn 1996, S.1-8.

- GUZZINI, STEFANO: Systemic neorealism: Kenneth Waltz`s Theory of International Politics. In: Guzzini, S.: Realism in International Relations and Political Economy. The continuing story of a death foretold, London 1998, S.125-141.
- HACKE, CHRISTIAN: Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a.M. 1993, 2. Auflage.
- Nationales Interesse als Handlungsmaxime für die Außenpolitik Deutschlands. In: Kaiser, K. u. Krause, J.: Deutschlands neue Außenpolitik Bd.3 (Interessen und Strategien), München 1996, S.3-13.
- Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland zur NATO-Osterweiterung. In: Pradetto, A. (Hrsg.): Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit, 1997, S.231-24
- Die neue Bedeutung des nationalen Interesses für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZG), Heft 1-2, 1997a, S.3-14.
- HAFTENDORN, HELGA (HRSG.): Verwaltete Außenpolitik. Köln 1978.
- Gulliver in der Mitte Europas. Internationale Verflechtung und nationale Handlungsmöglichkeiten. In: Kaiser, K. u. Maull, H.W. (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik Bd.1 (Grundlagen), München 1994, S.129-152.
- HAFTENDORN, HELGA / KECK, OTTO: Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen. Baden-Baden 1997, 1. Auflage.
- HANRIEDER, WOLFRAM F.: Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994. Paderborn 1995, 2. Auflage, S.113-137.
- HELLMANN, GUNTHER: Der sicherheitspolitische Status Deutschlands nach der Vereinigung: Mehr Macht, weniger Einbindung? In: Hellmann, G. (Hrsg.): Alliierte Präsenz und deutsche Einheit. Die politischen Folgen militärischer Macht, 1994, S.437-463.
- Goodbye Bismarck? The Foreign Policy of Contemporary Germany. In: Mershon International Studies Review, Band 40, Heft 1, 1996, S.1-39.
- The Sirens of Power and German Foreign Policy: Who is Listening? In: German Politics, Band 6, Heft 2, London 1997, S.29-57.
- HELLMANN, GUNTHER (HRSG.): Alliierte Präsenz und deutsche Einheit. Die politischen Folgen militärischer Macht. In: Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik. Stiftung Wissenschaft und Politik / SWP, Band 36, Baden-Baden 1994.
- HERZOG, ROMAN: Die Globalisierung der deutschen Außenpolitik ist unvermeidlich. In: Bulletin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Heft 20, 1995, S.161-165.
- HESSE, JOACHIM J./ ELLWEIN, THOMAS: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Band I: Texte. Opladen 1992a, 7. Auflage.
- HIRSCHMAN, ALBERT O.: Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations and States. Cambridge, Massachusetts 1970.

- IKENBERRY, JOHN G. / LAKE, DAVID / MASTANDUNO, MICHAEL: Introduction: Approaches to Explaining American Foreign Economic Policy. In: International Organization, Heft 42, 1988, S.1-14.
- JERVIS, ROBERT: Cooperation under the Security Dilemma. In: World Politics, Band 30, Heft 2, S. 167-214.
- KAISER, KARL: Das vereinigte Deutschland der internationalen Politik. In: Kaiser, K. u. Maull, H.W. (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik Bd.1 (Grundlagen), München 1994, S.1-14.
- KAISER, KARL / EBERWEIN WOLF-DIETER (HRSG.): Deutschlands neue Außenpolitik Bd.4 (Institutionen und Ressourcen). München 1998 (im Erscheinen) .
- KAISER, KARL / KRAUSE, JOACHIM: Deutschlands neue Außenpolitik Bd.3 (Interessen und Strategien). München 1996.
- KAISER, KARL / MAULL, HANNS W.: Einleitung: Die Suche nach Kontinuität in einer Welt des Wandels. In: Kaiser, K. u. Maull, H.W. (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik Bd.1 (Grundlagen), München 1994, S.XV-XXV.
- KAISER, KARL / MAULL, HANNS W. (HRSG.): Deutschlands neue Außenpolitik Bd.2 (Herausforderungen). München 1995.
- Deutschlands neue Außenpolitik Bd.1 (Grundlagen). München 1994.
- KAMP, KARL-HEINZ / WEILEMANN, PETER R.: Germany and the Enlargement of NATO. In: NATO Conference Paper, 1997 (Webedition).
- KARÁDI, MATTHIAS Z.: Die Reform der Atlantischen Allianz. Bündnispolitik als Beitrag zur kooperativen Sicherheit in Europa? Münster 1994.
- KARL, WOLF-DIETER/ KRAUSE, JOACHIM: Außenpolitischer Strukturwandel und parlamentarischer Entscheidungsprozeß. In: Haftendorn, H. (Hrsg.): Verwaltete Außenpolitik, Köln 1978, S.55-82.
- KATZENSTEIN, PETER: Between Power and Plenty: Foreign Economic Policies of Advanced Industrial States, Madison 1978.
- Introduction: domestic structures and strategies of foreign economic policy. In: Katzenstein, P.: Between Power and Plenty: Foreign Economic Policies of Advanced Industrial States, Madison 1978, S.3-22.
- Die Fesselung der deutschen Macht im internationalen System. In: Blanke, B u. Wollmann, H.: Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel, Opladen 1991.
- KEGLEY, CHARLES W. JR.: Controversies in International Relations Theory: Realism and the Neoliberal Challenge. New York 1995.
- KENIS, PATRICK / SCHNEIDER, VOLKER: Policy Networks and Policy Analysis: Scrutinizing a New Analytical Toolbox. In: Marin, B./ Mayntz, R.: Policy Networks: empirical evidence and theoretical considerations, Frankfurt a.M. 1991, S.25-59.
- KEOHANE, ROBERT O.: After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy. Princeton, New York 1984.
- International Liberalism reconsidered. In: Dunn, J.: The Economic limits to modern politics, 1990, S.165-194.
- KEOHANE, ROBERT O. / NYE, JOSEPH S.: Power and Interdependence. Boston/Toronto 1989, 2. Auflage.
- KINKEL, KLAUS: Deutschland und Amerika: Transatlantische Partnerschaft in einer neuen Ära. Berlin, 20.3.1998 (Webedition).

- KLEIN, JEAN: Interface between NATO/WEU and UN/OSZE. In: Brenner, M.: NATO and Collective Security, 1998, S.249-277.
- KRASNER, STEPHEN D.: Defending the National Interest: Raw Materials, Investments and U.S. Foreign Policy. Princeton 1978.
- KRAUSE, JOACHIM: Kooperative Sicherheitspolitik: Strategische Ziele und Interessen. In: Kaiser, K. u. Krause, J.: Deutschlands neue Außenpolitik Bd.3 (Interessen und Strategien), München 1996, S.77-96.
- KREILE, MICHAEL: Verantwortung und Interesse in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuzG), Heft 5, 1996, S.3-11.
- LAYNE, CHRISTOPHER: The Unipolar Illusion. Why New Great Powers Will Rise. In: International Security, Band 117, Heft 4, 1993, S.5-51.
- LIPPMANN, WALTER: Public Opinion. London 1922.
- MANFRASS-SIRJAQUES, FRANÇOISE: Frankreichs Position zur NATO-Osterweiterung. In: Pradetto, A. (Hrsg.): Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit, Oldenbourg 1997, S.181-210.
- MARKOWITS, ANDREI S. U. REICH, SIMON: Deutschlands neues Gesicht: Über deutsche Hegemonie in Europa. In: Leviathan, Heft 1, 1992, S.15-63.
- MAULL, HANNS W.: Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik. In: Europa Archiv (EA), Heft 10, 1992, S.269-278.
- MEARSHEIMER, JOHN J.: Back to the Future: Instability in Europe after the Cold War. In: International Security, Band 15, Heft 1, 1990, S.5-65.
- The False Promise of International Institutions. In: International Security, Band 19, Heft 3, 1994/95.
- MEIMETH, MICHAEL: Germany. In: Brenner, M.: NATO and Collective Security, 1998, S.81-115.
- MORAVCSIK, ANDREW: Introduction: Integrating International and Domestic Theories of International Bargaining. In: Evans, P. B. / Jacobson, H. K. / Putnam, R. D.: Double-Edged Diplomacy: International Bargaining and Domestic Politics, 1993, S.3-42.
- Taking Preferences Seriously: A Positive Liberal Theory of International Politics. In: International Organization, 1997, S.513-553.
- MORGENTHAU, HANS J.: Politics Among Nations. New York 1948.
- NATO PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST (HRSG.): NATO-Handbuch 1995. Brüssel 1995.
- NATO-PRESS RELEASE (HRSG.): Financial and Economic Data relating to NATO Defence, M-DPC-2(97)147, Dezember 1997.
- NAUMANN, KLAUS: NATO`s new military command structure. In: NATO Review, Band 46, Heft 1, 1998, S.10-14 (Webedition).
- NETZWERK FRIEDENSKOOPERATIVE (HRSG.): NATO-Osterweiterung destabilisiert Europas Sicherheit. In: FriedensForum 1997 (Webedition).
- NOELLE-NEUMANN, ELISABETH: Öffentliche Meinung und Außenpolitik. Die fehlende Debatte in Deutschland. In: Internationale Politik, Heft 8, 1995, S.3-12.
- PETERS, INGO: Vom "Scheinzwerg" zum "Scheinriesen" – deutsche Außenpolitik in der Analyse. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZiB), Heft 2, 1997, S.361-388.



- PFETSCH, FRANK: West Germany: International Structures and external relations. Foreign Policy of the Federal Republic of Germany. New York 1988.
- PRADETTO, AUGUST: Einleitung: Nationale Sicherheit, NATO-Osterweiterung und neue europäische Ordnung. Perzeptionen und Strategien maßgeblicher Akteure. In: Pradetto, A. (Hrsg.): Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit. Oldenbourg 1997, S.9-39.
- PRADETTO, AUGUST (HRSG.): Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit. Oldenbourg 1997.
- PUTNAM, ROBERT D.: Diplomacy and Domestic Politics: the Logic of Two-level-Games. In: International Organization, Band 42, Heft 3, 1988, S.427-460.
- RISSE-KAPPEN, THOMAS: Public Opinion, Domestic Structure and Foreign Policy in Liberal Democracies. In: World Politics, Band 43, Heft 4, 1991, S.479-512.
- Bringing Transnational Relations Back In: Introduction. In: Risse-Kappen, T. (Hrsg.): Bringing Transnational Relations Back In: Non-State Actors, Domestic Structures, and International Institutions, Cambridge 1995, S.3-33.
- Vom Ost-West-Konflikt zur internationalen Unübersichtlichkeit. Erklärungsmuster und deren politische Konsequenzen. In: Der Bürger im Staat, Heft 1, 1995a, S.3-7.
- RITTBERGER, VOLKER: Die Bundesrepublik Deutschland - eine Weltmacht? Außenpolitik nach vierzig Jahren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZG), Heft 4-5, 1990, S.3-19.
- RITTBERGER, VOLKER U. SCHIMMELFENNIG, FRANK: Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. Realistische Prognosen auf dem Prüfstand. Tübinger Projekt. In: Tübinger Arbeitspapiere für internationale Politik (TAP 28), Tübingen 1997b (Webedition).
- Germany and its neighbours. On the Applicability of theoretical Models of Foreign Policy. Working Paper, Washington D.C. 1997a.
- RÖDL, THOMAS: NATO-Osterweiterung - was tun? In: Diskussionsforum der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), 1997 (Webedition).
- ROHDE, JOACHIM U. STANDRART VON, HANS HENNING: German Defence and Force Structure Planning. In: Taylor, T. (Hrsg.) : Reshaping European Defence, London 1994, S.29-44.
- ROSECRANCE, RICHARD: The Rise of the Trading State. Commerce and Conquest in the Modern World. New York 1986.
- ROTHGEB, JOHN M.: Defining Power. Influence and Force in the Contemporary International System. New York 1993.
- RUDZIO, WOLFGANG: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. In: Bundeszentrale für Politische Bildung: Grundwissen Politik, 1993, 2. Auflage, S.47-88.
- RÜHE, VOLKER: Die NATO als Fundament der Sicherheitsarchitektur der Zukunft. In: Bulletin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 46, 1993, S.493.

- Shaping Euro-Atlantic-Politics: A Grand Strategy For A New Era. In: Survival, Heft 35, 1993, S.133-136.
- Rede des Verteidigungsministers Rühe am 08.10.93 an der Karls-Universität in Prag. In: Europa-Archiv (EA), Heft 3, 1994, S. D101-D104.
- Die Neue NATO. In: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Heft 3, 1996, S.134-137.
- RÜHL, LOTHAR: Deutschland als europäische Macht. Bonn 1996, S.169-258.
- SAUDER, AXEL: Souveränität und Integration. Französische und deutsche Konzeptionen europäischer Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges (1990-1993). Baden-Baden 1995, 1. Auflage.
- SCHARPF, FRITZ W.: Die Politikverflechtungs-Falle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich. In: Politische Vierteljahresschrift, Heft 4, 1985, S.323-356.
- SCHARPING, RUDOLF: Rede des Vorsitzenden der SPD über die gemeinsame transatlantische Sicherheit auf der Münchner Konferenz über Sicherheitspolitik am 05.02.1995. In: Internationale Politik, Heft 4, 1995, S.96-193.
- SCHÄUBLE, WOLFGANG: Bewährungsprobe der Normalität. Rede zur deutschen Außenpolitik. 1997 (Webedition).
- SCHLÖR, WOLFGANG F.: German Security Policy. An Examination of the trends in German security policy in a new European and global context. In: Adelphi Paper, Heft 277, London 1993.
- SCHMIDT, PETER: Deutsche Sicherheitspolitik im Rahmen von EU, WEU und NATO. In: Aussenpolitik: Zeitschrift für internationale Fragen, Heft 3, 1996, S.211-222.
- SCHÖLLGEN, GREGOR: Deutschlands neue Lage. Die USA, die Bundesrepublik Deutschland und die Zukunft des westlichen Bündnisses. In: Europa Archiv (EA), Heft 5, 1992, S.125-132.
- SCHÖLLHORN, HERMANN: Der sicherheitspolitische Handlungsrahmen der Europäischen Union: Eine Darstellung der rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten für operative Maßnahmen der Krisenbewältigung. Baden-Baden 1996, 1. Auflage.
- SCHWARZ, HANS-PETER: Handbuch der deutschen Außenpolitik. München 1975.
- Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne. Berlin 1994a.
- Germany`s National and European Interests. In: Baring, A. (Hrsg.): Germany`s New Position in Europe. Problems and Perspectives, Oxford 1994b, S.107-130.
- SCHWELLER, RANDALL L.: Bandwagoning for Profit. Bringing the Revisionist State Back In. In: International Security, Band 19, Heft 1, 1994, S.72-107.
- Neorealism`s Status-Quo Bias: What Security Dilemma? In: Security Studies, Heft 5, 1996, S.90-121.
- SCHWELLER, RANDALL L. / PRIESS, DAVID: A Tale of Two Realisms: Expanding the Institutions Debate. In: Mershon International Studies Review, Heft 41, 1997, S.1-32.
- SINGER, DAVID: THE LEVEL-OF-ANALYSIS PROBLEM IN INTERNATIONAL RELATIONS. IN: KNORR, K. U. VERBA, S.: THE INTERNATIONAL SYSTEM, PRINCETON 1961, S.77-92.

- SPIRTAS, MICHAEL: A House Divided. Tragedy and Evil in Realist Theory. In: Frankel, B. (Hrsg.): *Realism: Restatements and Renewal*, 1996, S.385-423.
- STAACK, MICHAEL: NATO-Erweiterung und gesamteuropäische Sicherheit - Ein Zielkonflikt für Deutschlands Außenpolitik. In: *Friedens-Warte*, Band 72, Heft 3, 1997, S.273-286.
- Großmacht oder Handelsstaat? Deutschlands außenpolitische Grundorientierungen in einem neuen internationalen System. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZG)*, Heft 12, 1998, S.14-24.
- STEIN, ARTHUR: *Why Nations cooperate: Circumstance and Choice in Internationale Relations*. Ithaca, New York, 1990.
- STERLING-FOLKER, JENNIFER: Realist Environment, Liberal Process and Domestic-Level-Variables. In: *International Studies Quarterly*, Band 41, Heft 1, 1997, S.1-25.
- TAYLOR, TREVOR: Großbritannien und die Erweiterung der NATO. In: Pradetto, A. (Hrsg.): *Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit*, Oldenbourg 1997, S.211-230.
- THEILER, OLAF: Der Wandel der NATO nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. In: Haftendorn, H. / Keck, O.: *Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen*, 1997, S.101-136.
- TUSCHHOFF, CHRISTIAN: Machtverschiebungen und künftige Bruchstellen im Bündnis. Die politischen Folgen der Truppenpräsenz nach den NATO-Reformen. In: Hellmann, G. (Hrsg.): *Alliierte Präsenz und deutsche Einheit. Die politischen Folgen militärischer Macht*, 1994, S.365-401.
- VASQUEZ, JOHN A.: The Realist Paradigm and Degenerative versus Progressive Research Programs: An Appraisal of Neotraditional Research on Waltz's Balancing Proposition. In: *American Political Science Review*, Band 91, Heft 4, 1997, S.899-912.
- VOLBRACHT, BURKHARD: Die Reform der WEU: Papiertiger oder Konkurrent der NATO? Die Petersberger Erklärung als Ergebnis einer Zwei-Ebenen-Politik. In: *Forschungsberichte Internationale Politik*, Münster 1997.
- WALT, STEPHEN: *The Origins of Alliances*. Ithaca, New York 1987.
- WALTZ, KENNETH N.: *Man, the State, and War: A Theoretical Analysis*. New York 1959.
- *Theory of International Politics*. New York 1979.
- Reflections on Theory of International Politics: A Response to my Critics. In: Keohane, R. (Hrsg.): *Neorealism and its Critics*, 1986, S.322-345.
- The Emerging Structure of International Politics. In: *International Security*, Band 18, Heft 2, 1993, S.60-70.
- International Politics is not Foreign Policy. In: *Security Studies*, Band 6, Heft 1, 1996, S.54-61.
- WOHLFORTH, WILLIAM C.: Realism and the end of the Cold War. In: *International Security*, Band 19, Heft 3, 1994/95, S.91-129.

- WOLF, KLAUS DIETER: Das neue Deutschland - eine "Weltmacht"? In: Leviathan, Band 19, Heft 2, 1991, S.255-258.
- WOYKE, WICHARD (HRSG.) Handwörterbuch der Politik, Bonn 1993
- ZACHER, MARK W. /  
MATTHEW, RICHARD A.: Liberal International Theory: Common Threads, Divergent Strands. In: Kegley, C. W. Jr: Controversies in International Relations Theory. Realism and Neoliberal Challenge, New York 1995, S.107-150.
- ZAKARIA, FAREED: Realism and Domestic Politics. In: International Security, Heft 17, 1992, S.177-98.
- ZÜRN, MICHAEL: We Can Do Much Better! Aber muß es auf amerikanisch sein? Zum Vergleich der Disziplin "Internationale Beziehungen" in den USA und in Deutschland. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZiB), Heft 1, 1994, S.91-114.